

Krämer,  
Mikfeld, Schuster:  
Just „Lafontainement“?

JOACHIM SPANGENBERG:  
Towards  
Sustainable Europe

RAINER FALK:  
Euro-Mediterraner  
Wirtschaftsraum

WALTER EUCHNER:  
Friedrich Engels heute

# SOW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

M

I

T

T

M

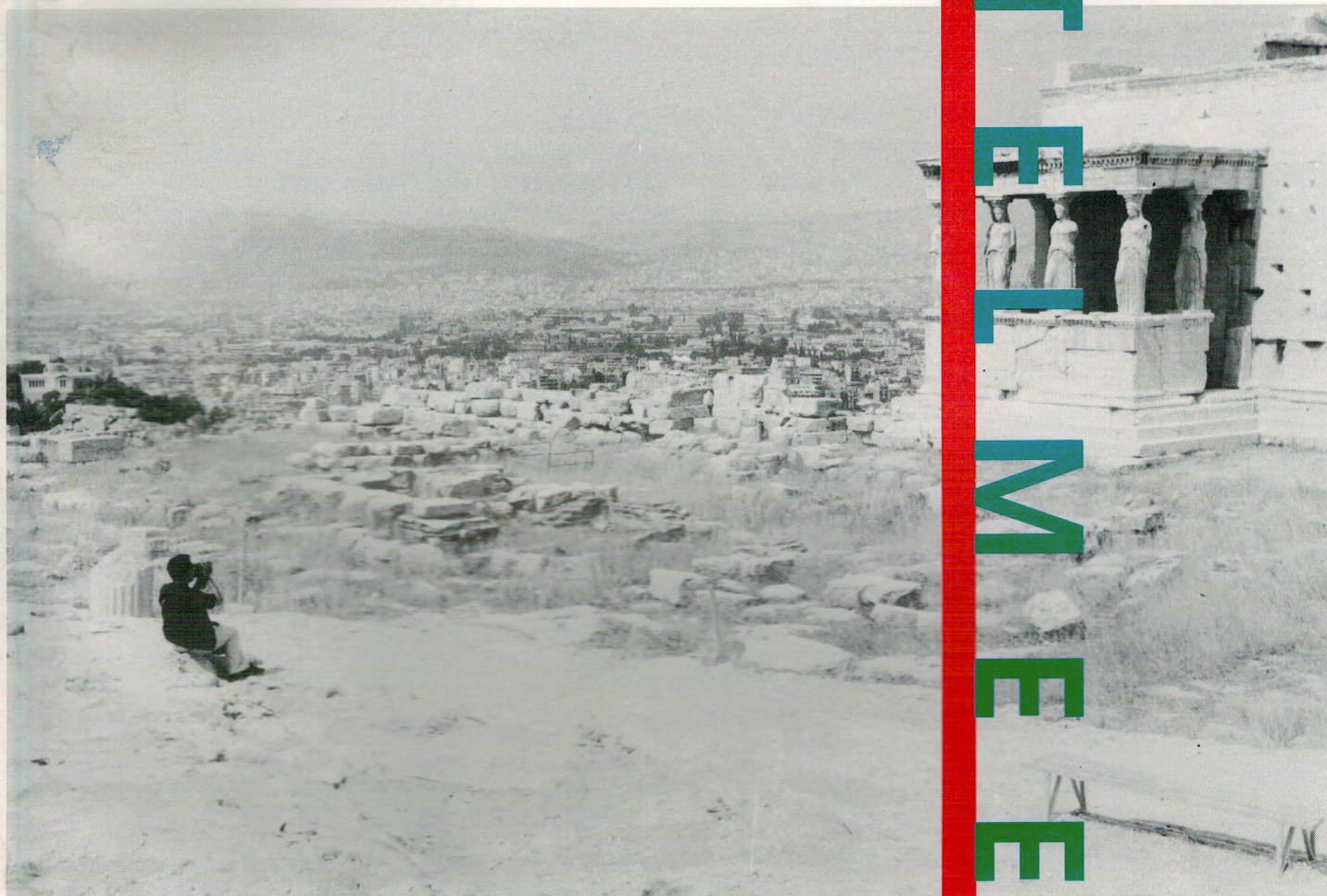
E

M

E

E

R





# Konferenz der Zeitschriften

- Andere Zeiten •
- Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) •
- Utopie kreativ •

# ROSSOVER

einen radikalreformerischen Neuanfang

3./4. Februar 1996  
 Berlin • Kongreßhalle  
 am Alexanderplatz

## Ablauf

Samstag, 3. Februar 1996

12.00 Uhr	Eröffnung durch die drei Zeitschriften und Generaldebatte
14.30 Uhr	<b>Foren</b> <b>Umbau der Arbeit</b> • Arbeitszeitverkürzung - ein neuer gesellschaftlicher Anlauf • Doppelte Umverteilung - von oben nach unten, von Männern zu Frauen • Neue Gemeinwirtschaft - jenseits von ABM und Schattenarbeit <b>Politisierung der Ökonomie</b> • Solidarische Industriepolitik - Ökologischer Umbau statt Standortegoismus • Wirtschaftsdemokratie - von der Gruppenarbeit bis zur Bankenkontrolle <b>Neue Weltordnung</b> • Solidarische Regulierung - jenseits von Protektionismus und Freihandel • Regionalisierung - zwischen Nationalstaat und "Weltregierung"
19.30 Uhr	Forum mit Persönlichkeiten der Europäischen Linken <b>Alternative linke Kräfte in Europa - verhärtete Fronten oder neues Zusammengehen? Erfahrungen und Perspektiven</b>

Sonntag, 4. Februar 1996

10.00 Uhr	Podiumsdiskussion mit Persönlichkeiten aus Parteien und Bewegungen <b>Wie ist eine reformpolitische Wende durchsetzbar?</b> Vorauss. Ende der Veranstaltung
-----------	---

Die ökologischen und sozialen Probleme werden immer drängender. Es gibt immer weniger Grund, unser Gesellschaftssystem für das bestmögliche zu halten. Dennoch ist ein grundlegender politischer Richtungswechsel nicht in Sicht. Weil es keine Alternativen zu geben scheint, wird die Politik so langweilig, daß sich nur noch diejenigen mit ihr beschäftigen, die dafür bezahlt werden. Mit dem Ende des Streits über gesamtgesellschaftliche Alternativen verliert die Politik ihr Lebenselixier. Politik wird entpolitisiert. Demokratie verkommt zum leeren Karrierespiel von Experten, Beamten und Juristen.

Wir sind davon überzeugt, daß dieses "Verschwinden von Politik" nicht nur die Folge übermächtig gewordener Sachzwänge ist. Eigene Denk- und Verständigungsblockaden sind ebenso eine Ursache dafür, daß die Linke nicht aus der Defensive herausfindet.

Weil wir uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden wollen, veranstalten die drei Zeitschriften "Andere Zeiten", "Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw)" und "Utopie kreativ" eine Konferenz, die altlinke Selbstblockaden und rechtshaberisches Lagerdenken aufbrechen soll. Unsere Zeitschriften repräsentieren verschiedene Diskussionszusammenhänge im politischen Raum von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und PDS, für die die gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen und Machtstrukturen kein Tabu darstellen. Wir wollen die Ökonomie vielmehr selbst zum Gegenstand politischer Veränderung machen.

Wir meinen: Es ist an der Zeit, die getrennt verlaufenden Diskurse der Linken in einem Prozeß des "Crossover" gemeinsam zu verarbeiten und eine neue Vorstellung von radikalreformerischer Politik zu entwickeln.

Bisher als Gegensätze formulierte Spannungsverhältnisse

- zwischen einer Befreiung von der Arbeit und der Verwirklichung in der Arbeit,
- zwischen einer gewerkschaftlich orientierten Industriepolitik und dem ökologischen Umbau der Produktionsweise,
- zwischen einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Rückeroberung staatlicher Eingriffsfähigkeit,
- zwischen nationalstaatlichem Reformprojekt und der These vom Ende nationaler Handlungsspielräume

sollen dabei produktiv verknüpft werden.

Neue Zugänge, greifbare Reformprojekte und politische Strategien eines radikalreformerischen Neuanfangs stehen im Mittelpunkt der gemeinsamen Konferenz. Wir wollen bestehende Alternativvorschläge sammeln, fundieren und zu Reformprojekten bündeln, um so zu einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen Gesamtalternative zu gelangen.

Im Kongreß auf S. 4 u. 5 der spw.

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
 Heinz Albrecht (Berlin)  
 Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt M.)  
 Diether Dehm (Frankfurt M.)  
 Katrin Fuchs (Wetzlar)  
 Christel Hanewinkel (Halle S.)  
 Uwe Kremer (Darmstadt)  
 Detlev von Lohner (Weyher)  
 Susi Manbeck (Bremen)  
 Kurt Naumann (Berlin)  
 Peter von Oertzen (Hannover)  
 Hans Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpat-Speck (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Hannover)

Redaktion:  
 Ulrike Hensel  
 Heide Kalkbäck  
 Christoph Meyer  
 Steffi Rosenhahl  
 Ramona Runkel  
 Ralf Schmitz  
 Stefan Schostok  
 Georg Schulze  
 Joachim Schuster  
 Norbert Spräke  
 Barbara Jnderberg  
 Claudia Wäther

Redaktionssekretär  
 Ralf Kramer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
 spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Frosenstr. 26, 44289 Dortmund  
 Telefon 02 31 40 24 10 (Verlag)  
 Telefon 02 31 40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax 02 31 40 24 16  
 E-Mail: SPW-VERLAG  
 @LINK-DO.de@net.ruhr.com

Geschäftsführung:  
 Andreas Bach  
 Ulla Saß  
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:  
 Postgarnant Dortmund  
 Kto. Nr. 3243366, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr  
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-  
 einjähriges Jahresabonnement  
 für 8 Hefen/innen, Studentinnen,  
 Erwerbslose DM 49,-  
 2-jähriges Jahresabonnement DM 81,-

Arbeitslosengeld mit einer Frist  
 von 3 Monaten zum Jahresende

W. Engel, G. Schulze, M. Jander, and  
 Z. Schuster, M. Kalkbäck, S. Manbeck,  
 M. Rosenhahl, and H. Westphal, eds.,  
 "Crossover: Eine Konferenz mit Zukunft"  
 (Frankfurt: spw-Verlag, 1995), pp. 1-11.  
 ISBN 3 518 112 21 3

ISBN 3 518 112 18 13  
 Preis: DM 10,-  
 (inkl. MwSt.)

Verlagsschriftleitung  
 Ralf Kramer

Telefoto:  
 02 31 40 24 16

Druck und Gestaltung:  
 Druck

## MAGAZIN

<i>Stefan Schostok</i>	
Crossover: Eine Konferenz mit Zukunft .....	4
<i>Ralf Krämer, Benjamin Mikfeld, Joachim Schuster</i>	
Just "Lafontainment"?	
Der SPD-Bundesparteitag 1995 in Mannheim .....	6
spw-intern .....	8
<i>Christoph Meyer</i>	
Sozialdemokratie als Lebenssinn? .....	9
<i>Antje Trosien</i>	
This is a man's world?	
Rückblick auf die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking .....	10
<i>Michael Bätig</i>	
Mühsame Schritte auf einem langen Weg . . .	
Der "Itaca" Kultur-Kongreß "Solidarität kennt keine Grenzen" ...	12
<i>Jens von Fintel</i>	
Einheitslügen, Wendejammern und ein Stück Literatur	
Der neue Roman von Günter Grass .....	14

## ÖKO-UMBAU

<i>Joachim Spangenberg</i>	
Towards Sustainable Europe .....	16

## STAATS-POLITIK

<i>Ralf Krämer</i>	
Die Bedeutung des Staates für linke Politik .....	22

## MITTELMEER

<i>Uwe Kremer</i>	
Einführung in den Schwerpunkt "Mittelmeer" .....	24
<i>Rainer Falk</i>	
Euro-mediterraner Wirtschaftsraum .....	25
<i>Detlef Bimboes</i>	
Das Mittelmeer - im Wechselbad der Geschichte .....	29
<i>Sabine Kebir</i>	
Vom Religionskrieg zum friedlichen Ausgleich .....	36
<i>Heiko Kretschmer</i>	
Das Mittelmeer - eine Randnotiz der europäischen Politik? .....	40

## THEORETIKER/INNEN

<i>Walter Euchner</i>	
Friedrich Engels heute, oder: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie .....	44

## GEWERKSCHAFTS-POLITIK

<i>Hans-Joachim Olczyk</i> .....	
"Die Treppe wird von oben nach unten gekehrt"	
Die IG Metall zwischen Sparpolitik und Erneuerung .....	48
<i>Kurt-Ulrich Heldmann</i> .....	
ÖTV: Vom gewerkschaftspolitischen "Bauchladen" zur Splitterorganisation? .....	52

## AUSSENPOLITIK

<i>Reiner Kern</i>	
Europa unter Waffen? .....	56

# Crossover: Eine Konferenz mit Zukunft

von Stefan Schostok\*

Die Bundestagswahl war auf der fortschrittlichen Seite durch das Fehlen von Initiativen für eine rot-grüne Alternative, aber auch den Totalausfall jedweder kulturellen Initiative oder überhaupt „bewegter“ Aktivitäten geprägt.

Womit niemand gerechnet hätte, ist nun eingetreten: in der SPD hat sich nach der Berliner Wahl und spätestens seit dem Bundesparteitag und der Ankündigung eines Gesprächs Oskar Lafontaine mit Gregor Gysi eine erste Öffnung zu einer neuen strategischen Diskussion vollzogen. Ob daraus eine Perspektive für linke Politik erwächst, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Offensichtlich ist allerdings das Bemühen, drei Jahre vor der Wahl durch eine neue Positionierung der SPD sie überhaupt wieder als Führungskraft sichtbar zu machen und das Feld nicht der Außendefinition zu überlassen. Eine rot-grüne Perspektive war kein Thema mehr, die PDS hatte sich etabliert als Regionalpartei und die Grünen schlugen sich seit Monaten mit einer Schwarz-grün-Debatte herum. Ob diese Wiederkehr der SPD aber mit den bekannten Blockaden aufräumen kann, ist weiterhin zu bezweifeln.

## Neue Räume?

Durch solche Öffnungen der Diskussion um strategische Positionen der Parteien ergeben sich allerdings Spielräume, die genutzt werden müssen. Ein Abwarten der innerparteilichen Linken ohne Vorstellungen, wie dieser Prozeß durch eigene Beiträge zur Auflösung von Diskussionsgrenzen innerhalb der Linken gestaltet werden kann, wäre eine vergebene Chance. Eine Lafontaine-„besoffenheit“ mit dem Glauben, daß jetzt der Weg frei sei für die Linke, wird ganz schnell wieder an die altbekannten Grenzen stoßen. Darauf weisen schon die widersprüchlichen Beschlüsse und Aussagen zur Wirtschaftspolitik hin.

Die Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Standortdiskurses ist über alle Parteigrenzen hinweg und auch in den institutionalisierten Bewegungen

(siehe die Ökosteuerdebatte) ungebrochen. Die „Spiel“-Räume radikalreformerischen Denkens sind nach wie vor verengt. Im parlamentarisch-parteilich-politischen Raum kann die lange zu beobachtende Einschnürung von Reformkräften durchaus gelockert werden. Allerdings reicht ein Glaube an die gesellschaftsverändernde Wirkung von Antragsverabschiedungen nicht aus, gleichzeitig muß eine parteiübergreifende Gesprächsaufnahme (auch in Gewerkschafts- und soziale Bewegungsbeiräte) und die Verständigung auf wesentliche und dringende Reformen über erste konkrete Projekte beginnen. Hier liegt die Chance der Linken, den eigenen Teil der Verantwortung für das „Verschwinden der Politik“ aufgrund ihrer Denkblockaden zu beseitigen und Alternativen zum vorherrschenden Diskurs aufzubauen.

## Vorgeschichte

Den ersten Anlauf für einen solchen Prozeß stellte im August 1994 eine Konferenz von 'Andere Zeiten' und der 'Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft' dar. Diese fast völlig im Schatten der Öffentlichkeit stattfindende Konferenz zeigte sowohl in den eher reformtechnischen Diskussionen als auch in den unterschiedlichen Vorstellungen über die Bedeutung solch eines Zusammentreffens, wie wenig gemeinsame Ansatzpunkte und Klarheit auch in den kleinsten Fragen zwischen linken Kräften vor gar nicht langer Zeit noch vorherrschten. Die Hannoverische Allgemeine Zeitung beobachtete dann damals „die Linke“ auch auf „der Suche nach einer Utopie“. Nach Nordrhein-Westfalen sollte hier auch zumindest das im Wahlkampf noch ängstliche Umgehen zwischen Rot und Grün erledigt sein.

Seit dem Beginn 1995 findet eine Erweiterung um die Zeitschrift 'Utopie kreativ' aus dem weiteren Umfeld der PDS - Vorbereitung einer Konferenz radikalreformerischer Kräfte im Umfeld dieser drei Zeitschriften statt. Einen Zwischenschritt stellte im August 1995 in Hannover eine vorbereitende Arbeitstagung dar, von deren Ausgang und Ergeb-

nissen abhängig gemacht werden sollte, ob man den Versuch einer gemeinsamen Konferenz wagen sollte.

In Statements und einleitenden Thesen der drei Zeitschriften jeweils zu programmatischen Fragen und Projekten und strategischen Konsequenzen wurden die unterschiedlichen Herangehensweisen und Schwerpunkte dargestellt. Die Beiträge von Willi Brüggem, Frieder-Otto Wolf und Friedrich Heilmann für die 'Anderen Zeiten' (Zeitschrift aus dem Spektrum der linken Grünen/Babelsberger Kreis), Uwe Kremer und Thomas Westphal (für spw) und André Brie, Horst Dietzel und Jörn Schüttrumpf (für Utopie kreativ) waren Ausgangspunkt für Diskussionen über

- die Situation radikalreformerischer Kräfte, die Struktur der Linken und das Aufbrechen getrennter Räume zwischen den linken Parteien,
- die Vorherrschaft des Konservatismus mit der Bildung eines „weltmarkt-orientierten Standortblocks“, in den gegenwärtig die Konservativen die Gewerkschaften als „Juniorpartner“ einbauen wollen,
- die Gegenüberstellung eines „Umbaublocks“,
- das veränderte Verhältnis von parteipolitisch-parlamentarischem und zivilgesellschaftlichem Raum und dem Raum für Interventionen einer Linken.

In den Diskussionen um notwendige Reformprojekte setzte sich Willi Brüggem mit früheren Konzepten des „new deal“ und den darin verknüpften Vorstellungen von Arbeitszeitverkürzung und neuen sozialen und ökologischen Tätigkeiten auseinander. Eine staatliche Unterstützung beim Lohnausgleich und die stärkere Betonung der Erschließung von Beschäftigungsfeldern ist seine Konsequenz, die in der Schaffung eines intermediären Sektors zwischen Staat und Privatwirtschaft mündet. Hier bietet sich der Abgleich der unterschiedlichen Vorstellungen in den Parteien zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik an. Feststellbare Übereinstimmungen gab es auch in Fragen der Industriepolitik, wo Brüggem betonte, daß „der ökologische Umbau sich nicht auf Umverteilung, Arbeitszeitverkürzung und Ökosteuern allein be-

schränken“ dürfe. Für den „eigentlich produktiven Sektor“ spielten Konzernzentralen eine immer wichtigere Rolle in der Politik. Hier setzt seine Kritik an der Schröderschen „Ökonomisierung der Politik“ an, der eine „Politisierung der Ökonomie“ gegenübergestellt werden müsse, um die Unternehmenszentralen gegenüber den neuen Bedürfnissen der Gesellschaft zu öffnen. Hier fanden sich in der Debatte viele Gemeinsamkeiten mit Uwe Kremers Vorstellungen der Wiederbesetzung des Feldes der Ökonomie, der Besetzung von Begriffen wie Produktivismus, Leistung und Kompetenz für die Hegemoniefähigkeit der Linken.

## Spannende inhaltliche Fragen

Obwohl hier nur ein Ausschnitt wiedergegeben werden kann, zeigte sich bei diesem Dialog, daß das „Spannende“ die quer zu den Reformfeldern liegenden Spannungsfelder sind (und sein werden), bei denen vorhandene unterschiedliche Akzente erst zueinander in Beziehung gesetzt werden. Es wurden die Fragen formuliert, wie es möglich ist,

- aus den vorhandenen unterschiedlichen Orientierungen wie dem „Produktivismus“ und der eher „lebensweltlichen“ eine übergreifende Vorstellung für die künftig anzustrebende Wirtschaftspolitik in Ost und West zu schaffen, oder

- aus den unterschiedlichen Ansätzen von Dezentralisierung/Selbstverwaltung oder zentralstaatlichen Instrumenten eine übergreifende Vorstellung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratisierung zu gewinnen, oder
- zwischen 'universalistischer' Weltoffenheit und 'neorealistischer' Betonung nationaler Regulierungsfähigkeit im Zeichen wirtschaftsräumlicher Machtblöcke zu einer dezidiert europäischen Perspektive zu kommen (Thesen Kremer/Westphal).

Die Arbeitstagung der Zeitschriften machte sowohl in der sehr guten Diskussionsatmosphäre als auch in den ersten interessanten Debatten deutlich, daß dieser Prozeß weiterbetrieben werden muß. So wurden dann auch eine Reihe von Anforderungen an eine gemeinsame große Zeitschriftenkonferenz für 1996 formuliert.

Die Konferenz am 3. und 4. Februar 1996 in Berlin wird diesen Prozeß fortsetzen. In einleitenden Beiträgen der Zeitschriften soll dieser Prozeß eines „crossover“ zur Diskussion gestellt werden. In Foren zur Zukunft der Arbeit, zur Politisierung der Ökonomie und Perspektiven der neuen Weltordnung werden jeweils unterschiedliche Ansätze und Akzente um Reformprojekte für neue Beschäftigungspolitik, für Alternativen zum Standortkorporatismus und alternative außenpolitische und ökonomische Blockbildungen diskutiert werden.

Hierzu werden aus unterschiedlichen Zusammenhängen von Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften etc. Einführungsreferate und Kurzstatements die Diskussion eröffnen. Erfahrungen linker Kräfte in anderen Ländern Europas auszuwerten steht dann am Samstagabend an. Das Podium am Sonntag ist mit prominenten VertreterInnen der Parteien, Gewerkschaften, Wissenschaft und Frauenbewegung besetzt, um einen Input der Zeitschriften zu Ansätzen einer reformpolitischen Wende zu diskutieren.

„Die Linke“ ist weit davon entfernt, 'think tanks' einer alternativen Entwicklung aufzubauen, allerdings bestehen Chancen, Verständigungen zu erreichen und Impulse für neue gemeinsame Projekte zu geben. Die Attraktivität solch eines neuen Projekts besteht darin, auch jenseits oder unterhalb des Parteiensystems zum Beispiel neue Verbindungen von betrieblich-gewerkschaftlicher Seite zu kritischer Wissenschaft und Kultur herzustellen und aufzubauen. Alle bisher Beteiligten waren sich einig darin, daß es sich in erster Linie um Interventionen in den gesellschaftlichen Raum, nicht um Partei- oder Parlamentspolitik handeln soll. Eine Kooperation von Zeitschriften kann da nur der Anfang sein, Phantasie für weitergehende Projekte freizusetzen.

## CROSSOVER

### Organisation und Anmeldung

**Kostenbeitrag:** DM 25 (Ermäßigung: DM 15,00 für Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, SchülerInnen, StudentInnen etc.)

**Private Unterbringungswünsche** oder -möglichkeiten bitte melden. Auf Wunsch können Informationen zu **Übernachtungsmöglichkeiten** in Hotels oder Jugendherbergen gegeben werden. Reservierungen müssen allerdings selbst vorgenommen werden.

**Anmeldung und weitere Informationen** bitte schriftlich: Stefan Schostok, Amikaweg 19, 30916 Isernhagen (Fax 05136/894108)

**Hiermit melde ich mich zur Crossover-Konferenz an.**

Ich komme am  Samstag  Sonntag

Ich  stelle  benötige eine private Übernachtungsmöglichkeit.

Ich benötige Adressen von  Hotels  Jugendherbergen.

Name

Straße

Ort

Telefon/Telefax



# Just „Lafontainement“?

Der SPD-Bundesparteitag 1995 in Mannheim

von Ralf Krämer, Benjamin Mikfeld und Joachim Schuster\*

Die Lage der SPD vor dem Parteitag war desolat, die Gefühlslage der Basis geprägt von Depression, Wut und Orientierungslosigkeit. Die Hoffnung war, der Parteitag und insbesondere der Vorsitzende könne vielleicht doch noch einen Impuls nach vorne und hinaus aus dem „Tal der Tränen“ geben. Doch Scharpings Aufarbeitung der Lage war zu zaghaft und vor allem schaffte er es nicht, Perspektiven für sozialdemokratische Reformpolitik zu vermitteln. Es verfestigte sich der Eindruck: der Mann bzw. die SPD mit ihm an der Spitze packt es einfach nicht. Die über viele Stunden andauernde Aussprache zur Lage der Partei spiegelte die Orientierungslosigkeit der Delegierten wider: viel Kritik - vor allem an Personen und deren Verhalten - aber wenig nach vorne gerichtete Ansätze.

## Lafontaines Rede und die Folgen

Am Mittwoch dann die Rede, die den bis dahin eher depressiven Parteitag aus seiner Lethargie riß. Was als Einleitung in die Antragsberatung durch den Vorsitzenden der Antragskommission angekündigt war, geriet zu einer rhetorisch vehement vorgetragenen Grundsatzrede, die die Delegierten begeisterte. Der Kontrast war überdeutlich: Nach Scharpings Rede erhob sich zunächst der Vorstandstisch zur „standing ovation“ und zögerlich folgten die Delegierten, nach Lafontaines Rede erhoben sich spontan die Delegierten und der Vorstand blieb sitzen. Psychologisch war damit alles klar. Oskar Lafontaine hatte geschafft, was die Partei von ihrem Vorsitzenden erwartete und gezeigt, daß er der eigentlich richtige sei. Die Frage war für die meisten Delegierten nur noch, ob er schon auf diesem Parteitag auch zum Vorsitzenden gewählt werden würde oder erst zu einem späteren Zeitpunkt. Eine Delegierte forderte zum Abschluß ihres Debattenbeitrags Lafontaine zur Kandidatur auf -

\* Ralf Krämer, Dortmund, Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW und spw-Redaktion; Benjamin Mikfeld, Bochum, Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen und neugewähltes Mitglied des SPD-Parteivorstands; Joachim Schuster, Bremen, spw-Redaktion

Applaus -, andere begannen, Unterschriften dafür zu sammeln.

Bereits im Vorfeld hatte Lafontaine deutlich gemacht, daß er zur Verfügung stünde, aber eine konsensuelle Lösung im Sinne einer Ämterteilung anstrebe. Dieser Ausweg war durch die starre Haltung Scharpings und der ihn im besonderen stützenden NRW-Spitze verhindert worden, die wohl selbst am Mittwochabend noch meinten, Scharping sei zu halten. Andererseits wäre die Lage für Scharping ohne eine klare Entscheidung noch prekärer als bisher geworden. Die Alternativkandidatur Lafontaines und die Abwahl Scharpings als Parteivorsitzender war damit zwar vom Verfahren her unsanft und für die SPD zutiefst ungewöhnlich, aber die einzig verbliebene Möglichkeit einer Lösung. Die große Mehrheit von 321 zu 190 zeigte zugleich, wie sehr Scharping, Rau und andere unter Realitätsverlust litten und nicht in der Lage waren, Stimmungen in der Partei einzuschätzen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Über ein Drittel auch der Delegierten aus NRW dürfte für Lafontaine votiert haben, gegen den Willen ihrer Führungsriege.

Andererseits ist es symptomatisch für die psychische Lage der Partei und ihrer FunktionärInnen, daß Lafontaines Rede in einem solchen Maße für glänzende Augen, Ovationen und z.T. irrationale Heilserwartungen sorgen konnte. Es wäre aber falsch, dies nur auf Oskars unbestrittene rhetorische Fähigkeiten zurückzuführen und auf die Erwartung der Delegierten, er sei viel besser als Scharping in der Lage, die Bedingungen der Mediengesellschaft für sich und die SPD zu nutzen und auch innerparteiliche Konkurrenten (v.a. Schröder) im Zaum zu halten. Entscheidend war vielmehr der Inhalt seiner Rede.

Lafontaine unterstrich gesamtwirtschaftliche gegenüber einseitig betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und setzte sich kritisch mit der Standortdebatte auseinander. Er betonte die Notwendigkeit und Zielrichtung einer sozialdemokratischen Alternative zur Politik der Regierung und den Dissens zur Position der Arbeitgeber in wichtigen Fragen. Er kritisierte die Umverteilung zugun-

sten der Gewinne und die Steuervorteile der Großverdiener. Als Beispiel für notwendige technische Innovation forderte er, „die Brücke ins Solarzeitalter zu bauen“, statt weiter Kernenergie zu fördern. Er betonte die ökologische Steuerreform als ein Kernprojekt der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzungen, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, und lobte die Gewerkschaften für ihre dahingehenden Kämpfe. Und er hob den internationalistischen Ansatz sozialdemokratischer Politik hervor, die Tradition der Entspannungspolitik und die Aufgaben Deutschlands als Friedensmacht, die sich bei militärischen Kampfeinsätzen zurückhalten sollte.

## Antragsberatung: keine Impulse

Dabei sagte Lafontaine gar nichts besonders Neues. Aber er sagte, was die Delegierten dringend brauchten und hören wollten, nämlich für welche Ziele es sich noch lohne, politisch zu kämpfen, was sozialdemokratische (und nicht nur angeblich „moderne“) Politik ausmache und was sie von den Konservativen unterscheide. Und das stand in deutlichem Kontrast nicht nur zur in der letzten Zeit vorherrschenden Argumentationsweise der führenden Repräsentanten der Partei, sondern auch des von Lafontaine selbst maßgeblich verantworteten Initiativantrags zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dessen Logik ist geprägt vom Primat der Standortförderung und weltmarktorientierter Modernisierung, dergegenüber soziale und ökologische Ziele untergeordnet sind. Entgegen der „von oben“ verbreiteten Gerüchte ist dieser Antrag auch keineswegs besonders konkret, sondern geprägt durch schwammig formulierte Forderungen, die auch neoliberale Interpretationen zumindest zulassen. Lafontaine nahm stattdessen Argumentationslinien auf, wie sie im vom Frankfurter Kreis der Parteilinken vorgelegten Initiativantrag „Soziale, ökologische und ökonomische Erneuerung“ dargestellt wurden.

Einige Debattenredner forderten deshalb, daß der wirtschaftspolitische Initia-

tiv-Leitantrag zugunsten der Rede Lafontaines zurückgezogen werden sollte. Die äußerst chaotisch verlaufende Antragsberatung (zig überwiegend nicht mal schriftlich vorliegende Änderungsanträge waren sozusagen die Rache des Parteitags für 11 Seiten Initiativantrag) machte aber deutlich, daß von einer politischen Umorientierung oder Linkswende der SPD durch die Wahl Lafontaines nicht die Rede sein kann. Der Antrag wurde nach einer Debatte, in der die wesentlichen Kontroversen kaum erkennbar wurden, letztendlich mit großer Mehrheit ohne substanzielle Änderungen angenommen. Im Ergebnis manifestiert der Beschluß eine weitere Öffnung der SPD in Richtung neoliberaler Wirtschaftskonzepte, Schlagworte sind etwa die Senkung der Kosten der Unternehmen und die Flexibilisierung von Tarifverträgen und Arbeitszeiten sowie Deregulierung und Reduzierung der Ansprüche an den Staat.

Symptomatisch für die Debatte war der Umgang mit der insbesondere für die Jusos zentralen Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung, die von etlichen Bezirksparteitagen bereits beschlossen worden war. Diese wurde zugunsten einer schwammigen sozialdemokratischen Dreifaltigkeit der Positionen gesetzlicher Ausgleich zwischen ausbildenden Betrieben, Lösungen auf Kammer- und Steuererleichterungen für über Bedarf ausbildende Betriebe abgelehnt. Dabei wurden die Delegierten offenbar zum großen Teil nicht und wurden vom Präsidium auch im unklaren gelassen, worüber sie eigentlich abstimmen, und folgten routinemäßig dem Votum der Antragskommission. Unabhängig davon ist dieses Ergebnis typisch für die inhaltliche Positionsbildung in der Partei: bloß nicht festlegen - allen wohl und niemand wehe. Ähnliches vollzog sich bei der Überweisung der relativ konkreten Anträge zur ökologischen Erneuerung und Öko-Steuerreform - mit der bemerkenswerten Begründung der Antragskommission, die Beratung dieser - fristgemäß eingereichten - Anträge stelle eine Überforderung des Parteitags dar - im Unterschied zu zügigen Initiativanträgen offenbar auffällig war in den Debatten außerdem, daß kaum über Grundsätze diskutiert wurde. Vielmehr waren die meisten Beiträge Gefechte der Fraktions-„FacharbeiterInnen“, die für die Delegierten kaum nachvollziehbar waren.

## Internationales: Bestätigung bisheriger Positionen

Im Themenbereich Internationales beherrschten zwei Streitpunkte die Debatten. Erstens bekundet nun auch die SPD die Sorge um die Geldwertstabilität in einer eventuellen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Es gelang zwar, einige unsägliche Formulierungen in den entsprechenden Anträgen zu verhindern. Herausgekommen ist aber eine Positionsbestimmung, die in populistischer Manier Geldwertstabilität zum herausragenden Ziel der Wirtschaftspolitik erklärt und dabei gleichzeitig vergißt, welche Folgen dies für eine aktive Beschäftigungspolitik im europäischen wie auch im nationalen Rahmen hat. Es zeugt nicht gerade von wirtschafts- und europapolitischer Kompetenz, daß solche Widersprüche nicht einmal bemerkt werden. So wird in dem entsprechenden Antrag auf den ersten Seiten zwar die Aufwertung der DM beklagt, gleichzeitig aber am Ende des Antrages mit den Formulierungen zur Wirtschafts- und Währungsunion eine Politik gefordert, die die Aufwertung der DM noch verstärken wird.

Den zweiten Schwerpunkt bildete die x-te Auflage der Debatte über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Wieder einmal mußte vom Parteitag beschlossen werden, daß die SPD gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr ist, soweit diese nicht zur Landesverteidigung dienen. Notwendig wurde dies, weil ein Teil der sogenannten außenpolitischen Sprecher der Partei in den letzten beiden Jahren konsequent nicht die Beschlüsse der SPD, sondern ihre eigene Position vertraten und dabei immer wieder versuchten, eine Zustimmung der SPD zu einer letztlich militärisch geprägten Außenpolitik zu erlangen. Im Zuge dieser Entwicklung hat die SPD ihre außenpolitischen Kompetenz weitgehend aufgegeben. Dieses spiegelte besonders deutlich der „Leitantrag“ zur Sicherheitspolitik wider. Hier wurden zwar wichtige Fragen gestellt - zur Osterweiterung der NATO, zur gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur etc. -, aber eben nicht beantwortet. Die Beschlußlage der Partei bleibt somit auf dem Stand von Wiesbaden. Positiv neben der begrüßenswerten klaren Position des neuen Vorsitzenden in dieser Frage stimmt nur, daß die Einrichtung einer Kommission Internatio-



1995 - 287 S.  
DM 39,80 - OS 295 - SFR 41,00  
ISBN 3-929586-49-5

Jean-Francois Couvrat, Nicolas Pless

Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft  
Das internationale Geschäft mit Drogen, Waffen und Gold  
1993 - 295 S.  
DM 48,00 - OS 355 - SFR 49,00  
ISBN 3-921550-75-6

Hefte zum Thema Geld

101 Kapitalistische Kulturen, Dez. 1995  
99 Verteilungsfragen  
97 Netzwerk zwischen Markt und Staat  
95 Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods  
93 Frauen in der Ökonomie

ca. 180 S. - DM 18,00  
oder DM 14,50 im Abo

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

nale Politik mit dem Auftrag zur Weiterentwicklung der außenpolitischen Programmatik beschlossen wurde.

## Alibiverjüngung

Im Vorfeld des Parteitagess ist die Verjüngung des Parteivorstandes selbst von wichtigen Führungspersonen der Partei als wesentliches Anliegen dargestellt worden. Müntefering sprach von fünf, Scharping von vier jüngeren, die in den Parteivorstand gewählt werden sollten. Alle schönen Worte und Unterstützungen galten aber nur bis zum zweiten Wahlgang. Im ersten konnten lediglich Kerstin Griese und Benny Mikfeld v.a. durch die Unterstützung aus NRW die erforderliche Mehrheit erlangen. Thomas Westphal (Juso-Bundesvorsitzender 1993-1995) und Christian Lange traten zwar im zweiten Wahlgang noch an, ihre Kandidaturen wurden aber durch die Absprachen zwischen NRW, Hannover, Hessen und anderen Bezirken/Landesverbänden nahezu aussichtslos. Als es ernst wurde, galten die hehren Vorsätze kaum noch etwas, vor allem ging es um die Absicherung der eigenen Leute und der bislang nicht gewählten Ministerpräsidenten (Schröder, Eichel, u.a.). Dies gilt auch für wesentliche Teile der Parteilinken. Die Kandidatur des spw-Mitherausgebers Thomas Westphal wurde darüberhinaus vor dem Hintergrund juso-interner Auseinandersetzungen in einigen Bereichen aktiv hintertrieben.

# spw intern

Liebe Leserinnen und Leser, die spw-Jahrestagung im Oktober hat einige personelle Veränderungen gebracht. Uwe Kremer wechselt aus der Redaktion in den Kreis der Herausgeberinnen. Auch die langjährigen Redaktionsmitglieder Gisela Becker und Fieta Sab haben die Redaktion verlassen. Ihnen allen Dank für ihre Mitarbeit. Auf der neuen Seite sind Barbara Underberg und Gert Schulze, beide aus Bonn, zu sehen. Sie sind in die Redaktion zurückgekehrt.

## Chancen und Risiken für die Linke

Lafontaines Wahl zum Parteivorsitzenden schafft der SPD zunächst auf der psychologischen Ebene und in den Medien die Möglichkeit, aus der Defensive herauszufinden und Kohl wieder ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Das zeigt auch dessen scharfe Reaktion. Wenn man die von ihm mit durchgesetzten Be-

**Lafontaines Rede hat gezeigt, daß linke Positionen mobilisierungsfähig sind, wenn sie profiliert vorgetragen werden.**

schlüsse und seine reale Politik betrachtet, vertritt aber auch Lafontaine keine linke Alternative zum Kurs der kapitalorientierten Standortmodernisierung. Seine Rede auf dem Parteitag, seine Perspektive einer linken Mehrheit in Verbindung mit Lockerungsübungen gegenüber der PDS - der einzige Weg, einer sowieso unvermeidbaren SPD-PDS-Kampagne der Konservativen frühzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen -, das bietet auch den Linken in der SPD größere Spielräume, ihre Positionen wieder wirksamer zur Geltung zu bringen. Sie müssen es allerdings auch tun, und zwar selber.

Dabei muß es für die Linke darum gehen, inhaltliche Alternativen und Kontroversen in der innerparteilichen und öffentlichen Debatte offensiv deutlich zu machen und zu vertreten. Ein Ausgangspunkt dafür ist der wirtschaftspolitische Initiativantrag des Frankfurter Kreises auf dem Mannheimer Parteitag. Dieser ist in etlichen Punkten mit dem beschlossenen Leitvatrag nicht vereinbar, sollte aber - da er längerfristige Perspektiven aufzeige - auf Vorschlag Lafontaines gleichfalls „angenommen und überwiesen“ werden, um problematisch erscheinende Punkte weiter zu diskutieren. Letztlich wurde er „mit großer Sympathie überwiesen“, was immer das sein mag. Hierbei wurde jedoch weniger die grundsätzliche Sympathie mit dem Antrag deutlich, als das Bestreben, die Parteilinke ruhigzustellen. Aus Angst oder Unfähigkeit, eine offene Kontroverse gegen den Initiativantrag der Parteiführung auszutragen, hatten führende Repräsentanten derselben das allerdings selbst bereits vorweggenommen und behauptet, die Anträge seien miteinander vereinbar. Solches Verwischen von Kontroversen kann die inhaltlichen Positionen der Linken letztlich nur schwächen. Lafontaines Rede hat gezeigt, daß linke Positionen mobilisierungs- und sogar mehrheitsfähig sein können, wenn sie profiliert vorgetragen werden. Daran mangelt es gegenwärtig in der SPD-Linken am meisten.

Inhaltliche Schwerpunkte der Tagung waren der gesellschaftliche Strukturwandel und die Veränderungen des Parteiensystems und ihre Konsequenzen für die Möglichkeiten linker Politik. Zentrales Projekt der nächsten Zeit ist die „Crossover“-Konferenz, die in einem gesonderten Artikel vorgestellt wird.

Im November ist das erste Jahrbuch des *ispw*, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaften e.V., erschienen. Es wird herausgegeben von Edelgard Bulmahn, Peter von Oertzen und Joachim Schuster und trägt den Titel „Jenseits von Öko-Steuern“. Es kostet DM 35,- und kann beim spw-Verlag bestellt werden.

Wenn alles klappt, wird spw noch in diesem Jahr mit einer eigenen „homepage“ im World Wide Web des Internet vertreten sein (eine E-mail-Adresse ha-

ben wir ja schon seit geraumer Zeit). Neben der Inhaltsübersicht und ausgewählten Artikeln wird es die Möglichkeit geben, direkt Hefte oder andere Publikationen zu bestellen oder sonstige Nachrichten an den spw-Verlag zu senden. Dieser Service wird uns von „Köln-Online“ ermöglicht. Also, wer Interesse hat, kann es ja demnächst einfach mal versuchen, ob die Sache schon steht, die Adresse der homepage ist <http://www.koeln-online.de/spw/>. Im Januar findet der Lasteintrag für das Abonnement 1996 statt, die Preise bleiben gegenüber 1995 unverändert. Um sinnlosen Aufwand zu vermeiden, bitten wir um Mitteilung, falls sich die Kontoverbindung geändert hat (ebenso Adressenänderungen) und um Beachtung, daß das Konto hinreichend gedeckt ist.

Ralf Krämer

# Sozialdemokratie als Lebenssinn?

von Christoph Meyer\*

Rezension zu: Susanne Miller: *Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag herausgegeben von Bernd Faulenbach, Bonn 1995. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, 384 Seiten, DM 48,-.*

Eine nicht ganz gewöhnliche Festschrift ist zum 80. Geburtstag der sozialdemokratischen Historikerin erschienen: Keine Sammlung von wissenschaftlichen Aufsätzen anderer Historiker mit mehr oder weniger Bezug zu ihrem Werk, sondern eine Reihe von Aufsätzen der Susanne Miller selbst. Sie sind verständlich geschrieben und umfassen zeitlich eine Spanne von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis 1990 und thematisch ein breites Spektrum grundsätzlicher bedeutsamer Fragen: Es geht um die ideellen Grundlagen, den ideologischen Standort der Sozialdemokratie, ihre Geschichte im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in Österreich, den sozialdemokratischen Widerstand und die Nachkriegsentwicklung. Susanne Miller war ISK-Mitglied, Emigrantin, die Lebensgefährtin Willi Eichlers, aktiv in der Kölner Sozialdemokratie und die Sekretärin der Godesberger Programm-Kommission; die Themen ihrer Aufsätze bilden oft einen Teil ihrer eigenen Lebensgeschichte.

Kann die Sozialdemokratie „Lebenssinn“ sein? Die Frage erscheint nicht zeitgemäß, in Anbetracht dessen, was die real existierende SPD heute so treibt. Da wird von vielen in erster Linie „Regierungsfähigkeit“ demonstriert, immer mit einem Blick auf die eigenen Aufstiegschancen; der Lebenssinn aber, das ist gutes Essen, Urlaub (in Italien), jedenfalls Außerpolitisches.

## Sekte mit Bedeutung

Damit soll nichts gegen die persönliche Selbstverwirklichung gesagt sein, aber wie anders liest es sich doch, wenn Susanne Miller vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) erzählt, dessen Mitglieder in den 20er und 30er

Jahren aufopferungsvoll für ihr Ziel, eine menschenwürdige und gerechte Gesellschaft, eingetreten sind, dabei auf Alkohol, Fleischgenuß und ihr Privatleben verzichtend, was jedoch „durch das Erleben einer solidarischen Kampfgemeinschaft für ein ethisch begründetes Ziel“ (S. 236) ausgeglichen wurde.

Aus zwei Gründen war der kleine ISK mehr als eine politische Sekte: 1. Struktur und ethischer Anspruch befähigten seine Mitglieder während der Nazizeit zu einem verhältnismäßig wirkungsvollen Widerstand, und 2. brachte

**Eine Grundhaltung, die meint, auf eine ethische Motivation, auf Grundwerte verzichten zu können, bleibt reichlich blutleer.**

er mit Willi Eichler den - als Leiter der Programmkommission - bedeutendsten geistigen Vater des Godesberger Programms von 1959 hervor, welches - anstelle einer Gesellschaftsanalyse und Zukunftsprognose - mit ethisch motivierten „Grundwerten des Sozialismus“ begann (S. 360), was seither für sozialdemokratische Programmatik gültig geblieben ist.

Im Nachhinein sieht Miller die Nichterwähnung des Marxismus als Traditionslinie der SPD im '59er Programm als - dem Kalten Krieg geschuldete - Fehlleistung an. Es ist jedoch unverkennbar, daß sie der marxistischen Gesellschaftstheorie sehr reserviert gegenübersteht. Diese Distanz führt an einzelnen Stellen des Sammelbandes zu einseitigen Urteilen. Andererseits öffnet sie aber den Blick für Schwächen der SPD während ihrer „marxistischen“ Phase (etwa von den 1890ern bis zu den 1950er Jahren).

## Offene Fragen bei Marx

So lieferte die Theorie offensichtlich für die Einschätzung vieler „konkreter Situationen“, z.B. die Bewilligung der

Kriegskredite 1914, „keine zwingenden Kriterien“ (S. 96). Des weiteren schien sie den Geschichtsdeterminismus nahe-zulegen, welcher den größten Teil der SPD dazu verleitete, auf die Revolution wie auf ein Naturereignis zu warten, während ihre Praxis bestenfalls als reformistisch betrachtet werden kann. Die Partei war damit auf den Ausbruch der Revolution von 1918 nicht vorbereitet und nur in unzureichendem Maße in der Lage, sie zu einem erfolgreichen, die Demokratie auf Dauer sichernden Abschluß zu bringen. (Wobei allerdings die Frage ist, ob es nicht eher die Art der Rezeption des Marxismus als die Rezeption an sich war, die die SPD in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigte.)

Bei Marx, so ein Fazit, seien „entscheidende Fragen“ offengeblieben „wie die nach dem Wesen des Staates, der Demokratie, der Revolution, der Klasse, der politischen Partei, vor allem aber die nach der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte und damit auch das Problem von Moral und Politik“ (S. 96). Ob dem nun in allen Punkten zuzustimmen ist, sei dahingestellt. Jedenfalls bleibt eine Grundhaltung, die meint, auf eine ethische Motivation, auf Grundwerte verzichten zu können, reichlich blutleer.

## Reichlich Stoff zum Abarbeiten

Die ökonomische Analysefähigkeit allein oder der pure Karrierismus machen vielleicht einen Teil der SPD, nicht jedoch das aus, was unter Sozialdemokratie im eigentlichen Sinne zu verstehen ist. Diese nämlich basiert auf dem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie einer gehörigen Portion Geschichtsbewußtsein.

Hierfür lohnt es sich, in den hier zusammengestellten Aufsätzen der sozialdemokratischen Historikerin Susanne Miller nachzulesen. Reichlich Stoff zum Abarbeiten ist gegeben, auch wenn die Kritik der Autorin am Marxismus so nicht zu teilen ist.

\* Christoph Meyer, Köln, Historiker und Mitglied der spw-Redaktion



# This is a man's world?

Rückblick auf die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking

von Antje Trosien\*

Aminata Traore aus Mali sagte vor knapp einem Jahr in einer Diskussion: „Für die Afrikanerinnen ist das Wesentliche momentan nicht die Spülmaschine, sondern fließendes Wasser.“ Und vor einigen Jahren hatte Isabel Allende noch formuliert: „Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit für alle Frauen. Nur eine Handvoll in den industrialisierten Ländern kann davon profitieren. Aber über neunzig Prozent aller Frauen leben in einer rückständigen Welt voller Armut und Leid. Sie werden noch wie Sklaven verkauft, verstümmelt, mißhandelt, ausgebeutet, prostituiert, sie müssen ihrem Mann gehorchen, den sie nicht lieben, und Kinder gebären, die sie nicht wollen.“

## Weltweiter 'roll-back'

Doch der weltweite 'roll-back' macht eben nicht vor den industrialisierten Ländern halt; Frauenarbeitslosigkeit, Ausgrenzung von Frauen aus Entscheidungsprozessen und sexuelle Gewalt sind auch bei uns noch an der Tagesordnung.

Die Globalisierung von Weltmarktstrukturen, die immense Ausweitung des Finanzkapitals, die Zunahme von Kriegen und bewaffneten Konflikten, die Marginalisierung von Regionen in der Dritten Welt und Deregulierung im sozialen Bereich hatten insbesondere auf die Lebenssituation von Frauen ausgesprochen negative Auswirkungen. So wird dies auch in der zur Weltfrauenkonferenz in Peking vorgelegten „Plattform for Action“, dem Schlußdokument, dargestellt, Zitat: „Recent international economic developments have had in many cases a disproportionate impact on women and children, the majority of whom live in developing countries. For those States that have carried a large burden of foreign debt, structural adjustment programmes and measures, though beneficial in the long term, have led to a reduction in social expenditures, thereby

adversely affecting women.“ Oder mit anderen Worten: Wenn Staaten zur Bekämpfung ihrer Verschuldung Ausgaben im sozialen Bereich zurückfahren müssen oder wollen und der soziale Bereich dereguliert wird, sind die Leidtragenden vor allem Frauen und (ihre) Kinder. Was langfristig möglicherweise zur Stabilisierung des Haushalts beiträgt, verschärft zunächst die Lebenssituation von weit mehr als der Hälfte der Bevölkerung ganz erheblich.

An einigen Beispielen läßt sich das besonders deutlich machen:

● Am Zugang zu schulischer Grundausbildung oder beruflicher Qualifizierung werden Frauen durch vielfältige Diskriminierungsformen gehindert. Von

Die Aktionsplattform legt in vielen Punkten wichtige Strategien fest; wie dies auf nationaler Ebene umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

den weltweit 960 Millionen erwachsenen AnalphabetInnen sind zwei Drittel Frauen, von weltweit über 130 Millionen Kindern, die keine Grundschulausbildung haben, sind 81 Mio. Mädchen.

● Das Voranschreiten fundamentalistischer Bewegungen verschärft die geschlechtsspezifische Rollenzuweisung und richtet sich massiv gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen. Gewalt gegen Frauen, Zwangsprostitution und Sextourismus nehmen weltweit zahlenmäßig zu.

● Die Mehrheit der neugeschaffenen und besserbezahlten Arbeitsplätze geht an Männer, aber es wird immer unwahrscheinlicher, daß dieses Einkommen der Männer für die Familie ausgegeben wird.

● Die Mobilität der Männer ist höher als die der Frauen, sowohl was Wohnorte als auch was Arbeitsplätze angeht, und den Frauen wird es oft völlig „allein“ überlassen, sich um die Kinder zu

kümmern. Frauen in der Dritten Welt tragen eine doppelte oder dreifache Last, wenn sie versuchen, Hausarbeit, Kinderbetreuung, Landwirtschaft, eventuell noch schlechtbezahlte Lohnarbeit miteinander zu vereinbaren.

● Der Anteil von Frauen (und ihren Kindern) an Flüchtlingsströmen überschreitet den der Männer erheblich, in manchen Ländern liegt ihr Anteil zwischen 80 und 90%, dennoch kommen sie weitaus seltener in den Genuß von Asyl in Europa.

## NGO-Forum und Weltfrauenkonferenz

Um dies zu thematisieren, Gegenstrategien zu formulieren und auch zur Bewußtseinsbildung beizutragen, hatte die Generalversammlung der UN beschlossen, daß 1995 die 4. Weltfrauenkonferenz stattfinden soll. In der Nachfolge von Mexico City 1975, Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 sollte nach zehn Jahren wieder der Versuch unternommen werden, Bilanz über erreichte frauen- und gleichstellungspolitische Erfolge und Einbrüche zu ziehen.

Allerdings ist festzustellen, daß gegenwärtig die Einbrüche, Rückschritte, der 'roll back' überwiegen; die Rahmenbedingungen, unter denen die vorhergehenden Weltfrauenkonferenzen stattgefunden haben, waren zwar auch nicht rosig gewesen, aber es war noch ein gewisser Trend zum Besseren erhofft worden. Vor allem hatte frau damals noch angenommen, daß die vereinbarten Strategien von den nationalen Regierungen bereitwilliger aufgenommen und umgesetzt würden. Dies war jedoch nicht der Fall. Ein weiteres Hindernis bei der Durchsetzung von nachhaltiger Frauenpolitik sind die nach wie vor undemokratischen Strukturen der UN, die politische Forderungen der VertreterInnen aus Entwicklungsländern, aber auch der NGOs ausklammern.

Vom 30. August bis zum 8. September fand im Vorfeld der eigentlichen Weltfrauenkonferenz das NGO-Forum statt, eine Konferenz aller nichtstaatlichen Institutionen und Fraueninitiativen. Dieses Forum sieht sich unter anderem als Gegenpol und Korrektiv zum

Regierungsforum; die Nicht-Regierungsorganisationen engagieren sich stark in der Diskussion vernachlässigter oder problematischer Themenbereiche und versuchten entsprechende Positionen in das Schlußdokument, die „Plattform“, einzubringen.

Über 30000 Frauen nahmen für verschiedenste Organisationen und (Frauen-)Bewegungen an dieser Konferenz teil. Wenn auch in unzähligen Workshops, Meetings, Veranstaltungen so ziemlich alle Aspekte der Diskriminierung von Frauen diskutiert werden konnten, und von den Medien auch dieses Treffen aufmerksam beobachtet wurde, letztendlich „entscheidend“ war die offizielle Weltfrauenkonferenz der RegierungsvertreterInnen.

Hier liefen dann die maßgeblichen Diskussionen ab, die sich um die vorgelegte „Aktionsplattform“ drehten, welche Analyse und Forderungen zusammenfaßt.

Und wie schon bei der Weltbevölkerungskonferenz letztes Jahr in Kairo, bildete sich wieder eine wertkonservative Allianz, bei der fundamentalistische islamische und erzkatholische Kräfte versuchten, ergebnisorientierte Diskussionen zu blockieren und von der Lösung der eigentlichen Probleme abzulenken. Offensichtlich wurde dies bei Diskussionen über die Rolle der Frau in der Familie oder um das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Lediglich das entschiedene Auftreten anderer Vertreterinnen, die mit derartigen Interventionen bereits gerechnet hatten, führte dazu, daß noch Kompromisse geschlossen werden konnten und die Debatte nicht im Chaos oder in der Selbstblockade endete.

## Was bleibt?

Bei dieser 4. Weltfrauenkonferenz in Peking ist der ernsthafte Versuch unternommen worden, eine Bilanz zu ziehen über die Rahmenbedingungen, unter denen Frauen in den einzelnen Ländern leben. Auf dieser Grundlage wurden ein umfangreicher Aktionsplan aufgestellt, der sowohl eine generelle Veränderung einfordert als auch einzelne Maßnahmen benennt, die die Lebenssituation von Frauen verbessern könnten. Die in Peking beschlossene Aktionsplattform legt in vielen Punkten wichtige Strategien zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen fest; wie dies auf nationaler Ebene umgesetzt wird, bleibt abzuwar-

ten, Gerüchten zufolge steht aber zur Diskussion, daß Nachbereitungskonferenzen stattfinden sollen, um die einzelnen Regierungen in die Pflicht zu nehmen.

Letztendlich positiv war das Interesse der Medien. Zahlreiche Fernsehübertragungen, ausführliche Berichterstattung zumindest in einigen überregionalen Zeitungen (BILD: Claudia Nolte im Bordell: Entsetzt!), all dies hat hoffentlich zur Folge, daß zumindest in einigen Köpfen noch ein klitzekleines bißchen Bewußtsein für die Diskriminierung der Frauen entsteht. Und die Bereitschaft, politisch dagegen zu kämpfen. Doch immer wieder bestätigt sich in entwicklungspolitischen Debatten der Eindruck, daß der einzige Grund, aus dem sich westliche Staaten derzeit via UN mit den Frauenrechten in Entwicklungsländern auseinandersetzen, der ist, daß man Angst vor der Bevölkerungsexplosion und erkannt hat, daß es einen Zusammenhang zwischen Familienplanung, Bildungsniveau und Lebenssituation der Frauen gibt.

Das ist eine kapitalistisch und patriarchalisch geprägte Sichtweise, die mit dem Recht der Frauen auf Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen und sexueller Selbstbestimmung nichts zu tun hat. Zweifelsohne, es ist positiv, wenn Frauen gerade in den Entwicklungsländern Zugang zu Bildung erhalten - schon Marie von Ebner-Eschenbach meinte: „Als die erste Frau lesen lernte, trat die Frauenbewegung in die Welt.“ Doch trotz alledem: ginge es bei der aktuellen entwicklungspolitischen Debatte wirklich um Frauenrechte an sich, so würden zum einen auch die politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen ebenso stark thematisiert wie die Bildungsfrage. Und es gäbe mehr Bereitschaft, auch im eigenen Land die Gleichstellung von Frauen voranzutreiben. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Ginge es um die glaubwürdige Bekämpfung von Armut, so wäre es sinnvoll gewesen, statt der mit großem Popanz durchgeführten Weltkonferenzen im Internationalen Währungsfond, der ja auch eine Organisation der UN ist, eine andere Politik im Umgang mit der Schuldenkrise einzufordern.

Durch „Druck“ der Bundesrepublik, die 1995 immerhin zu 8,93% den UN-Haushalt mitfinanziert, könnte eine nachhaltige Entwicklungspolitik und

eine offensive Frauenpolitik eingefordert werden - wenn, ja wenn, der politische Wille dazu da wäre. Der muß aber auch erstmal auf nationaler Ebene bewiesen werden. Der CDU-Parteitag hat das Frauen-Quorum abgelehnt. Die Regierungskoalition stellt auch den Minister für wirtschaftliche und Entwicklungszusammenarbeit.

Wer liest schon hundert Zeitschriften? Und wer tut sich Bundeswehrpostillen ebenso an Fachblätter der Rüstungswirtschaft und die wissenschaftlichen Studien der Friedensforschung?

Wir.

Die ami berichtet monatlich über Krieg und Frieden, Rüstungswirtschaft, Militärbündnisse, Gewaltapparat, Waffentechnik, Beschaffung, Ideologie, Waffenhandel, Friedensforschung, Friedensbewegung. Und dann sind da unsere

## Themenhefte:

- Krisenregion Asien (10/95)
- Medien und Krieg (6/95)
- Non-Proliferation (12/94)

Jahresabo (9 Normal-/3 Themenhefte): DM 43,-  
(ab 1996: DM 50,-; Auslandsabo: DM 60,-)  
Themenheft: DM 4,50, zzgl. Porto.  
Internet: <http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html>  
Bezug: Telefon/Fax: (030) 215 10 35  
EiBholzstr. 11, 10781 Berlin

antimilitarismus  
information

# Mühsame Schritte auf einem langen Weg ...

»Itaca« Kultur-Kongreß »Solidarität kennt keine Grenzen« in Hamburg

von Michael Böttig\*

Während die offizielle Arbeitslosigkeit immer neue Rekordmarken erklimmt und nahezu alle europäischen Staaten mit Sozialkürzungen, Arbeitszwang und Repression darauf reagieren, während das Armutsgefälle zwischen europäischen Regionen ebenso wächst wie die Gewinne der Großunternehmen und Banken, während die Drohung der Unternehmen, ihre Produktion ins »billige Ausland« zu verlagern, zur multifunktional-nationalistischen Rundumschlag-Keule gegen jeglichen sozialen Widerstand sowohl der Gewerkschaften als auch der Basisinitiativen ausgebaut wird und viele Bewegungen ihre verzweifelten Hoffnungen offenbar an irrationale Ethnisierung und Nationalisierung sozialer Widersprüche knüpfen, gibt es so etwas wie ein »Europa von unten« in zaghaften Ansätzen tatsächlich – kleine Netzwerke des Erfahrungsaustauschs, der Solidarität und praktischen Zusammenarbeit unterhalb und an der europäischen Bürokratie vorbei.

Eins von ihnen nennt sich »ITACA – für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit«. ITACA ist ein europäisches Netzwerk von nationalen Zusammenschlüssen (BALADRE/Spanien; »Kontaktnetz für aktive Arbeitslose«/Dänemark; BAG-Erwerbslose/Deutschland) sowie einzelnen Arbeitslosen- und sozialen Initiativen verschiedener europäischer Länder. Grundlage der Arbeit ist eine gemeinsame Plattform, die in fünf Sprachen vorliegt und mit deren Analysen und Positionen weitere Kontakte hergestellt wurden zu Basisinitiativen z.B. in Polen, Finnland, England, Irland, Portugal, Frankreich, Norwegen, Holland und Italien.

Ziel von ITACA ist die Organisation eines internationalen Erfahrungsaustauschs, die Organisation gegenseitiger Hilfe und die Entwicklung eines gemeinsamen Kamp-

fes für eine gerechte Umverteilung von Arbeit und Einkommen und eine Welt ohne Arbeitslosigkeit und Armut.

Dieses Jahr nun, vom 5. – 8. Oktober, veranstaltete ITACA in Zusammenarbeit mit »buntstift e.V. – Föderation der grünnahen Landesstiftungen und Bildungswerke« den europäischen Kulturkongreß gegen Armut und Arbeitslosigkeit »Solidarität kennt keine Grenzen« in den Räumen der Hamburger Universität.

## Kultur-Austausch: spannende Ansprüche ...

An zwei Abenden gab es kleinere Theater- und Kulturbeiträge sowie Konzerte. Die Kultur hat innerhalb der Initiativen, die mit ITACA gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen, einen besonderen Stellenwert. Kleidung, Sprache und Musik sind wieder verstärkt zum Ausdrucksmittel unterschiedlicher Szenen geworden. Mit Reggae, Punk, Rap und HipHop hat seit einigen Jahren eine Repolitisierung kultureller Ausdrucksmittel besonders armer, arbeitsloser und ausgegrenzter Jugendgruppen stattgefunden. Musik- und Theatergruppen sind Mitglieder der jeweiligen Initiativzusammenschlüsse. Ihre Texte und kulturellen Ausdrucksformen befassen sich mit ihrer sozialen und politischen Realität und beziehen radikal Stellung. BALADRE z.B. ist selbst Verteiler-Organisation von CDs, Kassetten, Videos und anderen Materialien der Musik- und Theatergruppen aus ihrem Umfeld.

Die Kulturveranstaltungen sollten bewußt auch sehr unterschiedliche »Richtungen« kulturellen Ausdrucks miteinander konfrontieren, um Vorurteile und Spaltungen zwischen den verschiedenen »Szenen« zu überwinden und gegenseitige Hilfe und Austausch zu organisieren.

Diesen Anspruch konnten wir leider nicht erfüllen. Die Organisation und Koordination unterschiedlicher Bands aus verschiedenen Ländern über unsere Initiativenkontakte war zu mühselig – her-

auskam, daß der Saal' (Audi-Max) zu groß und ungemütlich war, zu viele Bands pro Abend vorgesehen waren, nur drei Länder und unterschiedliche Stilrichtungen nur ansatzweise vertreten waren und wir aufgrund organisatorischer Überlastung und Ausfälle kaum noch vernünftig Werbung in der Stadt machen konnten. So kamen zu wenig Zuhörer, und mit diesem Teil des Kongresses bescherten wir uns ca. 14.000,- DM Defizit.

## Erfahrungsaustausch: Verschiedene Mentalitäten ...

Tagsüber wurde in fünf Arbeitsgruppen parallel an fünf verschiedenen Themen gearbeitet:

- Feminisierung der Armut (Vorbereitung durch eine Initiative aus Gasteiz)
- »Leben im Stadtteil« (Vorbereitung durch eine Stadtteilinitiative aus Valencia)
- Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit (Vorbereitung durch die Arbeitsloseninitiative in Mannheim)
- »Arbeit«: Tariflicher Arbeitsmarkt und nichtexistenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse (Vorbereitung durch Arbeitsloseninitiativen aus Frankfurt und Oldenburg)
- Antimilitarismus und Unterdrückung (Vorbereitung durch BALADRE)

Ein geplanter »Kulturworkshop« mußte wegen mangelnder Beteiligung ausfallen.

An den Arbeitsgruppen beteiligten sich außer den Deutschen VertreterInnen aus Dänemark, Österreich, Italien und Spanien. An der Art der Vorbereitung und Moderation der Arbeitsgruppen wurden recht unterschiedliche Ansprüche und Herangehensweisen an die inhaltliche Arbeit deutlich: während die (»deutschen«) Arbeitsgruppen zu Zwangsarbeit und der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse mit Thesenpapieren und Referaten (der Kongreß-Reader

kann noch bestellt werden!), Diskussionsleitung und Protokoll durchgeführt wurden, gingen die spanischen KollegInnen davon aus, daß zu einem Erfahrungsaustausch die Ankündigung eines groben Themas genüge; in zwei »ihre« AGen blieben die TeilnehmerInnen völlig sich selbst überlassen und mußten sich zu allererst einmal über Verfahren und Diskussionspunkte verständigen. Die mühselige Übersetzungsarbeit ins Spanische, Englische oder Italienische erschwerte den Diskussionsprozeß natürlich noch zusätzlich.

## Zwischen Staats-Zwang ...

In der Arbeitsgruppe zu Sozialleistungskürzungen und Zwangsarbeit wurde viel Zeit benötigt, um die doch sehr länderspezifischen Begriffe richtig zu übersetzen, mit denen die unterschiedlichen sozialen Leistungen und Institutionen bezeichnet werden.

Es zeigte sich, daß – neben den in allen Ländern stattfindenden Kürzungen sozialer Einkommen und Privatisierung staatlicher und sozialer Dienstleistungen – die Tendenz zur Ausweitung von Zwangsarbeit in allen vertretenen Ländern zu beobachten ist. Was in Deutschland die sogenannte »gemeinnützige und zusätzliche« Arbeit für 2,- bis 4,- DM pro Stunde ist, zu der immer mehr Sozialämter Sozialhilfeberechtigte unter Androhung der Leistungskürzung, ohne Kranken- und Sozialversicherung, ohne gewerkschaftliche Vertretung, zwingen, ist in Dänemark bereits flächendeckend eingeführt und in Österreich und Spanien noch sehr lokalspezifisch und willkürlicher verbreitet. In allen Ländern werden die Arbeitslosen in die Zange zwischen Einschränkung ihrer sozialen Einkommen, prekarierten Billig-Arbeitsplätzen und staatlichen Zwangsarbeitsmaßnahmen genommen.

## ... und Markt-Freiheit

Am Beispiel der Razzien, die Arbeits- und Zollämter in Deutschland auf Baustellen durchführen, um angeblich illegale Beschäftigung zu bekämpfen, entzündete sich am ersten Tag die Debatte über die unterschiedlichen Funktionen von illegalen Arbeitsmärkten, Schwarzarbeit und prekärer Arbeit. Während in Spanien und Österreich Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bis zu einem gewissen Grad – auch von den ArbeiterInnen (solange es sich

um Arbeit handelt, die sonst keiner machen will) – geduldet wird, meinten die italienischen Kollegen, daß zumindest die Schwarzarbeit inzwischen ein notwendiger Bestandteil sowohl der italienischen Volkswirtschaft als auch zur Einkommenssicherung der (arbeitslosen) ArbeiterInnen sei. Staatliche Angriffe gegen Schwarzarbeit würden Proteste der italienischen Arbeiterbewegung hervorrufen.

Interessant ist, daß inzwischen private Agenturen Arbeitskräfte in Italien, Spanien, Portugal z.B. für Baustellen oder Saisonarbeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt anwerben, während in diese Länder ArbeitsmigrantInnen aus dem Süden (vor allem Nordafrika) nachrücken, so daß eine internationale Hierarchisierung und Prekarisierung der Arbeitsmärkte stattfindet, auf denen die Arbeitskräfte gespalten und gegeneinander ausgespielt werden können.

Am zweiten Tag referierte Wolfgang Schaumburg über die Umstrukturierung der Produktion am Beispiel Opel/Bochum – lean production, Auslagerung von Betriebsteilen, Arbeitszeiten und Lohnhöhen: Die Umstrukturierung der großen Betriebe sei erstens ein Angriff auf die ehemalige »Großbetriebsstruktur« mit 80–90%iger gewerkschaftlicher Organisation und entsprechender »Kampfkraft« der Beschäftigten, zweitens eine Hierarchisierung der Produktionsstruktur durch Auslagerung und Konkurrenz der einzelnen Bestandteile untereinander und drittens ein Organisationsmodell, das auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragbar sei: Schlanke Verwaltung, Privatisierung staatlicher und sozialer Dienstleistungen nach Maßgabe der Rentabilität. Mit dem Erpressungsargument der »Standortsicherung« und der Notwendigkeit der »internationalen Konkurrenzfähigkeit« der Betriebe würden Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften gefügig gemacht für weitere Entlassungen, Leistungsverstärkungen, Arbeitszeitverlängerungen und relative Lohnkürzungen – »Wenn ihr nicht wollt, dann verlagern wir die Produktion eben ins Ausland!«

## Neue Wege des Widerstands?

Kontrovers diskutiert wurden zu beiden Blöcken die Fragen, ob eine weitere Orientierung auf die Gewerkschaften sinnvoll sei, oder ob diese nicht notwendig nationalstaatlich in die »Standortsicherung« eingebunden seien, ob die Orientierung auf den Staat als Adressaten von Forderungen und Kampagnen und z.B. die Verteidigung des »sozialen Systems« nicht Illusionen in die Funktion staatlicher Institutionen nachhänge, vielmehr das sogenannte »Normalarbeitsverhältnis« und die dazugehörige Sozialversicherung sowieso nie für alle und wenn nur für eine eingegrenzte historische Phase gültig war und es deshalb richtiger wäre, sich auf konkrete Kämpfe direkt vor Ort (z.B. auf den illegalen Baustellen) zu beziehen, neue internationale Kontaktnetze aufzubauen und zu beobachten, an welchen Stellen die Umstrukturierung von Produktion und Gesellschaft neue Widersprüche, Bruchstellen und Ansatzpunkte für neue Kämpfe produziere. Demgegenüber wurde davor gewarnt, allzu schnell und leichtfertig bestimmte Standards sozialer Absicherung – auch als Terrain für Widerstand – sowie Bündnispartner im gewerkschaftlichen und anderen Bereichen aufzugeben, ohne daß Alternativen einer Organisation von breitem Widerstand in Sicht seien.

Aus allen Ländern berichteten die VertreterInnen aber über Bemühungen ihrer Initiativen, bestehende Spaltungen und Grenzen zwischen Arbeitslosen-, gewerkschaftlichen, Frauen- und JobberInnengruppen aufzuheben und gemeinsam gegen die aktuellen Angriffe zu kämpfen.

Die Diskussionsbeispiele mögen gezeigt haben, daß ein lohnender und spannender Anfang internationalen Erfahrungsaustauschs mit diesem Kongreß gemacht worden ist, neue Kontakte wurden aufgebaut, weitere Zusammenarbeit verabredet. Itaca wird daran weiterarbeiten.

Ein großes Problem: trotz aller auch positiven Erfahrungen bleibt uns ein Defizit von ca. 14.000,- DM. Wir bitten deshalb an dieser Stelle ausdrücklich um Eure Spenden:

– Solidarität kennt  
keine Grenzen –



# Einheitslügen, Wendejammern und ein Stück Literatur

Zum Streit um den neuen Roman von Günter Grass

von Jens von Fintel\*

Rezension zu: Günter Grass: Ein weites Feld. Roman. Göttingen: Steidl Verlag, 1995. 784 Seiten. 49,80 DM.

Es war kaum anders zu erwarten gewesen. Einen guten Monat vor den eher lustlosen und bedenkenreichen Feierlichkeiten zum fünften Vereinigungstag legt der „Möchtegern-Nationaldichter“ (Bild) Günter Grass einen gewichtigen Roman vor, das Buch zum Ereignis. Sein opus magnum, kolportieren KennerInnen und Bewunderer im Vorhinein, ein Jahrhundertwerk gar, annouciert sein Verleger, ein Fontane-Roman und zugleich ein Roman zur deutschen Wende, so wissen BesucherInnen von Vorab-Lesungen zu berichten. Die Enttäuschung - gespielte und, mag sein, auch echte - folgt prompt: „eine Totgeburt, ein Monstrum“ (FAZ) sei das Buch, „unlesbar“ und „armselig“ (Zeit), „ganz und gar mißraten“ (Spiegel). Der „Spiegel“ erscheint zudem mit einer Fotomontage als Titelbild: der Großclown der deutschen Literaturkritik, Reich-Ranicki, zerreißt im heiligen Zorn des Gerechten ein Exemplar des inkriminierten Werkes.

Und nun kann das Spektakel erst richtig beginnen. Vor dem Hamburger Verlagshaus des „Spiegel“ protestieren DemonstrantInnen gegen das Titelbild, es erinnere an die nationalsozialistischen Bücherverbrennungen - eine Einschätzung, der sich Grass, Staack und andere späterhin anschließen. Nicht um Literatur, sondern um „politische Denunziation“ (Woche), gehe es der Kritik, eine Kampagne sei da gestartet worden, ein Fall von „öffentlichem Kannibalismus“ (Antje Vollmer) liege hier vor. Die KritikerInnen kontern: mit Grass verteidigt die Kritik nur ihr „starrs konservativ-wendebild“ (H. Hirsch, Die Zeit), die Kritik der Kritik erinnere an Goebbels' Ersetzungsbericht.

meint Reich-Ranicki. Gerhard Henschel bringt in der taz die gesammelten Entrüstungen um den Grasschen Roman auf die gültige Formel: „Literatur ist das, was nie gelingt; Kritik ist das, was knallt und stinkt.“

Die Gräben indes, aus denen solchermaßen publizistische Stinkbomben hin- und hergeschleudert werden, sind längst ausgehoben. Vor fünf Jahren schon einmal wurde in der Christa-Wolf-Debatte ein Stück Literatur zum Anlaß, vielleicht auch nur zum Vorwand genommen, um „den Intellektuellen“ - und das heißt in Deutschland zuvörderst immer „den Schriftsteller“ - als sich einmischende, öffentliche Figur, als Statthalter der Utopien und als Sinnstifter in unübersichtlichen Verhältnissen auf die Anklagebank zu rücken. Nicht anders jetzt, wenn Grass zugerufen wird, er solle seine „alte Stellung als Lehrmeister der Nation“ doch endlich aufgeben (Fuld, Die Woche). Die moderne Gretchenfrage lautet dabei: „Wie hast Du's mit dem neuen Deutschland, Christa/Günter?“ Die unveränderte Frontstellung markieren Signalwörter wie „SED-Unrecht“, „Utopien, Abschied von den“ und natürlich „Nation“ auf der einen Seite, „Plattmachen“, „Anschluß“ und natürlich „Nation“ auf der anderen.

Seltsam nur, damals wie heute, die Aufgeregtheit um die Schärfe der Auseinandersetzung in diesem neuen Kulturkampf. Wer vermeintlichen Vereinigungsgewinnlern und Legendenstrickern derart munter ans Standbein pinkelt, wie Grass seit der Wende immer wieder und nun auch mit seinem neuen Roman, der wird sich kaum beklagen dürfen, wenn ihm dies mit Wadenbeißereien vergolten wird.

Bedauerlich - aber vermutlich auch unvermeidlich - ist etwas anderes. Die Literatur verschwindet in diesem Streit, wird allenfalls noch pauschal abgeurteilt (das „Literarische Quartett“ gibt hier das Muster ab). Bedenklich, daß auch die VerteidigerInnen Grassens von literarischen Qualitäten kaum noch sprechen mögen - und dies völlig zu Unrecht.

Versuchen wir's also mit Literatur.

II

„Ein weites Feld“ und zunächst eine deutsche Lebensgeschichte. Theo Wuttke, Jahrgang 1919, unter den Nazis Kriegsberichterstatte in Diensten der Luftwaffe, zu Zeiten der DDR Vortragsreisender im Auftrag des Kulturbundes und mitunter Stasi-Zuträger, dann Aktenbote im Haus der Ministerien. Diesem monströsen Gebäude in Berlin-Mitte - bei Grass symbolischer Ort einer Kontinuität der Macht jenseits aller Systemwechsel - bleibt Wuttke auch dann noch verbunden, als es nach der Wende zum Sitz der Treuhandanstalt wird. Nunmehr Faktotum der Treuhand, soll er unter anderem ein freundlicheres und sozialverträglicheres Kennwort für die treuhänderische Tätigkeit des „Abwickelns“ finden.

Ihm als „Tagundnachtschatten“ zur Seite gestellt ist eine Figur, die Grass einem Roman Hans Joachim Schädlich entleiht: Tallhover, der ewige Spitzel, zu allen Zeiten, vom Vormärz bis zur Gegenwart, stets den wechselnden Herrschaften in Deutschland als Agent dienstbereit.

Dieses seltsame Paar nun durchstreift das Berlin und Ostdeutschland der Wende- und Nachwendezeit, kommentiert, verwirft, glossiert und nimmt resigniert zur Kenntnis, was sich dort zuträgt in jenen Monaten des Umbruchs. Am Vereinigungsgeschehen lassen beide kaum ein gutes Haar: „Von diesem Einigvaterland erhoff ich mir wenig“ und „Deutsche Einheit ist immer die Einheit der Raffkes und Schoffelinskis“, heißt es.

In ihren Dialogen und Reflexionen immer präsent ist der Dritte im Bunde - Theodor Fontane. Wuttke, wie sein Spitzname „Fonty“ bezeugt, ist ein glühender Verehrer Fontanes. Aber nicht nur das, geboren am gleichen Ort, am gleichen Tag wie sein „Einundalles“, lebt Wuttke dessen Biographie nach, imitiert seinen Sprachgestus, sein Aussehen, seine Schriftzüge - und er

entwirft die Welt, richtet den Blick auf die deutschen Verhältnisse nach den Vorgaben seines Meisters. Wuttke/Fonty wird schließlich als dessen „Zweitgeborener“, als „Wiedergänger“ zum Ausweis der Unsterblichkeit des Dichters.

Diese Konstellation zweifacher Unsterblichkeit - in der „die Spitzel unsterblich sind wie die Dichter, die sie bespitzeln“ - weist nicht nur auf die fürsorglich-feindliche Beziehung von SchriftstellerInnen und Macht, von Literatur und Zensur, sie ermöglicht zugleich, den Einigungsprozeß 1989/90 vor den Hintergrund von gut eineinhalb Jahrhunderten deutscher Geschichte zu halten. „Jenseits aller Zeitbarrieren“ wird in den Reden und Widerreden Fontys und Tallhovers „Vergangenes in zukunftsunkener Präsenz“ vergegenwärtigt und Gegenwärtiges mit Hilfe des Vergangenen kommentiert. Vor allem die Reichsgründung 1870/71 dient durchgängig als Folie für die Schilderung der Vereinigung 1989/90. Mehr noch: die Gegenwart wird so zu einer Art Neuauflage der Geschichte: „Einiges ändert sich, doch nichts im Prinzip“, sagt Fonty.

Kernstück der Handlung ist zunächst einmal eine west-östliche Hochzeit; ein Motiv, ohne das literarisch kein Auskommen zu sein scheint, wenn es um die Wiedervereinigung geht. Wuttkes Tochter vermählt sich mit einem westdeutschen Immobilienspekulanten, Grundmann. Die Ehe, wir ahnen es, scheitert, bietet aber Gelegenheit für einige satirische Seitenhiebe auf die deutsch-deutschen Fremdheiten. Ein weiteres Motiv ist das Auftauchen einer illegitimen Tochter, die hier allerdings eine Enkelin Wuttkes ist. „La petite“, Spätfolge einer Liaison Wuttkes im Frankreich des Zweiten Weltkrieges, markiert die Gegenposition zu Fontys und Tallhovers Geschichtspessimismus, ohne sich dabei jedoch gegen deren Gewicht behaupten zu können.

Die Figuren werden gezeichnet in erster Linie in Vergleichen mit Fontanes Romanfiguren und Zeitgenossen, und ihre Geschichten berühren sich in mannigfaltiger Weise mit den Geschichten Fontanes. Die Fontane-Obsession Wuttkes/Fontys bleibt so das kompositorische Zentrum dieses Geschichts- und Gegenwartspanoramas. Folgerichtig ist es auch das Kollektiv des Potsdamer Fontane-Archivs, das als Erzählinstanz eingeführt wird.

Grass arrangiert mit souveräner Virtuosität Versatzstücke aus Leben und Werk Fontanes, erfindet sie neu und verlängert sie in die Gegenwart. Dabei entsteht ein komplexes Geflecht intertextueller Bezüge, reich an Rückkopplungen, Querverweisen, Doppelbödigkeiten. Wegstrecken linearen und realistischen Erzählens wechseln mit ausgreifenden Dialogpartien, Briefen und Augenzeugenberichten. Die ebenso lebendige wie präzise kalkulierte Vielfalt der Erzähltechniken wird dabei stets reflektiert unter Rückgriff auf Fontanes Prosastil (dessen „Kunst der Aussparung“, seine Dialogtechnik, sein „Plauderton“).

Man hat Grass zum Vorwurf machen wollen, er erzähle nicht mehr, sondern

## Günter Grass Ein weites Feld



STEIDL

behaupte nur, es gebe da keine Story, nur endloses Gerede, seine Figuren seien lediglich Marionetten, flach, ohne Eigenleben, kaum mehr als Sprachrohre Grasscher Thesen. Ähnlich wurde im übrigen weiland schon Fontanes „Stechlin“ attackiert, ein „Versiegen der Gestaltungskraft“ des Autors meinten die KritikerInnen damals ausmachen zu können. Diese Vorwürfe sind nicht in erster Linie falsch, sie sind schlicht albern. Mit ihnen wird eine dem Roman fremde ästhetische Doktrin - als „sozialistischen Realismus, minus Sozialismus“ hat Grass sie einmal gekennzeichnet - zum absoluten Maßstab erhoben; ein Maßstab, der einem Gutteil der Literatur nicht nur des 20. Jahrhunderts kaum gerecht werden kann.

Dem Leser und der Leserin allerdings macht es Grass mit diesem Roman wahrlich nicht leicht. „Eine Herausfor-

derung an den Leser“ sei das Buch, eine „Zumutung“ hat Grass bei Erscheinen des Werkes verkündet. Und in der Tat, die Lektüre ist mitunter mühsam, es erfordert einige Anstrengung, in diesen literarischen Kosmos hineinzufinden. Auch versierte Fontane-LeserInnen und KennerInnen der deutschen Geschichte werden des öfteren ein Lexikon zu Rate ziehen, das eine oder andere Fontane-Buch zur Hand nehmen müssen, um sich in diesem Labyrinth zurechtzufinden. Wem diese Art der Lektüre widerstrebt, wird mit diesem Roman kaum glücklich werden.

III

Trotz aller literarischer Stärken: es geht eben nicht nur um Literatur, es geht auch um Politik - und das ist nun der Jammer.

„Aus Sicht der Betroffenen“ sei der Roman geschrieben, „aus Respekt vor diesen beschädigten Leben“, versichert Grass. Nun, natürlich nutzt Grass die knapp 800 Seiten des Romans, um seine Sicht der deutschen Verhältnisse kundzugeben - ohne daß man ihm jede einzelne Äußerung einer Romanfigur nachrechnen dürfte. Und es wird bei Grass niemanden überraschen, daß diese Sicht gekennzeichnet ist von einiger Bitterkeit und Düsterei: Wuttke wie Tallhover bleibt am Ende nur die Auswanderung aus einem „ungastlich“ gewordenen Deutschland. Mag auch sein, daß Grass mit seinem Einspruch gegen Schönfärberei und Harmonisierungsgesäusel in Sachen Einheit seine Verdienste hat. Aber dieser Roman bestätigt damit lediglich die in Langeweile erstarrten Frontstellungen der deutschen Debatte und fällt in seiner politischen Dimension weit hinter seine ästhetischen Möglichkeiten zurück.

In dieser politischen Dimension setzt Grass auf Eindeutigkeit, anstatt auf eine verwirrende Vielstimmigkeit, eine Vielheit der Perspektiven und überraschende Perspektivierungen der Wahrheit. Anstatt dadurch die sture Selbstgerechtigkeit der Legendenbildner und Einheitslügner wie der Vereinigungskritiker und mancher poststalinistischer Apologeten, gar Wendejammerer zu untergraben, anstatt dessen bietet „Ein weites Feld“, bei aller literarischen Kunstfertigkeit, am Ende doch nur eine mächtig angeschwollene, auf Romanmaß gestreckte und literarisch verkleidete Variante der bekannten Grasschen Vereinigungskritik.



# Towards Sustainable Europe

Zusammenfassung einer Studie aus dem Wuppertal-Institut

von Joachim H. Spangenberg\*

Die Zielbestimmung "Sustainability" findet heute Zustimmung in einer Breite, die nur durch ihre Unschärfe, verbunden mit dem Charme der Absicht, die lange Zeit als antagonistisch angesehenen Konzepte von Umwelt und Entwicklung resp. Gerechtigkeit zu harmonisieren, erklärbar ist. Die mangelnde Operationalisierbarkeit, d.h. auch das Fehlen einer angemessenen politischen Instrumentierung, beruht zumindest teilweise auf der Zielunsicherheit, die ihrerseits wiederum auf den Mangel an Quantifizierung der stofflichen Restriktionen wie der zeitlichen Vorgaben zurückgeht. Die Studie "Towards Sustainable Europe" stellt einen ersten Versuch dar, langfristig zukunftsfähige Umweltnutzungsniveaus unter der normativen Annahme gleicher Zugangsrechte zu Umweltressourcen zu bestimmen sowie deren Implikationen für Wirtschaft und Wachstum, Arbeitsplätze und Sozialstaat sowie für die notwendige Änderung der Konsummuster zu bestimmen.

Der verfügbare Umweltraum ist begrenzt und zumindest teilweise und annähernd quantifizierbar. Dieses Kriterium ist Nutzungs-/Input-orientiert, d.h. es basiert auf der quantitativen Erhebung der Entnahme von Ressourcen aus der Umwelt (beim Übergang von der Ökosphäre = "wert"-lose, ungenutzte Natur zur Anthroposphäre oder Technosphäre = Natur als Rohstoff) und mißt so die Ressourcenintensität unseres Wirtschaftens als den zentralen Faktor für die Entwicklung der Umweltbelastung. Folgerichtig werden für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise an dieser Stelle

**Es gilt, durch Steigerung von Effizienz und Suffizienz Lebensqualität und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.**

## Sustainable Europe - Das Konzept

Die Studie "Towards Sustainable Europe" baut auf zwei grundlegenden Konzeptionen auf: Dem "Environmental Space" oder Umweltraum und dem Grundziel der globalen Verteilungsgerechtigkeit. Das Umweltraum-Konzept, so wie es in dieser Studie verwandt wird, stellt den Versuch dar, in Kenntnis der mit solchen Abschätzungen immer verbundenen Unsicherheiten richtungssichere Abschätzungen der maximalen Umweltanspruchnahme zu ermitteln und daraus in Verbindung mit dem Prinzip der Gleichverteilung politisch handhabbare Zielvorgaben abzuleiten.

Die Menge an Energie, nicht-erneuerbaren Rohmaterialien, Boden und Wasser, die wir international in einer zureichenden Art und Weise nutzen können, ist begrenzt. Wir definieren den "Umweltraum".

Begrenzungen festgesetzt werden müssen, die begrenzte Verfügbarkeit und Regenerationskapazität natürlicher Systeme als eine der unverzichtbaren Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens abbilden. Einige dieser Berechnungen von Input-Nutzungsgrenzen basieren auf Output-bezogenen Überlegungen, wie z.B. die Zielzahl für den reduzierten Energieverbrauch, die aus den tolerablen Grenzen für CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Hilfe eines Energie-Szenarios gewonnen wird.

Reduzierte Ressourcenverfügbarkeit durch begrenzten Umweltraum bedeutet jedoch keineswegs zwangsläufig weniger Lebensqualität. Vielmehr gilt es, durch Steigerung von Effizienz (mehr Dienstleistung aus weniger Ressourcen) und Suffizienz (mehr Befriedigung aus weniger Dienstleistungen) Lebensqualität und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Ausschöpfung der Potentiale zur Steigerung der Ressourcenproduktivität zusammen mit einem veränderten Dienstleistungsangebot und Nachfrageverhalten kann dann für die Mehrheit der Bevölkerung eine gleichwertige

Versorgung mit Dienstleistungen und eine bessere Lebensqualität bei insgesamt drastisch vermindertem Ressourcenverbrauch ermöglichen.

Verteilungsgerechtigkeit besteht im Rahmen unserer Studie darin, einen pro Kopf (und nicht etwa pro Einheit BSP!) einheitlichen Anspruch auf Umweltraum zu postulieren, der - darin ähnlich den Menschenrechten - ein globales Anrecht darstellen soll. Das Postulat der „gerechten Verteilung“ ist damit nur auf internationaler Ebene quantifizierbar, innerstaatlich wird es spezifische Differenzierungen geben.

## I. Die physikalisch-stoffliche Dimension. Energie und Stoffströme

Obwohl die im folgenden referierten Ergebnisse einen erheblichen Unsicherheitsfaktor aufweisen, zeigen sie die Größenordnung der notwendigen Änderungen und sind so als ein richtungssicheres Grobmaß zu gebrauchen.

Im Energiesektor baut die Studie auf den Ergebnissen des International Panel for Climate Change (IPCC) auf, die langfristig eine 50%ige Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit fordern. Für Europa (ohne die Nachfolgestaaten der Sowjetunion) bedeutet das wegen der bisher überdurchschnittlichen Höhe eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf von 7,3 t/a auf 1,7 t/a, also um 77% (bis 2050). Als weitere Annahme kommt hinzu, daß wir von einem Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie in Europa bis zum Jahre 2010 ausgehen. Die Reduzierung der Emissionen soll durch eine kontinuierliche Energieeinsparung und den Ersatz fossiler Brennstoffe (75% Reduzierung) durch erneuerbare erfolgen. Durch Abschätzung des Potentials erneuerbarer Energien ergibt sich die Notwendigkeit, rund die Hälfte des derzeitigen Energieverbrauchs einzusparen.

Während in vielen Sektoren die Energieeinsparungserfordernisse durch technologische Innovationen erfüllt werden können, ergibt sich insbesondere

im Verkehrssektor die Notwendigkeit einer deutlichen Reduzierung der Mobilität (von Gütern, aber auch von Menschen).

Noch dramatischer sind die Anforderungen im Bereich nicht-erneuerbare Rohstoffe: Da die derzeitigen Stoffflüsse, die Entnahme aus der Umwelt, nach ersten Abschätzungen das ökologisch zulässige Maß um rund das Doppelte übersteigen, ergeben sich zusätzlich zur Halbierung der globalen Fördermengen durch das weltweite Gleichverteilungskriterium je nach Stoff Reduzierungsnotwendigkeiten von 80-90%<sup>1</sup>. Derartig ehrgeizige Ziele können ohne erhebliche Einbußen an Lebensqualität dann erfüllt werden, wenn hohe Recyclingquoten mit verringerten Durchflusssmengen (zum Beispiel durch Materialeinsparungen) und verlangsamten Durchflussschwindigkeiten durch die Ökonomie (zum Beispiel durch langlebige und leicht reparierbare/modernisierbare Produkte) kombiniert werden, mit dem Ziel einer Verzehnfachung der Ressourcenproduktivität bis 2030/2050. Hinzu müssen sich wandelnde Konsumgewohnheiten kommen, wie Güterteilung und gemeinsame Nutzung statt individuellem Besitz.

Die so bestimmten Reduzierungsziele beruhen nicht auf der seit dem ersten Bericht des Club of Rome die Wahrnehmung prägenden Ressourcenknappheit; vorhandene oder erschließbare Vorräte sind kein Argument gegen die hier aufgestellten Anforderungen.

## Landnutzung und Wasser

Die Gesamtfläche Europas wurde 1990 zu 59% landwirtschaftlich und zu 24% forstwirtschaftlich genutzt. 8% waren bebauts Land, davon rund ein Drittel für Verkehrswege. Zusätzlich importiert<sup>2</sup> Europa (EU 12) netto, d.h. nach Abzug des Flächenbedarfs für seine Agrarexporte, ca. 127.000 km<sup>2</sup> fruchtbareren Bodens, entsprechend der gesamten fruchtbareren Landfläche Panamas, Venezuelas, Guayanas, Ecuadors und Kolumbiens. Zählt man die für die Gewinnung mineralischer Rohstoffe genutzten Flächen mit, wird der Import noch größer.

Noch wichtiger als diese quantitativen Veränderungen ist die qualitative Bedeutung der Landnutzung: das Ziel von max. 0,1 °C Erhöhung der durchschnittlichen Temperatur pro 10-Jahreszeitraum zur Geschwindigkeitsbegrenzung der Klimaänderungen hat den

Ressource	Derzeitiger Verbrauch pro Kopf	Umweltraum pro Kopf	notw. Änderung (%)	Zielwert 2010	Zielwert 2010 (%)
CO <sub>2</sub> - Emissionen	7,3 t/a	1,7 t/a	-77	5,4 t/a/cap	-26
Primärenergie	123 GJ/a	60 GJ/a	-50	56,5 EJ/a	-21
Fossile	100 GJ/a	25 GJ/a	-75	45,0 EJ/a	-22
Nuklear	16 GJ/a	0 GJ/a	-100	0 EJ/a	-100
Erneuerbare	7 GJ/a	35 GJ/a	+400	11,5 EJ/a	+74
Rohstoff-Verbrauch, Nicht-erneuerbare					
Zement	536 kg/a	80 kg/a	-85	423 kg/a/cap	-21
Roheisen	273 kg/a	36 kg/a	-87	213 kg/a/cap	-22
Aluminium	12 kg/a	1,2 kg/a	-90	9 kg/a/cap	-23
Chlor <sup>3</sup>	23 kg/a	0 kg/a	-100	17 kg/a/cap	-25
Landnutzung	0,726 ha	-	-	0,64 ha/cap	-12
Bebaute Fläche	0,053 ha	0,0513 ha	-3,2	0,051 ha/cap	-3,2
Binnengewässer	0,009 ha	-	-	0,009 ha/cap	0
Schutzgebiete	0,003 ha	0,061 ha	+1933	0,064 ha/cap	+1933 <sup>4</sup>
Ungeschützte Waldflächen	0,164 ha	0,138 ha	-16	0,138 ha/cap	-16
Ackerland	0,237 ha	0,10 ha	-58	0,15 ha/cap	-37
Weideland	0,167 ha	0,09 ha	-47	0,113 ha/cap	-33
Holz	0,66 m <sup>3</sup> /a	0,56 m <sup>3</sup> /a	-15%	0,56 m <sup>3</sup> /a	-15%
Wasser	Europäische Zielzahlen sind aufgrund des lokalen Charakters von Wasserproblemen nicht angebar				

GJ = Gigajoule, EJ = Etajoule, /a = pro Jahr, /cap = pro Kopf

Zweck, Waldökosystemen die Anpassung durch Migration zu ermöglichen. Diese ist jedoch nur möglich, wenn auch die entsprechenden "Wanderwege" bereitstehen, also Biotopverbundsysteme, die die Wanderung von ökologischen Systemen ermöglichen. Heute ist unsere Landschaft eine Kultursteppe, und auch die Ökologisierung der Landwirtschaft ändert nichts daran, daß Felder "Migrationswüsten" sind und bleiben. Die zukünftige Infrastruktur- und Raumplanung (insbesondere die Verkehrsplanung) müssen sich deshalb der naturräumlich orientierten Planung der o.g. Biotopverbundsysteme unterordnen, wenn die Bemühungen um Klimaschutz durch Emissionsreduzierung nicht ihr Ziel verfehlen sollen.

Nicht Wasser an sich, sondern sauberes Wasser droht in Europa knapp zu werden. Diese insgesamt ausgewogene Wasserbilanz überdeckt jedoch regionale Differenzierungen, insbesondere zwischen den Ballungszentren und ih-

rem wasserliefernden Umland, die im Einzelfall diskutiert werden müssen.

## Verkehr

Die Entwicklung des Verkehrs konterkariert alle Energieeinspar- und Luftreinhalte-Szenarien, der Verkehrszuwachs hat bisher alle technischen Verbesserungen überkompensiert. Überdies trägt jedes Auto einen immensen "ökologischen Rucksack" mit sich herum - das 15- bis 20fache seines Eigengewichts. Das beinhaltet auch Parkplätze, Tankstellen, Autobahnen (moderne Hochgeschwindigkeitsstrecken der Bahn schneiden übrigens unter Stromaspekten kaum besser ab). Kanalbauten sind keineswegs umweltfreundlich, sondern verursachen immense Massenströme<sup>3</sup>. Höher, schneller, weiter: Verkehr ist die olympische Jedermann-Disziplin.

Soll, wie oben ausgeführt, der Energieverbrauch unserer Gesellschaften um

rund 75%, der Materialverbrauch um 80-90% und auch der Flächenverbrauch spürbar sinken, so bedeutet dies unvermeidlich scharfe Reduktionsanforderungen für den Verkehr. Insgesamt ist aufgrund der Analyse recht eindeutig, welche qualitativen Ziele gesetzt werden müssen:

- deutliche Reduzierung (z.B. um die Hälfte) des gesamten Transportaufkommens,
- Wahl der optimalen Verkehrsträger (Schadensminimierung) und
- deutliche Steigerung der Öko-Effizienz für alle Transportmittel.

## II: Die ökonomische Dimension

Im Gegensatz zu der Analyse der physisch-stofflichen Faktoren im ersten Teil geht es hier nicht um das Setzen von Standards (z.B. betreffs Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung etc.), sondern um eine Folgenabschätzung für die in Teil I als notwendig erkannte Umgestaltung der Ressourceninanspruchnahme.

Die "Unübersichtlichkeit" der anstehenden Umsteuerungsprozesse droht unsere politisch-ökonomischen Erfassungssysteme zu überfordern, so daß zur Schaffung von Transparenz und zur Definition von Steuerungsinstrumenten eine systematische Komplexitäts-Reduktion, z.B. mit Hilfe von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung notwendig ist, die trotzdem über die ad-hoc-Problemlösung hinaus richtungssichere Entscheidungen erlaubt.

Zur Entwicklung eines Sets richtungssicherer Indikatoren schlagen wir als ersten Schritt vor, neben den drei physischen Dimensionen der Zukunftsfähigkeit (Energie, Masse, Land) die Einkommensverteilung und die Transportintensität zu benutzen.

## Wirtschaft, Wachstum, Zukunftsfähigkeit

Zumindest langfristig steht jede wachstumsorientierte Ökonomie vor der Herausforderung, durch stetig zunehmende Erhöhung der Ressourcenproduktionsfaktor 10 zu ermöglichen, ohne darüber hinaus noch

wachstum von nur zwei Prozent pro Jahr binnen 50 Jahren eine Dematerialisierung um einen Faktor 27 erfordert; bei einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent ergibt sich bereits eine notwendige Dematerialisierung um einen Faktor 45.

Eine derartige Erhöhung der Ressourcenproduktivität Jahren ist allein durch einen Strukturwandel hin zu einer stärkeren Dienstleistungsorientierung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu bewältigen, da jeder derartige Strukturwandel in der Vergangenheit durch Zuwachs im Dienstleistungsbereich bei Stagnation im produzierenden Gewerbe gekennzeichnet war, also nur eine relative und keine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs mit sich brachte. Da zudem auch Dienstleistungen auf

**Umweltpolitisches Ziel ist der Übergang von der Produktions- zur Erhaltungsgesellschaft (Bestandspflege statt Neuproduktion).**

eine materielle Infrastruktur angewiesen sind, kann eine Dematerialisierung in der angestrebten Größenordnung nicht als Nebeneffekt des sowieso ablaufenden Strukturwandels erwartet werden, vielmehr bedarf es einer gezielten, tiefgreifenden Umstrukturierung insbesondere des Produktionssektors.

Für diese scheint aus heutiger Sicht eine Begrenzung der Materialnutzung auf ca. 10% der gegenwärtigen Durchsätze binnen 50 Jahren durchaus machbar, eine Reduzierung auf 4% resp. 2% dagegen weitgehend unrealistisch, so daß - früher oder später - die Begrenztheit der zulässigen Energie- und Materialströme auch zu einer Begrenzung des Wirtschaftswachstums führen muß. Umweltpolitisches Ziel ist der Übergang von der Produktions- zur Erhaltungsgesellschaft, in der verglichen mit heute sich das Verhältnis von Durchfluß (flow) und Bestand (stock) zugunsten des letzteren verschiebt (Bestandspflege statt Neuproduktion).

## Steuern mit Steuern

Ein inzwischen im Grundsatz breit anerkanntes Instrument für eine um-

wertverträgliche Umsteuerung in einer Marktwirtschaft ist die Ökosteuer, die finanzielle Anreize für weniger Umweltverbrauch und die verstärkte Nutzung der menschlichen Arbeit setzt und damit die Erhöhung der Ressourcenproduktivität rentabel macht. Vollständige Internalisierung der Umweltkosten wird oft in der Hoffnung angestrebt, sie könne wirtschaftsintern die Berücksichtigung von Umweltbelangen garantieren, und so ohne weitere staatliche Steuerung auskommen. Diese Selbststeuerung des Marktes kann jedoch aus mehreren Gründen nicht (oder zumindest nicht vollständig) funktionieren.

Setzt man andererseits Umweltsteuern als Steuerungsinstrument ein, statt sich auf die möglichst detailgenaue Internalisierung externer Kosten zu kaprizieren, setzt man also auf mehr statt auf weniger Politik, so kann eine ökologische Steuerreform effizient wirken und zusätzlich zu einer Vereinfachung des Steuersystems beitragen.

Bei der Auswahl der zu besteuern Substanzen liegt das Hauptinteresse auf Grundstoffen (einschließlich Energieträgern), deren Nutzung ein Systemcharakteristikum darstellt, d.h. deren Einsatzreduzierung das Gesamtsystem in Richtung Dematerialisierung treibt (ggf. durch Besteuerung von Stoffgruppen, d.h. Schlüsselsubstanzen plus ihrer möglichen Substitute, z.B. Energieträger, Baustoffe, etc., sowie durch eine finanzielle Belastung des Flächenverbrauchs).

Für die Einnahmen aus einer Ökosteuer präferieren wir die aufkommensneutrale Rückverteilung durch Senkung anderer Steuern<sup>5</sup> oder Abgaben, insbesondere der Lohnnebenkosten mit Schwerpunkt auf den unteren Lohngruppen, da dies nach dem Stand der Erkenntnis die höchsten arbeitsplatzschaffenden Effekte mit sich bringt (und auch am ehesten durchsetzbar ist). Daraus resultierende positive ökonomische Folgewirkungen sind kurz- und mittelfristig die Steigerung der Massenkaufrkraft gerade im unteren Einkommensbereich, ein erhöhtes Steueraufkommen und sinkende Ausgaben für Sozialversicherung/ Sozialhilfe. Dadurch werden in den öffentlichen Haushalten insbesondere auch auf kommunaler Ebene Mittel für Infrastrukturinvestitionen frei, die zusammen mit einer sozial-ökologischen Revision und deutlichen Reduzierung der derzeitigen Subventionen und Schattensubventionen z.B. des Automobilver-

*PapyRossa*

# Weihnachtsbücher

*Geschichte*

Eberhard Czichon  
**Die Bank und die Macht**  
Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik  
HC, 518 S., DM 49,80  
3-89438-082-9  
"Ein Buch, in dem sich Wirtschaftsgeschichte so spannend liest wie ein Krimi"  
*Junge Welt*

*Theorie*

Werner Seppmann  
**Dialektik der Entzivilisierung**  
Krise, Irrationalismus und Gewalt  
Br., 277 S., DM 38,00  
3-89438-093-4

Florence Hervé u.a. (Hg.)  
**Das Weiberlexikon**  
HC, 360 Stichworte, 677 Abb., 527 S., DM 49,80  
3-89438-047-0

Jürgen Kuczynski  
**Letzte Gedanken?**  
Philosophie, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, schöne Literatur  
HC, 253 S., DM 34,00  
3-89438-094-2



Hermannus Pfeiffer  
**Grüne Anlagen**  
Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung  
Br., 172 S., DM 19,80  
3-89438-096-9



Michael Höhn  
**Immer Ärger mit den Kids**  
Ratgeber Jugendkulturen  
Br., 159 S., DM 19,80  
3-89448-085-3



*Frauen*  
Taschenkalender  
**WIR FRAUEN 1996**  
272 S., DM 14,80  
3-89438-088-8



Florence Hervé (Hg.)  
**Geschichte der deutschen Frauenbewegung**  
Br., 279 S., DM 29,80  
3-89438-084-5  
Neuausgabe '95

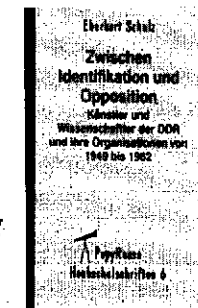
Ernst F. Füntratt  
**Quality of Life** from a common people's point of view - 152 countries investigated  
Br., engl. u. span., 211 S., DM 35,00, 3-89438-090-X

Astrid Lentz  
**Ethnizität und Macht**  
Hochschulschriften 5, 206 S., DM 32,00, 3-89438-091-8

Gerd Wiegel  
**Nationalismus und Rassismus**  
Hochschulschriften 4, 137 S., DM 24,00, 3-89438-089-6

Gisela Preuschhoff  
**Kuschelbär und Miezkatze**  
Warum Kinder Tiere brauchen  
Br., 154 S., DM 19,80  
3-89438-097-7

Michael Brie / Martin Herzig / Thomas Koch (Hg.)  
**Die PDS**  
Empirische Befunde und kontroverse Analysen  
Br., 207 S., DM 24,80  
3-89438-081-0



Eberhart Schulz  
**Zwischen Identifikation und Opposition**  
Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen 1949 bis 1962  
Hochschulschriften 6, 364 S., DM 40,00, 3-89438-092-6

(an meine/n Weihnachtsmann/frau, meine Buchhandlung oder direkt an den Verlag)  
Hiermit wird bestellt:

Autor/In, Titel	Anzahl	DM
Name		
Straße		
PLZ, Ort		
Datum		
Unterschrift		

Uwe Worm *Hochschulschriften*  
**Die Neue Rechte in der BRD**  
Programmatik, Ideologie und Presse  
Hochschulschriften 7  
Br., 169 S., DM 28,00  
3-89438-098-5



**Gesamtverzeichnis & Schnäppchenliste anfordern!** Petersbergstr. 4, 50939 Köln  
Tel. 0221 / 44 85 45, FAX 44 43 05



kehrs und der verstärkten Anwendung des Verursacherprinzips die für die ökologischer Erneuerung der Infrastruktur notwendigen Finanzmittel freisetzen.

### Strukturen im Wandel

Dauernder Strukturwandel ist ein Kennzeichen jeder marktwirtschaftlichen Ordnung. Läuft ein derartiger Strukturwandelprozeß über dreißig und mehr Jahre, so kann das Ergebnis "eine Wirtschaft mit einem konstanten Bestand an Menschen und Gütern [sein], funktionsfähig erhalten auf einem gewünschten und zufriedenstellenden Niveau bei geringstmöglichem Erhaltungsaufwand bzw. -durchsatz". Eine derartige Ökonomie bezeichnet Herman Daly in Abwandlung des traditionellen Verständnisses<sup>6</sup> als eine dynamische Gleichgewichtsökonomie (Steady State Economy) - eine stofflich basierte Definition, die noch der weiteren ökonomischen Entfaltung bedarf.

Eine solche Wirtschaft wird wirtschaftliches Wachstum nur in Höhe der Zunahme der Ressourcenproduktivität kennen, wird eine stärkere Wettbewerbsorientierung aufweisen als heute (denn jeder kann nur noch zu Lasten eines anderen wachsen, nicht mehr zu Lasten der Umwelt), kann marktförmig organisiert sein (mit der Notwendigkeit von steuernden Rahmensetzungen sowie Umverteilungsinstitutionen), und braucht zur Überwindung sozialer Gegensätze eine starke Zivilgesellschaft (z.B. Gewerkschaften, Verbraucherverbände) ebenso wie zur Beschleunigung des Strukturwandels Wettbewerbssituationen mit hoch innovativen und risikofreudigen Unternehmer/innen in weitgehend entmonopolisierten Märkten - also nicht Deregulierung im Sinne von Steuerungsverzicht, sondern klare rechtliche wie ökonomische und fiskalische Rahmensetzungen und Anreize. Gleichzeitig muß die Rolle des öffentlichen Sektors neu überdacht werden, denn die Anforderungen an die staatliche Daseinsvorsorge werden sich im Rahmen der Transformation zur Zukunftsfähigkeit ändern und mit ihnen die Anforderungen an den öffentlichen Sektor.

Neben die räumliche Reorganisation der Gesellschaften aus ökologischen Gründen (s.o.) tritt eine veränderte Organisation der Industrie. Diese ist ein Gegenpol

bisherigen Entwicklung eine Strategie der kurzen Wege und damit eine Wiederkehr der Lokalwirtschaft begünstigt. Die Kostengründe werden voraussichtlich eine Tendenz zur Zweiteilung der Wirtschaft auslösen: in einen vom überregionalen/internationalen Wettbewerb weitgehend abgekoppelten Sektor einerseits, in dem die begrenzte Wertschöpfung der Produktion finanziell keinen weiten Transport rechtfertigt, und einen Hochqualitäts- und Hochpreissektor im "globalen Binnenmarkt", mit weltweitem Austausch, scharfer Konkurrenz, hohen Qualifikationen und Spitzengehältern.

Wenn eine Aufteilung der Erwerbstätigen in Arbeitnehmer/innen erster und zweiter Klasse droht, und wenn Sozialkonflikte nicht mehr durch Umverteilung aus dem Zuwachs gelöst werden können, stellen sich Verteilungsfragen erneut und verschärfen. Zufriedenheits-

Werden die alten und neuen gesellschaftlichen Verteilungskonflikte nicht im Sinne des Gerechtigkeitsprinzips gelöst, steht die Akzeptanz des ökologischen Wandels zur Disposition.

Befragungen<sup>7</sup> haben ergeben, daß das Gefühl von Lebensqualität oberhalb eines gewissen Sättigungsniveaus, das in den Industriestaaten für die meisten Bürger/innen weit überschritten ist, mehr von der relativen Einkommenssituation im Vergleich zur jeweiligen Gesellschaft als von der absoluten Einkommenshöhe abhängig ist. Da überdies nach einer Untersuchung von R. Freeman, Harvard University,<sup>8</sup> die Einkommensungleichheiten in den Ländern am geringsten sind, die über starke Gewerkschaftsbewegungen verfügen, haben diese offenbar eine zentrale Funktion bei der Gestaltung des Übergangs zur zukunftsfähigen Gesellschaft.

### Demokratieverträglichkeit vs. Luxusökologisierung

Eine weitere Konsequenz betrifft die Demokratie-Verträglichkeit des Strukturwandels: Werden die alten und neuen

gesellschaftlichen Verteilungskonflikte nicht im Sinne des Gerechtigkeitsprinzips gelöst, steht die Akzeptanz des ökologischen Wandels zur Disposition und damit entweder die Realisierung des notwendigen Strukturwandels oder aber die demokratische Staatsform als Ganzes.

Sozialer Ausgleich, Partizipation und Demokratie sind damit schon aus Gründen der Umsetzbarkeit konstitutive Bestandteile jeder Strategie der Zukunftsfähigkeit; dazu gehört auch die Stärkung der Rolle derjenigen gesellschaftlichen Institutionen, die diese Elemente garantieren (Gewerkschaften, Verbraucher, neue soziale Bewegungen).

Ein ähnlich konstitutives Element ist das Eintreten für internationale Verteilungsgerechtigkeit, da die Alternative, das Andauern eines Zustandes der "globalen Apartheid" nur mit militärischer Gewalt aufrechterhalten werden kann, was nicht nur ethischen Gründen abgelehnt werden muß, sondern auch, weil die dann unvermeidliche Militarisierung der Gesellschaften die o.g. Bedingungen eines Übergangs zur zukunftsfähigen Gesellschaft untergräbt.

### III: Die Sozio-kulturelle Dimension. Nachhaltig Konsumieren

Die heutige Situation ist gekennzeichnet durch einen stetig zunehmenden Durchsatz von Produkten, ohne daß die Summe verfügbarer Dienstleistungen oder die Lebensqualität vergleichbar ansteigen würden. Die sich wandelnden Konsummuster der letzten Jahre gehen auf die unterschiedlichen Funktionen des Konsums und deren wechselnde relative Bedeutung zurück: Kaufentscheidungen haben in zunehmendem Maße symbolischen Charakter, die reine Bedürfnisdeckung tritt zurück - häufig ist der Kaufakt als solcher wichtiger als der resultierende Besitz eines bestimmten Produkts.

Analysiert man die diesem kompensatorischen Konsum zugrunde liegenden Wertemuster, so zeigt sich, daß der vielbeschworene Wertewandel de facto nicht existiert<sup>9</sup>. Statt dessen gibt es eine relativ konstante Aufteilung der Gesellschaft in Wertegruppen, die sich in sich immer weiter differenzieren. Ein höheres Bildungsniveau, noch mehr aber die Prägung durch das soziale Umfeld in Richtung "Autonomieorientierung" sind

dabei die Grundlagen der Entwicklung eines zukunftsfähigen Konsumverhaltens und damit einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft.

Mehr Akzeptanz und Anerkennung statt Rechtfertigungsdruck, Selbstbestimmung statt Vorgaben, Verantwortung statt Kontrolle im sozial prägenden Umfeld erweisen sich damit als notwendige Grundlagen zur Entwicklung einer Persönlichkeit, die auf kompensatorischen Konsum nicht angewiesen und damit ohne Verlustgefühle zu zukunftsfähigem Verhalten in der Lage ist.

### Arbeit der Zukunft

Eine Verringerung der Rohstoff- und Energieverbräuche um 75-80% läßt sich nicht durch schrittweise Verbesserungen der bestehenden Produktionsinfrastruktur erreichen, sie erfordert vielmehr einen umfassenden Modernisierungsschub für die gesamte Infrastruktur. Quantitativ bedeutet dies neue Aufgaben und zusätzliche Aufträge für viele vor allem "klassische" Branchen wie Bau, Maschinenbau, Werkstoffherstellung etc. Insofern ist in der Übergangsphase zur zukunftsfähigen Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Wachstumsschub zu erwarten, verbunden mit der Schaffung einer nicht unerheblichen Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze. Langfristig ist jedoch eine Verringerung des Arbeitsvolumens im heutigen formalen Sektor wahrscheinlich; wie sich dies auf die Anzahl der "Normalarbeitsplätze" auswirkt, wird weitgehend von der Gestaltung der Arbeitszeit (verkürzte Arbeitszeit bei hoher Zeitautonomie, nicht zu verwechseln mit vom Arbeitgeber bestimmter Flexibilität) und dem Ausmaß der Verschiebungen zwischen formalem und informellem Sektor abhängen (Flexibilisierung der formalen und Formalisierung der informellen Arbeit sowie Mischformen). Dabei schneidet unter Effizienzkriterien die Arbeit im formalen Sektor i.d.R. ökologisch günstiger ab, während unter Suffizienzaspekten die Eigenarbeit Vorteile haben kann. Verbunden mit dieser Änderung der Arbeitsformen ist auf jeden Fall eine deutliche Verschiebung der gesellschaftlich notwendigen beruflichen Qualifikationen wahrscheinlich<sup>10</sup>.

Aus Gründen der Umsetzbarkeit zukunftsfähigen Wirtschaftens ergeben sich auch deutliche Hinweise auf eine notwendige qualitative Neugestaltung der Arbeitswelt: Selbst- und Mitbestim-

mung am Arbeitsplatz, Entscheidungsautonomie (auch z.B. über die Gestaltung der Arbeitszeit), Selbstorganisation statt Kontrolle, Motivation und Übertragung von Verantwortung statt Auftragsbefehl sowie umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten (betrieblich/fachlich wie allgemein, Bildungsurlaub) sind Kriterien einer zukunftsfähigen Arbeitsorganisation im formalen Sektor.

### Technik und Design

Einen weiteren Grund zur Neugestaltung von Produkten und Infrastruktur bilden die aus der Steigerung der Ressourcenproduktivität resultierenden technischen Sachzwänge. Technik, die solche Produktivitätssprünge ermöglicht<sup>11</sup>, existiert zwar in Einzelfällen, muß aber überwiegend noch entwickelt werden. Das konstituiert den Bedarf an einer neuen, gestaltenden Forschungspolitik, die durch die Konzentration auf öffentliche Belange sich aus der Rolle des Subventionsgebers löst und so ihre Gestaltungskraft zurückgewinnt.

Aus den obigen Abschätzungen ergeben sich Notwendigkeiten für die Produkte und Dienstleistungen der Zukunft: Sie müssen material- und energieintensiv, serviceintensiv, flächensparend und lokal verfügbar sein. Die Infrastruktur muß eine "Präferenz für kurze Wege" nahelegen und ermöglichen. Produkte müssen langlebig, reparierbar, wiederverwendungs- und recyclingfähig gestaltet werden. Nicht nur die Produktion, auch die Produkte (und ihr Konsum, s.o.) müssen also den Kriterien der Zukunftsfähigkeit genügen. Elemente eines Leitfadens für Designer/innen sind deshalb ein wichtiger Teil der Studie.

### Wandel sozialer Strukturen

Mehr Reparatur statt mehr Einwegproduktionen erfordert eine andere, mehr „handwerkliche“ Ausbildungsstruktur, die in Verbindung mit erhöhter Freizeit gegebenenfalls zu verstärkter Eigenarbeit und mehr Subsistenzarbeit in Nachbarschaftshilfe führen könnte. Mit anderen Worten: eine stärkere Raumbindung (unterstützt durch gezielt erhöhte Raumwiderstände<sup>12</sup> in Verbindung mit größerer Zeitautonomie kann nicht ceteris paribus, sondern Wandel der Lebensstile vorausgesetzt - zu einer verstärkten Entkoppelung von Wohl-

fahrt und Geldeinkommen führen.

Auch die räumliche Organisation von Leben und Arbeiten wird sich ändern. So entsteht ein erhöhter Bedarf nach einem gestalteten Nahbereich, nach einer Renaissance der Orte, mit verstärkter lokaler Partizipation und lokalen Arbeitsplätzen.

Diese und andere Arbeitsergebnisse sind selbstverständlich keine Pläne oder abzuarbeitenden Zielvorgaben; sie sollen vielmehr dazu dienen, Diskussionen darüber anzuregen, wie wir ein Leben und eine Wirtschaft gestalten wollen, die Zukunftsfähigkeit nicht als Leerformel benutzt, sondern als Zielsystem für gesellschaftliche Reformstrategien versteht.

- 1 Vgl. F. Schmidt-Bleek: Wieviel Umwelt braucht der Mensch, Berlin 1994
- 2 Als Landimport wird hier die dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen außerhalb Europas in der Nettobilanz bezeichnet; dort jährlich neu in Anspruch genommene Flächen stehen der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Produktion für den Binnenmarkt strukturell nicht mehr zur Verfügung.
- 3 H. Stiller: Material Consumption in Transport Infrastructure, in: Fresenius Env. Bulletin 2/1993, S. 467-472.
- 4 Siehe z.B. Wolfgang Schäuble: Und der Zukunft zugewandt, Bonn 1994, S. 148 ff. Das Wuppertal-Institut gibt (auf deutsch und englisch) das "Wuppertal Bulletin zur ökologischen Steuerreform" heraus, das über die nationale und internationale Entwicklung in diesem Bereich berichtet.
- 5 Einschließlich einer Verteilung über eine negative Einkommenssteuer oder ähnliche Modelle auch an die Nicht-Arbeitsplatzbesitzer/innen.
- 6 Vgl. H.E. Daly, J.B. Cobb Jr.: For the Common Good, Boston 1989.
- 7 Veenhoven, R.: The Study of Life Satisfaction, Erasmus University, Amsterdam 1993.
- 8 Zitiert nach: The Economist, 5. November 1994.
- 9 Scherhorn, G.: Kaufsucht, Bericht über eine empirische Untersuchung, Stuttgart 1991. Ders.: Über Konsumentenverhalten und Wertewandel - Die Notwendigkeit der Selbstbestimmung, in: Politische Ökologie, Sept./Okt. 1993.
- 10 F. Manske: Umweltpolitik und Beschäftigung, in: WSI Mitteilungen 4/1995, S. 255ff.
- 11 Zusammen mit geänderter Rohstoffauswahl (Recyclate), effizienterer Rohstoffgewinnung, neuen Distributions- und Redistributionsystemen sowie veränderter Nutzungs-Organisation.
- 12 D.h. die gezielte Erschwerung der Raumüberwindung für Personen und Güter durch Infrastrukturumgestaltung und (teilweisen) Rückbau, Preisgestaltung etc.

# Die Bedeutung des Staates für linke Politik

Strategische Differenz zum Beitrag von Joachim Hirsch in spw 85

von Ralf Krämer\*

In seinem Artikel zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ in spw 85, 5/95, kommt Joachim Hirsch nach einer Darstellung der Krise fordristischer Entwicklung und der damit zusammenhängenden Veränderung der Rolle des Staates zu strategischen Konsequenzen für die Linke, die m.E. den Realitäten nicht gerecht werden können. Es geht dabei im Kern um eine grundlegende Differenz bezüglich der strategischen Rolle des Staates für linke Politik. Zwar weist er gelegentlich auf die anhaltende Bedeutung staatlicher Institutionen im nationalen und internationalen Rahmen für demokratische Politik hin, aber im Kern lasse „sich eine demokratische Veränderung von Produktions- und Herrschaftsstrukturen nicht mit Hilfe des staatlichen Institutionensystems, sondern nur gegen dessen Mechanismen und Zwänge durchsetzen“.

Zwar schreibt Hirsch selbst, die Hoffnung auf „eine neu entstehende 'internationale Zivilgesellschaft' könnte sich also als ebenso blauäugig und vergessens erweisen wie die der Apologeten einer 'demokratischen Zivilgesellschaft' auf nationalstaatlicher Ebene“, aber dennoch beruht seine strategischen Orientierung m.E. im Kern auf solcher Blauäugigkeit bei gleichzeitiger gravierender Unterschätzung der Bedeutung von Staatlichkeit auf den verschiedenen Ebenen von der kommunalen bis zur globalen. Dabei geht es mir überhaupt nicht darum, etwa den (demokratischen) Staat zum eigenständigen Subjekt zu erklären, der an Stelle und für die Massen gesellschaftlichen Fortschritt durchsetzt. Tatsächlich vollzieht sich die Formierung gesellschaftlicher Kräfte und Drucks für soziale und politische Veränderung primär auf dem Terrain der vorpolitischen Öffentlichkeiten und Organisationen der „Zivilgesellschaft“ - und zwar als Formierung widerstreitender, sowohl linker wie rechter Kräfte, um es mit Hirschs Worten auszudrücken: „Es sind also zwei unterschiedliche, aber doch zentralen Nenner zu finden, die die gesellschaftlichen Kräfte verbinden.“

lich (de-)formiert durch ökonomische Bedingungen und Kräfteverhältnisse und die ebenfalls dadurch geprägten Strukturen des Mediensystems. Und die Möglichkeiten der Umsetzung solcher Kräfte auf die politische Ebene hängen in hohem Maße von den unterschiedlichen Zugängen und Verbindungen zu den auf diesem Terrain agierenden Kräften in Parteien und Staatsapparat ab, deren Handeln wiederum wesentlich von Eigenlogiken des politischen Systems geprägt wird.

## Staat: unverzichtbare Regulierungsinstanz

Diese Logik ist sicherlich u.a. darauf gerichtet, artikuliertem Veränderungsdruck die Radikalität zu nehmen, um ihn in „mehrheitsfähige“ Politik zu integrieren. Aber das ändert nichts daran: Dieser „vorpolitisch“ formierte Druck ist zwar entscheidend für die Einleitung gesellschaftspolitischer Veränderung, und linkes Engagement muß sich primär auf seine Mobilisierung für fortschrittliche Ziele richten, aber der Staat ist und bleibt entscheidende Mittel der Umsetzung linker Politik. Nur durch ihre Umsetzung in allgemeine Gesetze und staatliches Handeln, deren Autorität - die sich in letzter Instanz auf das staatliche Gewaltmonopol stützt - sich alle gesellschaftlichen Subjekte von den Individuen bis zu den kapitalistischen Unternehmen zu unterwerfen haben, können politische Gestaltungsziele und Projekte gesellschaftlich verallgemeinert und durchgesetzt werden. In dieser Auffassung besteht der Kern der Differenz zu Hirsch.

Dabei geht es nicht nur um den Nationalstaat, sondern um alle Ebenen, auf denen sich Staatlichkeit manifestiert. Ich will aber gleich dazu sagen, daß dabei m.E. der Nationalstaat weiterhin im Mittelpunkt steht, solange die materiellen Bedingungen sozialer Mobilisierung und politischer Gestaltung sich hauptsächlich auf dieser Ebene darstellen: eine gewisse Kohärenz der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und der Interessen sozialer Klassen und Gruppen,

die Möglichkeiten demokratischer Einflußnahme über allgemein und frei gewählte Parlamente mit realer Kompetenz der Gesetzgebung und der Wahl und Kontrolle einer Regierung, und *deshalb* - ein anderer wichtiger Faktor dabei ist gemeinsame Sprache - Öffentlichkeiten und Verbände etc. Diese Bedingungen spiegeln sich auch im Bewußtsein und Verhalten der individuellen Subjekte und Organisationen wider sind nicht mittels international kooperierender selbstorganisierter linker Basisstrukturen, wie Hirsch sie in den Mittelpunkt stellt, zu überwinden.

Einige dieser Bedingungen stellen sich allmählich übernational im Zusammenhang der Europäischen Union her - einer der Gründe, weshalb deren Demokratisierung und die Ausweitung ihrer sozialpolitischen Kompetenzen von zentraler Bedeutung sind. Aber gerade im internationalen System und in Bezug auf den Weltmarkt sind es die Nationalstaaten, die als Völkerrechtssubjekte Regulierungen vereinbaren und - ggf. im Rahmen regionaler oder globaler supranationaler Institutionen und insbesondere der UN - durchsetzen und die Handlungsspielräume der transnationalen Konzerne als der dominierenden „global player“ einschränken können. Daran ändern auch Vorgänge wie z.B. um „Brent Spar“ nichts, das sind bestenfalls Nadelstiche und Anstöße für solche Regulierungen.

Es wäre ein großer Fehler, bei aller Abhängigkeit und Bezogenheit des kapitalistischen Staates auf die Gewährleistung der Herrschaft und Förderung der Akkumulation des Kapitals das politische Eigengewicht und die überragende Bedeutung demokratisch-rechtsstaatlicher Verfaßtheit für die Linke zu unterschätzen. Dies sind nicht nur die Bedingungen, unter denen sich Zivilgesellschaft und fortschrittliche Bewegungen entfalten können, sie bieten auch die einzige Handhabe, gesamtgesellschaftliche Regulierung durchzusetzen und notwendige oder förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen für dezentrale Gestaltung, für Mitbestimmung und Gegenmacht der abhängig Beschäftigten, für

Klagerechte und Einflußnahme sozial und ökologisch ausgerichteter Verbände und Individuen, für die Entwicklung regionaler Kooperation und Netzwerke im ökonomischen und sozialen Bereich usw. Dabei ist klar, um das staatlichen Institutionensystem dazu nutzen zu können, muß zugleich der Staat selbst demokratisiert, müssen bürokratische Eigeninteressen und kapitalistische Einflußnahmen zurückgedrängt werden.

## Bedingungen demokratischer Gestaltung

Nun macht Hirsch - m.E. zutreffend - geltend, daß die verstärkte Krisenhaftigkeit fordristischer Ökonomie und die Internationalisierung des produktiven Kapitals und der Finanzmärkte sowie die zunehmende Ungleichheit der Entwicklung in den verschiedenen Weltgegenden - und die wachsenden ökologischen Belastungen, wäre zu ergänzen - zu einer Krise des keynesianisch-sozialstaatlichen Regulationsmodells geführt haben. Zugleich stellt er aber auch - m.E. ebenfalls zutreffend - fest, die durch die neoliberale Politik in den letzten Jahrzehnten vorangetriebene „Aushöhlung“ des Staates und Zurückdrängung seiner sozialstaatlichen Funktionen zugunsten des unbedingten Primats der „Standortpolitik“ sei „kein schlichter ‚Sachzwang‘, sondern nicht zuletzt das Ergebnis einer politisch durchgesetzten Strategie der Krisenlösung“. Diese kann auch interpretiert werden als eine politische Offensive dominierender Fraktionen der kapitalistischen Klassen in den entwickelten Ländern<sup>2</sup>, für die auch erhebliche Teile der Mittelschichten und der Lohnabhängigen mobilisiert werden konnten.

Es ist daher mehr als problematisch, in einem Atemzug vom Scheitern der „sowohl westlich-sozialdemokratischen wie östlich-stalinistischen - Varianten eines Staats-Sozialismus“ zu sprechen. Mir scheint vielmehr der relative Erfolg des keynesianischen Wohlfahrtsstaates interessant zu sein und die Bedingungen für gesellschaftspolitische Fortschritte der ArbeiterInnenbewegung und der Linken deutlich zu machen. Dazu reichen nämlich Basisinitiativen und Gegenöffentlichkeit nicht aus, erforderlich sind eine materielle Machtbasis und ein gesellschaftspolitisches Gestaltungsprojekt. Dies waren insbesondere starke Gewerkschaften mit Verweigerungsmacht - institutionalisiert im Koalitions- und Streikrecht - und auf der politisch-parla-

mentarischen Ebene starke sozialdemokratische Parteien, die sich auf die Gewerkschaften und weiteres gesellschaftliches Vor- und Umfeld stützen konnten, und als Projekt die reformistische Ausweitung der Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlich produzierten Reichtum und an der Macht, ihre soziale Absicherung und Stärkung ihrer Beteiligung in allen Bereichen von Gesellschaft und Politik. Auf dieser Basis und in diese Richtung wurden erhebliche Fortschritte und eine staatlich und „sozialpartnerschaftlich“ vermittelte Eingrenzung der Kapitalmacht und Regulierung der Akkumulation erreicht - die allerdings den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt infrage stellte.

## Um den Staat kämpfen!

Nun haben sich wie oben festgestellt die Bedingungen in vielerlei Hinsicht erheblich verändert und lassen eine Fort-

**Die Linke braucht eine offensive Strategie zur Rückeroberung des Staates für fortschrittliche Politik, die sich auf gesellschaftliche Mobilisierung stützen muß.**

schreibung oder bruchlosen Anschluß an diese Entwicklungsetappe nicht zu. Es wäre aber m.E. kein Ausweg aus der Defensive der Linken, wenn sie darauf mit der einseitigen Orientierung auf staatsferne Basisbewegungen reagierte. Im Gegenteil: m.E. braucht die Linke eine offensive Strategie zur Rückeroberung des Staates für fortschrittliche Politik, die sich natürlich auf gesellschaftliche Mobilisierung stützen muß. Dies muß die konsequente und konfliktbereite Nutzung und Wiederausweitung seiner Handlungsmöglichkeiten insbesondere zur Regulierung ökonomisch-sozialer Prozesse unabdingbar einschließen. Neue Probleme und Herausforderungen müssen zum Gegenstand linker Politik gemacht werden, aber das erfordert nicht etwa weniger, sondern mehr gesellschaftlich bewußte Regulierung. Die Komplexität der zu bearbeitenden Prozesse und die notwendige Entfaltung

der Kompetenzen und Initiative der in den verschiedensten Bereichen tätigen individuellen Subjekte und anderen Akteure erfordern eine verstärkt dezentrale und teilautonome Organisierung und Umsetzung der notwendigen sozialen und ökologischen Aktivitäten und Umgestaltungen. Aber nur der Staat kann den Rahmen dafür definieren und gewährleisten und etwa die notwendigen Finanzmittel für solche Zwecke aufbringen bzw. die dafür notwendigen Strukturen implementieren.

Die Linke sollte sich nicht einreden lassen, der Staat sei überholt oder sei nicht leistungsfähig. Diejenigen, die das von rechts her vortragen und nur ganz bestimmte Leistungen des Staates meinen, haben dabei eigene partikuläre Interessen und Ziele im Blick. Die das von links her vortragen, haben m.E. keine hinreichende Vorstellung davon,

● wieviel es noch zu verlieren gibt - dazu ist der Blick in Länder aufschlußreich, in denen die Staatsmacht (von Sozialstaat ganz zu schweigen) in einigen Bereichen nur auf dem Papier steht oder zur Beute von Cliquen geworden ist, sich wechselseitig verstärkend mit fortschreitender Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhangs, sozialer Ausgrenzung und zunehmender Gewaltförmigkeit von Konfliktaustragung;

● welche Möglichkeiten und Spielräume gerade ein Staat wie die BRD und erst recht im Zusammenwirken in der EU hat und sich bei entsprechenden politischen Bedingungen schaffen könnte - das zeigen die Regulierungen auf Gebieten, auf denen die Interessen der dominierenden kapitalistischen Staaten, der Schutz des Eigentums und des ökonomischen Austausches, es erfordern;

● daß jede Strategie, die Interessen der Beherrschten und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gegen die Akkumulationslogik des national wie global unangefochtener denn je dominierenden Kapitals durchsetzen will, ohne die Möglichkeit, die Mittel der Staatlichkeit auf den verschiedenen Ebenen dafür einzusetzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Die Linke muß den Kampf um den Staat - und das ist verdammt mehr als um die Beteiligung an irgendeiner Regierung - wieder aufnehmen. Es gibt dazu keine fortschrittliche Alternative.

1 Vgl. dazu Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994

2 Vgl. zu dieser Sicht Uwe Kremer: Klassen im Umbau, in: spw 80, 6/94, S. 18-23.



# Einleitung zum Schwerpunkt

von Uwe Kremer\*

Daß wir mit diesem Schwerpunkt just nach der Mittelmeerkonferenz von Barcelona erscheinen, ist ehrlich gesagt mehr dem Zufall als der Planung zu verdanken. Gleichwohl ein glücklicher Umstand, signalisiert diese Konferenz doch die wachsende Aufmerksamkeit, die auch in Zentraleuropa dem Mittelmeerraum wieder gewidmet wird - wengleich die Ursachen dieser Aufmerksamkeit schon das Problematische an dem ganzen Vorgang beinhalten. Doch dazu etwas später.

Der Gedanke, dem Mittelmeer einen Heftschwerpunkt zu widmen, ist eigentlich schon zwei Jahre alt und hatte seine Ursprünge im 93er Kongreß des damaligen Projektes *Moderner Sozialismus*, der unter dem Titel „Die Linke in Europa - Perspektiven und Projekte“ stand. Letztendlich aber finden sich die Wurzeln in den „53 Thesen des Projektes *Moderner Sozialismus*“ aus dem Jahre 1989, in denen in der These 43 („Gemeinsames Haus Europa“) nicht nur die Ost-West-Dimension thematisiert wurde, sondern auch „ein Zukunftsinvestitionsprogramm und eine Investitionslenkung, die sich vor allem auf die Entwicklung des Mittelmeerraumes konzentrieren müssen.“ Perspektive: Die „relative Verschiebung in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zulasten des intra-industriellen Handels (gleichartiger Güter) mit den USA und Japan und wachsende Bindung des EG-Wirtschaftspotentials im gesamtäfrkanisch-europäischen Bereich.“

1993 erschien zudem eine Reihe von instruktiven Texten in der spw: siehe v.a. die Hefte 69 („Eurovisionen“) und 71 („Abgrenzungen“). In einem Grundsatzartikel von Bonder und Röttger sowie in den auf dem Kongreß vorgelegten „Euro-Thesen“ wurde dabei zum einen auf die Ambivalenz des ökonomischen Projektes der EU verwiesen, nämlich jene Kombination von neoliberalen Handels- und Wachstumsmodell und strukturpolitischem Interventionismus. Zum anderen bezog man sich auf Etien-

Barbors These, wonach Europa in drei Dimensionen gekennzeichnet ist: „Das Mittelmeer als ein zweifellos dominantes Element“, ein „Mittelmeer als ein zentraler Schauplatz“, ein „Mittelmeer als ein zentraler Schauplatz“.

„euro-mediterranes“ und ein „euro-östliches Ensemble“, wobei jedes Ensemble ein eigenes ökonomisch-kulturelles Profil aufweise.

Dieses Bild ist schließlich in den vergangenen Jahren noch aufgeladen worden durch die Problematiken der Migration, des ethnisch-religiösen Nationalismus und Fundamentalismus und Sichtweisen, in denen sich das „euro-mediterrane Ensemble“ immer mehr als Konfliktraum unterschiedlicher „Zivilisationen“ darstellt - zugespitzt in Samuel Huntingtons Auffassung vom „Clash of Civilizations“. In der Praxis geht dies mit einem Verständnis einher, das den Mittelmeerraum v.a. Schutzgürtel für das „zivilisierte“ Europa gegenüber religiösem Fanatismus, Bürgerkriegen, Kriminalität, Zuwanderung usw. versteht und so auch organisieren will. Gerade hier liegen aber auch die Wurzeln für das verstärkte Interesse für den Mittelmeerraum und seine Entwicklung und das ist das Problematische, von dem eingangs mit Blick auf die Barcelona-Konferenz die Rede war.

Diese Hintergründe des neuen Interesses am Mittelmeer und die damit verbundenen Inhalte sind im Vorfeld der Barcelona-Konferenz von Rainer Falk analysiert worden: *Mittelmeerpoltik als Kombination von Freihandel und Cordon Sanitaire, flankiert durch Ausgleichszahlungen und Investitionsprogramme*. Man bekommt dabei langsam den Eindruck, als sei das EU-Projekt - ausgehend vom Kern der Währungsunion bis hin zu den umgebenden Freihandelszonen - ein Projekt wellenförmig sich ausbreitender Sanierungs- und Modernisierungskahlschläge. Z.B.: „In Tunesien beispielsweise werden nach einer europäischen Studie bis zu 2000 Firmen aufgrund der starken Konkurrenz aus Europa ihre Tore schließen müssen, weitere 2000 dürften in Schwierigkeiten geraten.“ (Handelsblatt vom 9.6.1995; für den islamischen Fundamentalismus zweifellos eine frohe Botschaft...)

Die komplexen historisch-räumlichen Hintergründe werden von *Detlef Jimboes* herausgearbeitet, anknüpfend an die Arbeiten von Ferdinand Braudel und die französische Historikerschule der „Annales“. Der mediterrane Raum gilt ihm als Komplex von Schnittstellen

in ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht. Fragen des ökonomischen Umbaus zwischen Nord und Süd, der Migrationsbewegungen, der Beziehungen zwischen „christlich-abendländischen“ und „islamisch-orientalischen“ Weltansichten, der Überschneidung zwischen „antiimperialistischer Befreiung“ und „nachholender Modernisierung“.

Allerdings tauchte hier ein Problem auf - nämlich das der *bewußten* räumlichen Sichtweisen, die insbesondere der marxistisch geprägten deutschen Linken recht fremd ist, konzentriert sie sich doch mehr auf generelle Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen der Ökonomie und Gesellschaft. (*Unbewußt* sind räumliche Sichtweisen natürlich immer präsent und so hält auch die deutsche Linke den Mittelmeerraum vor allem für ein Sonne-Wasser-Tourismusgebiet.) Der interessante Punkt besteht aber in der Frage, in welcher *Wechselwirkung* derartige Trends zu historisch gewachsenen und strukturierten Räumen stehen, wobei diese Räume im Sinne von Balibar eine *Einheit* von Ökonomie und Kultur darstellen.

In diesem Zusammenhang sei auf den Aufsatz von *Sabine Kebir* verwiesen, die den hierzulande grassierenden anti-islamischen Mythos entschleierte und die Ansätze für eine *konstruktive Beziehung zwischen Islam und westlicher „Moderne“* herausarbeitet. Hierbei stehen offenkundig ihre früheren Arbeiten zur Zivilgesellschaft Pate. Damit leistet sie zugleich einen Beitrag dafür, den Mittelmeerraum nicht als Konfliktraum für den „clash of civilizations“ zu konstruieren, sondern als Entwicklungsraum einer derartigen konstruktiven Beziehung. Der Text von *Heiko Kretschmer* schließlich zieht die verschiedenen Facetten nochmals zusammen, um vor diesem Hintergrund einige Aspekte zu beleuchten, die die *Entwicklung einer mediterranen Linken* betreffen. Bei der so entstandenen Schwerpunktsetzung dieser spw geht es also um nicht weniger, als einen kleinen Beitrag zu leisten

- zur Veränderung deutsch-linker Welt- und Raumsichten,
- zur Diskussion von Umbauperspektiven in der Nord-Süd-Perspektive,
- zur Entwicklung eines neuen Internationalismus der Euro-Linken.

# Euro-Mediterraner Wirtschaftsraum

Die neue Strategie der EU für die Südflanke

Von Rainer Falk\*

Am 27./28. November 1995 findet in Barcelona eine Konferenz der Europäischen Union (EU) statt, auf der die „größte Freihandelszone der Welt“ vorbereitet werden soll. Der Zusammenkunft ist eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der EU-Strategie zugeordnet, im Zuge derer die südlichen Mittelmeeranrainer und die Länder Mittel- und Osteuropas zu einem gleichsam äußeren Festungsring zusammengeführt werden sollen.

## „Euro-mediterrane Partnerschaft“

Während der Anfang September 1994 durch das „Kerneuropa“-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgelöste Streit um die Zukunft der Europäischen Union bislang kaum greifbare Ergebnisse gezeitigt hat, wird die „variable Geometrie“ Europas um weitere Facetten angereichert: Der auf dem EU-Gipfel in Essen im Dezember 1994 verabschiedeten „Heranführungsstrategie“ für die sechs beitragswilligen Länder Mittelosteuropas entspricht eine neue Strategie für die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer, die langfristig zu einem „Euro-Mediterranen Wirtschaftsraum“ (*Euro-Mediterranean Economic Area* - EMEA) führen soll. Parallel zur wirtschaftlichen Integration wird eine „Euro-Mediterrane Zone der Politischen Stabilität und Sicherheit“ ins Auge gefaßt; beides unter dem Slogan, daß es gelte, eine neue „euro-mediterrane Partnerschaft“ zu etablieren.

Die ökonomisch-politischen Kernelemente der neuen Strategie hatte die Europäische Kommission bereits vor dem Essener Gipfel in einem unter Federführung des für die Mittelmeerbeziehungen zuständigen EU-Kommissars Manuel Marin erarbeiteten Dokument (Communication 1994) für den Rat und das Europäische Parlament festgehalten. Die

Strategie bezieht sich zum einen auf die nordafrikanischen Maghreb-Länder (Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen) sowie den Raum des arabischen Mashrek (Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien), zum anderen auf Israel, die Türkei, Malta und Zypern. Diese sollen langfristig (bis zum Jahr 2010) mit der (um Österreich, Schweden und Finnland) erweiterten EU und den Ländern Mittelosteuropas (soweit sie bis dahin nicht bereits selbst Mitglieder der EU sind) zur „größten Freihandelszone der Welt“ zusammenwachsen - ein Binnenmarkt mit 600-800 Millionen Einwohnern in 30-40 Ländern.

Im Unterschied zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), den das EG-Europa im Gefolge des Binnenmarktsprojekts seit 1992 mit den EFTA-Ländern bildete, beinhaltet das EMEA-Konzept für die bisherigen Nicht-Mitglieder des südlichen und östlichen Mittelmeer-

raums jedoch keine Beitrittsperspektive. Nur für die Türkei, Zypern und Malta wird die Möglichkeit eventueller Beitrittsverhandlungen offengehalten.

## Die Interessenlage der EU

Es ist nicht zum erstenmal, daß sich die EG/EU den südlichen und östlichen Mittelmeerländern zuwendet. Ihr „starkes Interesse“ an der Region hat sie öffentlich schon auf den Gipfelkonferenzen in Lissabon (Juni 1992) und Korfu (Juni 1993) bekundet. Gleichwohl ist die EU bislang in ihrer Mittelmeerpoltik nicht über Stückwerkhaftes hinausgekommen (vgl. z.B. Wiemann 1993).

Hinzu kommt, daß sich die Interessenlage der EU-Mitgliedsländer seit dem Zerfall des realsozialistischen Blocks stark differenziert hat. Während sich das Gravitationszentrum der EU

## Europäische Union, Mittelmeerdrittländer (MDL)<sup>a)</sup> und Mittelosteuropa (MOE)<sup>b)</sup> im Vergleich

	EU	MDL	MOE
Bevölkerung in Mio.	347	209	110
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. US-\$	6677	332	212
Bruttoinlandsprodukt pro Einw. in US-\$	19242	1589	1927
Außenhandel (in Mrd. Ecu, 1993)			
EU-Exporte nach:		45,6	26,1
EU-Importe von:		33,2	20,3
EU-Handelsbilanz		+ 12,4	+ 5,8
EU-Energieabhängigkeit in % der Importe:			
Gesamt		24	1
Erdgas		32	0
Erdöl		25	0,5
EU-Direktinvestitionen (in Mio. Ecu) in:		751	1612
Immigranten (in Mio.) in die EU aus:		4,6	0,7
Kredite aus dem EU-Budget für (in Mio. Ecu):			
1992		419	1000
1993		407	1036
1994		473	985

Dr. Rainer Falk ist Dipl.-Soziologe und Vorstandsmitglied von WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG (WEED) e.V. Der Artikel beruht auf einem Beitrag, der ursprünglich im Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (W&E-Sonderdienst Nr. 2/95) erschien.

a) Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei, Zypern, Malta  
b) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Albanien  
Quellen: Eurostat, Weltbank

durch den Beitritt der skandinavischen Länder ohnehin nach Norden verschoben hat, konzentriert sich das Hauptinteresse etwa Bonn, was die Erweiterungsperspektive der EU betrifft, auf die mittelosteuropäischen Staaten Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Rumänien und Bulgarien.

Aus der Sicht der südeuropäischen Mitgliedsländer, die durch die aufeinanderfolgende Präsidentschaft Frankreichs (1. Halbjahr 1995), Spaniens (2. Halbjahr 1995) und Italiens (1. Halbjahr 1996) zusätzlichen Auftrieb bekommt, ist das neue Mittelmeerkonzept vor allem ein Versuch, der seit geraumer Zeit zu beobachtenden geographischen Gewichtsverlagerung der EU entgegenzuwirken. Sie können nicht zuletzt darauf verweisen, daß die Mittelmeerdrittländer bei einer Reihe ökonomischer und politischer Indikatoren heute schon so bedeutsam, wenn nicht bedeutsamer für die EU sind als die Länder Mittelosteuropas (siehe Tabelle).

Das auf dem Essener Gipfel im Grundsatz abgesegnete Mittelmeerkonzept drückt freilich auch *gemeinschaftliche* Interessen der Union aus. Es geht von der Prämisse aus, die mediterrane Region sei für die Europäische Union ein „Raum von strategischer Bedeutung“, dessen Frieden und Stabilität von „höchster Priorität“ für Europa seien. „Die Lage im gesamten Mittelmeerraum etwa ist für Deutschland nicht weniger wichtig als für Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland“, formuliert beispielsweise der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers. „Der Unterschied ist nicht einer von Interessen, sondern von schärferer oder weniger scharfer Wahrnehmung, von mittelbarer oder unmittelbarer Betroffenheit.“ (Lamers 1994: 1466) Diese gemeinsamen EU-Interessen können sowohl auf die politische als auch auf die wirtschaftliche Ebene bezogen werden.

### Sicherheits- und Stabilitätszone

Frieden und Stabilität in der Mittelmeerregion, so betont das Papier, sollten mit allen der Union zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt werden, einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Denn: „...wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Mittelmeerländern nicht stabilisiert werden, so werden die Quellen

der Instabilität dar, die zu massenhafter Migration, fundamentalistischem Extremismus, Terrorismus, Drogen und organisiertem Verbrechen führen. Dies hat schädliche Auswirkungen sowohl für die Region selbst als auch für die Union.“

Breit ausgemalt hat die Kommission ein Szenario neuartiger Bedrohungen, die künftig von der Mittelmeerregion ausgehen könnten: Die Bevölkerung in den mediterranen Nicht-Mitgliedsländern der Union könnte bis zum Jahr 2035 auf 400 Millionen Menschen anwachsen, wenn die derzeitige demographische Entwicklung nicht schnell durch „einen raschen ökonomischen *take-off* und eine adäquate Bevölkerungspolitik“ eingedämmt werde. Selbst bei einer Verdoppelung des regionalen Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2010 würde sich - Weltbank-Schätzungen zufolge - das Wohlstandsgefälle zwischen den Maghreb- und Masohrek-Ländern einerseits und der EU andererseits aufgrund des „Bevölkerungsfaktors“ von heute 1:10 auf 1:20 verdoppeln. Die Kommission verweist darauf, daß heute schon ein beträchtlicher Anteil der Immigranten in die Union aus den sog. Mittelmeerdrittländern stamme (s. auch Tabelle). Wenn dieser Migrationsdruck nicht sorgfältig durch „planvolle Zusammenarbeit“ mit den betroffenen Ländern „gemanaget“ werde, könnte es sehr schnell zu Spannungen und „Restriktionen“ kommen.

Angesichts der sich abzeichnenden Zuspitzungen an der „heißesten Nord-Süd-Grenze“, wie Entwicklungsforscher das Mittelmeer inzwischen bezeichnen (Nuscheler 1992), plädierte die Kommission für einen „schnellen Start“, auch wenn die angestrebte „Euro-Mediterrane Partnerschaft“ ein langfristiges Ziel sei. Bei dem Streben nach einer „Euro-Mediterranen Zone politischer Stabilität und Sicherheit“ wird - anknüpfend an die Fortschritte bei der Regelung des Nahost-Konflikts - folgenden Instrumenten Priorität beigegeben:

- der Förderung des politischen Dialogs auf der Basis der Achtung der Menschenrechte sowie der Prinzipien der Demokratie, der verantwortungsvollen Regierungsführung („good governance“) und der Rechtsstaatlichkeit;
- dem Einsatz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch gegenüber den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern, die seit dem

Lissaboner Gipfel als „vorrangiger Raum gemeinsamen Handelns“ betrachtet werden;

- der ausdrücklichen Verstärkung und Ausweitung des politischen Dialogs auch auf Sicherheitsfragen; darunter dem Bemühen, die „Partner“ im südlichen und östlichen Mittelmeer zum ausdrücklichen Verzicht auf Atomwaffen zu bewegen;
- der Schaffung eines Verhaltenskodex' der Mittelmeerländer für die Konfliktlösung, einschließlich der Entwicklung eines Frühwarnsystems zur Aufdeckung potentieller Quellen für Instabilität und Konflikte seitens der EU.

### Euro-Mediterraner Wirtschaftsraum (EMEA)

Das ökonomische Kernstück der neuen Mittelmeerstrategie besteht zweifellos in dem mittelfristigen Plan eines Euro-Mediterranen Wirtschaftsraums (EMEA). Dessen Hauptelement soll in einer bis zum Jahr 2010 zu verwirklichenden Freihandelszone mit folgenden Merkmalen bestehen:

- gegenseitiger Freihandel bei allen Industrieprodukten zwischen der erweiterten Union und den Mittelmeerländern;
- bevorzugter und gegenseitiger Marktzugang für Agrarprodukte, soweit dies im Interesse beider Seiten liegt;
- Freihandel zwischen den Mittelmeerländern selbst.

Die Ratio und Zielsetzung der in diesem Zusammenhang mit den Partnerländern bereits geführten oder angestrebten Verhandlungen beschreibt die EU-Kommission wie folgt:

- Angleichung ihrer wirtschaftspolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen;
- Stärkung ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit;
- Anziehung von wesentlich höheren privaten Direktinvestitionen, speziell aus der EU;
- Verbesserung der gegenseitigen Verständigung; und schließlich
- Beschleunigung der nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Letzteres, so die Kommission, sei wegen des og. Wohlstandsgefälles besonders wichtig in den Maghreb- und Mashrek-Staaten, die dafür zu Recht Unterstützung durch die EU erwarten könnten. Aus diesem Grund hält die EU eine „substantielle Steigerung“ ihrer Fi-

nanzhilfe für die Region erforderlich. Diese soll künftig auf fünf Ziele konzentriert werden:

- Unterstützung der wirtschaftlichen Modernisierung und Umstrukturierung in den Ländern, die zur Öffnung ihrer Märkte im Rahmen neuer Assoziierungsabkommen bereit sind;
- Unterstützung der Strukturanpassung in weniger fortgeschrittenen Ländern, um diese auf den Freihandel mit der Union vorzubereiten;
- Unterstützung der regionalen Kooperation, besonders auf dem Feld des Umweltschutzes;
- Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Nord-Süd-Kooperation auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet (Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, Kommunalverwaltungen, Medien, Nichtregierungsorganisationen usw.);
- Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten.

Um die Wirtschaftshilfe künftig im Sinne der Union effektiver zu gestalten, empfiehlt die EU-Kommission desweiteren die Einrichtung eines ständigen wirtschaftspolitischen Dialogs mit den Mittelmeerdrittländern, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU, vor allem der Europäischen Investitionsbank (EIB), und den internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere dem IWF und der Weltbank, sowie eine verbesserte Koordination zwischen den Anstrengungen der Union und ihren Mitgliedsländern.

Jenseits von Freihandel und Finanzhilfen sieht die Brüsseler Kommission schließlich ein breites Feld von Kooperationsmöglichkeiten und -erfordernissen mit den Mittelmeerländern, etwa auf den Gebieten Industriekooperation, Energiepolitik, Umweltschutz, Informations- und Kommunikationstechnologien, Liberalisierung von Dienstleistungen und Kapitalbewegungen, Wissenschaft und Technologie, Drogenhandel, illegale Einwanderung und Tourismus.

### Zeit- und Fahrplan

Das ehrgeizige Unterfangen einer neuen „euro-mediterranen Partnerschaft“ wird durch den Zeitplan unterstrichen, den die Kommission vorgelegt hat und der vom Essener Gipfel grundsätzlich gebilligt wurde. Schon 1995 hat die EU die Verhandlungen mit Tunesien und Israel über neue Freihandelsabkommen zum Abschluß gebracht, sozusagen

als ersten Schritt auf dem Weg zu der anvisierten Freihandelszone. Ein entsprechender Vertrag mit Marokko soll folgen, wird aber derzeit durch den anhaltenden Fischereistreit mit Spanien erschwert. Ähnliche Verhandlungen strebt die EU mit Ägypten und „anderen, in Betracht kommenden Mittelmeerländern, die dies wünschen,“ an. In Bezug auf die Türkei wird - trotz der Kritik des Europäischen Parlaments an der Mißachtung der Menschenrechte durch die dortige Regierung - nach wie vor an dem Ziel einer Zollunion festgehalten. Malta und Zypern schließlich sollen in die nächste Phase der EU-Erweiterung einbezogen werden.

Mittelfristig strebt die Kommission an, ein dem PHARE-Programm für Mittelosteuropa nachempfundenes MED-Programm aufs Gleis zu setzen. Eine „substantielle Steigerung der technischen und finanziellen Hilfe“ der Union für die Mittelmeerländer sei erforderlich, „um die nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung dieser Länder zu unterstützen, ihre Strukturanpassung und regionale Zusammenarbeit zu ermutigen“. Das Gesamtvolumen der im Rahmen dieses Programms notwendigen Finanzhilfe aus dem EU-Etat in den Jahren 1995-1999 hatte die Kommission zunächst auf 5,5 Mrd. Ecu beziffert, und zwar zusätzlich zu steigenden Leistungen der Europäischen Investitionsbank und der internationalen Finanzinstitutionen für die Region. Auf dem EU-Gipfel in Cannes im Juni 1995 konnten die mediterranen EU-Mitgliedsländer allerdings nur 4,6 Mrd. Ecu durchsetzen. Darüber hinaus geht man davon aus, daß sich die privaten Direktinvestitionen aus EU-Ländern in dem Maße erhöhen werden, wie die euro-mediterrane Freihandelszone Gestalt annimmt.

### Migrationspolitischer Cordon Sanitaire

Während für die Realisierung einer vollständigen Freihandelszone im erweiterten Mittelmeerraum eine Zeitspanne von 10-15 Jahren veranschlagt wird, sehen die meisten EU-Offiziellen unmittelbaren Handlungsbedarf in Bezug auf die wirtschafts- und finanzpolitische Stabilisierung der Region. Als sei die vordergründig sicherheitspolitische Motivierung der neuen Strategie nicht auch so aus den Dokumenten herauszulesen, wurde bei der Vorstellung in Brüssel betont, eine substantielle Erhö-

hung der Hilfe sei unvermeidlich mit der Bereitschaft der südlichen EU-Nachbarn verbunden, die EU bei der Kontrolle illegaler Einwanderer und des Drogenhandels zu unterstützen. „Wenn wir rund 5 Mrd. Ecu bereitstellen“, so Marin, „werden viele Länder darauf bestehen, daß die Drogen- und Einwanderungskontrolle eine zentrale Rolle dabei spielt.“ (Zit. nach: Financial Times v. 20.10.1994)

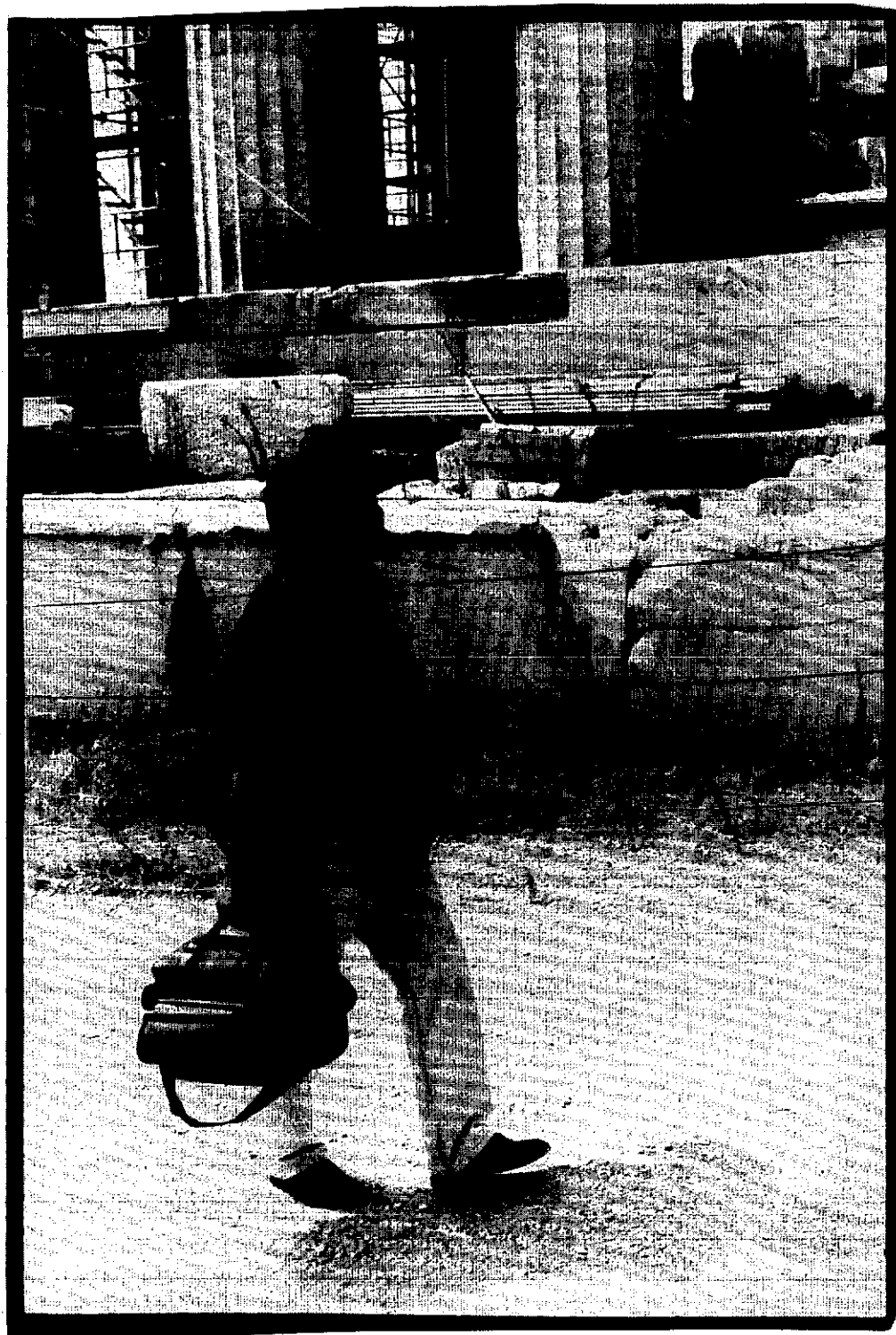
Die Absicht ist offensichtlich: Die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer sollen - ähnlich wie das östliche Europa - eine Art migrationspolitischen *cordon sanitaire* an der südlichen Flanke der EU bilden. Als einen der „explosivsten Teile der Welt“ charakterisierte denn auch der Londoner „Economist“ in seiner Vorausschau für das Jahr 1995 die nordafrikanischen Staaten. Was da alles als „gefährlich“ eingestuft wird, beschreibt das Magazin so: „Alle sind Diktaturen; alle sind überbevölkert, mit einem beängstigend hohen Bevölkerungsanteil unter 25. Keiner hat seinen Frieden mit der modernen kapitalistischen Welt gemacht. Alle sprechen (mit verschiedenen Akzenten) arabisch, alle sind natürlich Anhänger des Islam. Alle diese Länder befinden sich an der Schwelle Europas. Und es gibt genügend Zündstoff, der 1995 hochgehen könnte wie ein Pulverfaß.“

Nicht viel zurückhaltender in der Diktion beschreibt die EU-Kommission diese Lage: „Unter der gegenwärtigen politischen Bedingungen gibt es in einer Reihe dieser Länder Quellen der Instabilität, die zu massenhafter Migration, zu fundamentalistischem Extremismus, zu Terror, Drogen und organisiertem Verbrechen führen können.“

### Entwicklungspolitische Phantasielosigkeit

Die Crux der neuen Strategie scheint freilich zu sein, daß „die Partner“, die die migrations- und sicherheitspolitische Pufferzone bilden sollen, in der Mehrheit erst gewonnen werden müssen. Gerade deshalb ist es erstaunlich, daß auch das wirtschafts- und entwicklungspolitischen Angebot von vordergründigen ökonomischen Interessen der EU geprägt ist. Ob das Konzept „Freihandel plus Hilfe“ ein geeignetes Gegenmittel zur wachsenden Nord-Süd-Desintegration im Mittelmeerraum ist, wie Manuel Marin meint, oder nur die mühsame Überbrückung traditioneller Interessen-





In Griechenland 1. Foto: Stephan Hoppe

gegensätze innerhalb der EU, deren nördliche Mitglieder den Freihandel und deren südliche Mitglieder mehr Finanzhilfe favorisieren, wird sich allerdings erst noch herausstellen müssen.

Sieht man sich die entwicklungspolitische Rhetorik der neuen Mittelmeerstrategie näher an, dann ist von dem einseitigen Bemühen der EU um eigenständige Akzentsetzungen im internationalen

Geberkonzert kaum noch etwas zu spüren. Es ist ein kruder Modernisierungskurs, verbunden mit einer vorbehaltlosen Anpassung der Mittelmeerdrilländer an die europäischen Marktbedingungen, der unter den tonangebenden Entwicklungsexperten der EU die Oberhand gewonnen hat. Die offensichtlichen Zusammenhänge zwischen Prozessen rasanter Modernisierung und der Zunah-

me von gesellschaftlichen Destabilisierungstendenzen werden in dem Brüsseler Strategiepapier zur Mittelmeerpolitik mit keiner Silbe erwähnt.

Indem die EU allerdings heute auf die ungebrochene Beschleunigung dieses Modernisierungsprozesses setzt, so ist zu befürchten, wird sie schon morgen argumentieren können, daß man um den Einsatz auch militärischer Stabilisierungsmittel nicht mehr herumkommt. Dies ist die innere Logik der neuen Strategie für die Südflanke, nach der Freihandel, ökonomische Stabilisierungshilfe und Kooperation auf dem Gebiet der militärischen Sicherheitspolitik letztlich zusammengehören werden.

### Literatur

Communication from the Commission to the Council and the Parliament, 1994: Strengthening the Mediterranean Policy of the European Union: Establishing a Euro-Mediterranean Partnership, COM(94)427

Diwan, Ishac, 1992: Economic and Social Developments in the Middle East and North Africa, Discussion Paper Series No. 3, Weltbank, Washington D.C., October 1992

Europäischer Rat in Essen, 1994: Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 9. und 10. Dezember 1994, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 118/19.12.1994

Lamers, Karl, 1994: Variable Geometrie und fester Kern. Zur Debatte über das Europa-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1994, S. 1464-1470.

Nuscheler, Franz, 1992: „Fluchtburg“ oder „Festung“? Der Migrationsdruck auf EG-Europa, in: Nuscheler/Schmuck 1992, S. 261-277.

Nuscheler, Franz/Otto Schmuck (Hg.), 1992: Die Süd-Politik der EG. Europas entwicklungspolitische Verantwortung in der veränderten Weltordnung, Bonn

Überlegungen zur europäischen Politik, 1994: Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September, Wortlaut in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1994, S. 1271-1280

Wiemann, Jürgen, 1992: Die Mittelmeerpolitik, in: Nuscheler/Schmuck 1992, S. 173-196

## Das Mittelmeer - im Wechselbad der Geschichte

von Detlef Bimboes\*

*Das große Mittelmeer-Werk des französischen Historikers Fernand Braudel (Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main 1990, 3 Bände, DM 98,-) ist von grundlegender Bedeutung für die Sozialgeschichtsforschung. Davon ausgehend unternimmt es Detlef Bimboes in seinem Aufsatz, Beziehungen zwischen gegenwärtigen und geschichtlichen Entwicklungen des Mittelmeerraumes darzustellen und mit methodischen Reflexionen zu verbinden.*

Der Mittelmeerraum ist Nahtstelle zwischen Abendland und Morgenland, zwischen Vorderasien und Afrika, spannungsgeladener Raum verschiedener Kulturen und Ökonomien und in der Geschichte immer wieder von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung. Damals in der von Braudel behandelten Epoche Philipps II. Zentrum der Welt und Schauplatz der großen Auseinandersetzung zwischen Islam und Katholizismus im Ringen um Vorherrschaft und wirtschaftliche Einflusssphären. Danach ein jahrhundertelanger Niedergang, getragen von einer in sich geschlossenen Welt und eingebettet in großenteils archaische Lebensweise. Heute wieder Schauplatz größer werdender Aufmerksamkeit durch die Angst vor dem „Fremden“, durch zunehmende Armutsbewegungen von Süd nach Nord. Ängste, die zugleich durch die Zunahme radikaler islamischer Strömungen im Vorderen Orient und Nordafrika verstärkt werden. Armut und Fremdenhaß; Abwehr und Agression in unterschiedlichen Gesellschaften als Ausdruck tiefgreifender ökonomisch-sozialer Verwerfungen. Alte Krisenreaktionsmuster, zählebige dauerhafte konflikt- und kriegsbeladene Strukturen tauchen aus dem gesellschaftlichen Untergrund wieder auf. Entweder in gleichen oder neuen Formen und Verkleidungen. Gegenwärtig steigt die politische Aufmerksamkeit an der Südflanke durch Nato und EU. Die „Festung Europa“ beginnt sich abzuschotten. Neue

Auseinandersetzungen drohen, weil es auf alte wirtschaftliche, soziale Fragen und kulturelle Probleme immer noch keine befriedigenden Antworten gibt.

Es lohnt daher, das Aktuelle im Kontext mit dem Historischen zu betrachten. In gewisser Weise drängt sich Beklemmendes auf, wenn man - vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs Ost- und Südosteuropas, des politisch unruhiger und teilweise zerklüfteter werdenden Kontinents, der wachsenden Spannungen innerhalb der Triade Nordamerika-Westeuropa-Ostasien im Ringen um globale wirtschaftliche Einflusssphä-

*„Geschichtsforschung ist nichts anderes als die ausdauernde Befragung der Vergangenheit im Namen der Probleme und der Wüßbegier der Gegenwart - auch des Beunruhigenden und Beängstigenden der Zeit, in der wir uns bewegen und von der wir belagert werden. In keinem anderen Kulturkreis erweist sich das so deutlich wie im Mittelmeerraum, denn er hört nicht auf sich selbst zu erzählen, sich selbst zu erneuern.“* Fernand Braudel

ren und der militärischen Sicherung von Handelswegen und Rohstoffen - jenen Zeitraum betrachtet, in den das monumentale Werk Braudels eingebettet ist. Die aktuelle Bedeutung dieses Werkes liegt m. E. in der schlichten Aneignung historisch gewachsener räumlicher Dimensionen und einem daraus erwachsenden Verständnis heutiger sozialkultureller und politischer Konstellationen. Das „Mittelmeer“ dient mir außerdem als äußerst geeigneter Bezugspunkt, um das Denken von Braudel vor allem in seiner Beziehung zum Marxismus zu thematisieren. Doch vorweg ein kurzer Überblick über die von Braudel behandelte Epoche Philipps II.

### I. Zur Bedeutung der Epoche Philipps II.

In der Zeit Philipps II. (1556-98) ist der Mittelmeerraum zwar noch immer

das „Zentrum der Welt“, ein Raum von großer kultureller Ausstrahlungskraft wie auch starker politisch-militärischer Präsenz, der schon seit Jahrhunderten von erbitterten Konflikten und vom beiderseitigen Expansionsdrang katholischer und islamischer Mächte geprägt war: In Nachfolge des Heiligen Römischen Reiches und des Kalifats fechten nunmehr Habsburger und Heilige Liga auf der einen und Osmanen auf der anderen Seite diesen Konflikt aus. Allerdings brechen sich im gleichen Zeitraum zwei weitere Entwicklungen von epochaler räumlich-historischer Bedeutung Bahn, die schon unter der Ägide von Kaiser Karl V. deutlich zu erkennen waren. So beginnen sich im 16. Jahrhundert die Beziehungen Europas zur übrigen Welt grundlegend zu verändern.

Der Zeit Philipps II. waren die Entdeckungen Amerikas (durch Kolumbus) und des Seewegs nach Indien (durch Vasco da Gama) vorangegangen. Das spanische Kolonialreich war unter Philipps Vater Karl V. entstanden, die Eroberung und Ausplünderung - kurz die Europäisierung - neu entdeckter Kontinente durch Europa hatte begonnen. Zuerst die mediterrane und dann die übrige europäische Wirtschaft begann den atlantischen Handel miteinzubeziehen. Der Welthandel erfuhr gewaltige Steigerungen. Allerdings kündigte sich damit zugleich die spätere Verlagerung der Handelsschwerpunkte vom Mittelmeer hin zum Atlantik an. Außerdem trat - als zweite Tendenz - das nordwestliche Europa mit einer weiteren und die mediterrane Konstellation zunehmend überlagernden Konfliktlage hervor. Denn auf dem alten Kontinent gelang es Kaiser Karl V. nicht, das mittelalterliche Universalreich mit modernen Mitteln (Söldner, Soldaten) gegenüber den entstehenden europäischen Nationalstaaten, vor allem Frankreich, und dem Protestantismus durchzusetzen.

Nach Karls Abdankung erhielt sein Sohn Philipp II. das spanische Erbe, das anfänglich neben dem spanischen Kolonialreich in Lateinamerika die Niederlande, das Burgund und große Teile Italiens umfaßte. Getragen von einer mächtigen,

\* Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Wiesbaden

tief im Volk verwurzelten katholischen Reformbewegung fühlt sich Philipp II. als Spanier, Habsburger und Katholik verpflichtet, die Christenheit im katholischen Glauben unter spanischer Führung zu einen. Innenpolitisch wird die religiöse und politische Einheit aller Erbländer durchgesetzt. Wichtige Elemente dieser Politik bilden Inquisition (Ketzerverbrennungen), Unterdrückung der Morisken (zum Christentum übergetretene Moslems) und Juden (wichtigen Trägern von Handel und Gewerbe) und die absolute Herrschaft über die Nationalkirche sowie Kontrolle über Wirtschaft und Kolonien. Der Seesieg bei Lepanto (1572) durch die von Kreuzzugsmentalität gegenüber dem Islam getragene Heilige Liga (Spanien, Venedig, Papsttum) bedeutet den Anfang vom Ende der türkischen Vorherrschaft im Mittelmeer. Er dient nicht zuletzt auch der Sicherung der Handelswege von Indien zum Mittelmeer und damit den Interessen der großen, weltweit bedeutsamen Handelsplätze wie Sevilla, Florenz, Genua und Venedig. Die Vereinigung Spaniens mit Portugal und dessen Kolonialreich wurde von den Reichen und Mächtigen in Lissabon aktiv betrieben und ist notwendig geworden Schritt zur Sicherung des wirtschaftlich immens bedeutsamen Gewürzmonopols in Ostasien und Indien.

Doch auf der anderen Seite steht eine Politik, die zu sozial und religiös motivierten Aufständen in den protestantisch eingestellten Spanisch-Niederlanden und mittelfristig zu deren Abfall vom Königreich führt. Als blühendstes Gewerbegebiet Europas mit über 200 Städten bringt das Land der Krone das siebenfache an Steuern wie das Silber Amerikas. In Rotterdam und Antwerpen, den Drehscheiben des Handels, werden ca. 50% der Welthandelswaren umgeschlagen. Antwerpen ist zudem neben Genua Metropole des europäischen Geldmarktes. Außenpolitisch ist die Epoche Philipps II. auch durch Gegnerschaft und Kriege mit Frankreich und England ausgezeichnet.

Der Krieg Spaniens mit Frankreich bindet die Kräfte Spaniens und macht den Weg frei zur Eroberung der Welt durch Holland und England. Er sichert das Vordringen auf dem Atlantik und den Aufstieg zu Welthandelsmächten in großen Kolonialgebieten. Der Abgang der spanischen Kräfte nach dem Tod Philipps II. führt zur Abnahme der spanischen Macht und zum Aufstieg der Niederlande.

sellschaft der Fugger mit Sitz in Augsburg finanziert, die die europäische Blei-, Silber- und Kupferproduktion kontrollierten und auch das spanische Quecksilbermonopol besaßen, so verbindet sich ihr Niedergang mit dem der spanischen Macht infolge Staatsbankrotts am Ende der Amtszeit Philipps II. Danach lassen die verschiedenen historisch-räumlichen Tendenzen das Mittelmeer allmählich aus dem Zentrum der Geschichte verschwinden.

## II. Das Werk Braudels im Überblick

Dies gibt den „Stoff“ ab, der von Braudel in die ehernen Zeitläufe und die Geschichte des Mittelmeerraums eingewoben und in einem lebendigen, facetten- und ereignisreichen Panorama vor dem Leser ausgebreitet wird. Gleichsam von den Bergen hinab in die Ebenen, mit

Für Braudel sind Landschaften und Räume auch geronnene Geschichte, die Vergangenheit lebendig machen können.

den Verkehrswegen über Land und schließlich in die großen Städte hinein. Auf diesem Weg gibt Braudel den Blick frei auf den Mittelmeerraum als Natur-, Kultur-, Agrar-, Wirtschaftsraum, über ein pulsierendes, weit verzweigtes Geflecht an Adern mit den umgebenden Regionen, Ländern, Kontinenten, Meeren und Völkern verbunden.

Im ersten Band geht es um die Entdeckung des Raums, in dem sich Geschichte entfaltet. Für Braudel sind Landschaften und Räume auch geronnene Geschichte, die Vergangenheit lebendig machen können. Hier geht es um die Beziehungen des Menschen zum umgebenden Milieu, „eine träge dahinfließende Geschichte, die nur langsame Wandlungen kennt, in der die Dinge beharrlich wiederkehren und die Kreisläufe immer wieder neu beginnen“ (Braudel). Hier dominiert der Rhythmus des Immergleichen, der Jahreszeiten, das Warten der Schiffe auf den günstigen Wind, das Säen und Ernten der Bauern, der Auftrieb der Viehherden und das Dahinziehen der Lasttiere. In den Städten

trifft Glanz und Lebensfreude auf Hunger und Elend.

Im zweiten Band geht es dann um die soziale Geschichte, die der Gruppen und Gruppierungen. „Wie diese Flutwellen das mediterrane Leben als Ganzes aufwühlen, das ist die Frage, die ich mir im zweiten Teil meines Buches gestellt habe“ (Braudel). Nacheinander werden die Ökonomien, die Staaten, die Gesellschaften, Zivilisationen und Kulturen untersucht, wobei deutlich wird, daß die Mittelmeerländer des 16. Jahrhunderts vorrangig eine Welt von Bauern, Pächtern und Grundeigentümern sind. Bei der Bearbeitung dieser Fragen geht es nicht um das immer wiederkehrende, unbewegliche, sondern um die Geschichte von langer Dauer, der „longue durée“, um lange-gleiche Strukturen, die über Erfolg und Mißerfolg entscheiden: von wirtschaftlichen und sozialen Antriebskräften und Bedingungen, Konjunkturen, Trends und Preissteigerungen, Gewerbe, Handel und Transportwesen. In diesem Zusammenhang versucht Braudel schließlich zu zeigen, wie all diese aus der Tiefe wirkenden Kräfte am Zustandekommen von Kriegen in ihren verschiedenen Formen beteiligt sind.

Im dritten Band geht es dann um das ewig Wechselnde, Ereignisse, Politik und Menschen. „Eine ruhelos wogende Oberfläche, vom Strom der Gezeiten heftig erregte Wellen. Eine Geschichte kurzer, rascher und nervöser Schwankungen. So ist sie von allen die leidenschaftlichste, menschlich reichste, doch die gefährlichste auch. Mißtrauen wir dieser Geschichte, deren Glut noch nicht abgekühlt ist, der Geschichte, wie sie die Zeitgenossen im Rhythmus ihres Lebens - das kurz war wie das unsere - empfunden, beschrieben, erlebt haben. Sie hat die Ausmaße ihres Zorns, ihrer Träume und ihrer Illusionen“ (Braudel).

## Dauerhafte Strukturen in Raum und Zeit

Braudels Werk steht nicht nur für die Entdeckung der Alltagswelt, die früher so oft vor den Haupt- und Staatsaktionen der „großen“ Geschichte zurückzustehen hatte, sondern auch für das Zusammenwirken der verschiedenen Disziplinen zu einer gemeinsamen Anstrengung im Verstehen historischer Zusammenhänge. Politische Geschichte, Sozialgeschichte, Kulturwissenschaften, Demographie, Wirtschaftsgeschichte und Geographie bilden dabei stets eine Ein-





heit. Das große Thema ist die Geschichte als „histoire totale“ aller Lebensbereiche, die Gegensätzlichkeit von Raum und Zeit, das Suchen im Rahmen einer geographischen Untersuchung nach den lokalen, dauerhaften, unveränderlichen, stets wiederkehrenden Merkmalen, das Aufspüren von „Gesetzmäßigkeiten“ in der Geschichte des Mittelmeerraums, eingegrenzt auf die wichtigsten und sich am stärksten auf den Alltag auswirkenden Strukturen und immer wiederkehrenden Abläufe menschlichen Lebens. Wichtige Elemente sind hier der Mahlstrom der Zeit, soziale Schichtungen und Probleme, Gesellschaftsformationen überwölbende Kontinuitäten in Wirtschaft und Kultur, Entwicklung und Kampf der Kulturen, Aufstieg und Niedergang von Wirtschaftsentwicklung. Die Wirklichkeiten, die nicht sprechen können, interessieren mehr als die, welche eine Sprache gefunden haben.

## Marxismus und Schule der „Annales“

Braudel steht in der Tradition der 1929 gegründeten Schule der Zeitschrift „Annales. Economies - Sociétés - Civilisations“, deren Begründer aus dem Umfeld des Marxismus kamen und versuchten, dessen Begrenztheiten aufzubrechen. Wichtige Fragestellungen, die bearbeitet wurden, zielten gerade auf das (gesellschaftsübergreifende) Überdauern polit-ökonomischer Strukturen sowie tradierter kultureller Traditionen und Mentalitäten. Die Bearbeitung dieser Probleme bildeten Teil wichtiger Arbeiten, die sich mit dem Zukurzgreifen formations-theoretischer Analysen des Marxismus beschäftigten. Diese Herangehensweise gibt den Blick frei auf Zusammenhänge, die von den an Marx und Engels anknüpfenden Gesellschaftslehren und am Klassenkampf ausgerichteten Bewegungen in der Regel entweder ausgeblendet oder unzureichend bearbeitet worden sind. Der Kampf im Kommunistischen Manifest, nach dem „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist, hat in der Folge ganz überwiegend zu einer weitgehend verengten holzschnittartigen Geschichtsbetrachtung geführt. Zentrale Fragen wie die nach den Eigentums- und Machtverhältnissen wurden nicht mehr

Die Schule der „Annales“ und die an Marx und Engels anknüpfenden Gesellschaftslehren unterscheiden sich in ihren Herangehensweisen zur Untersuchung historischer und aktueller gesellschaftlicher Realitäten insofern grundsätzlich. Sich erneuernde materialistische Geschichtsbetrachtung wird von solchen Verengungen Abschied nehmen und sich öffnen müssen - immer offen für neue Erkenntnisse und Zusammenhänge angelegt, wie das Arbeiten auf einer Baustelle (Braudel).

## Geschichte und Individuum

Im Mittelpunkt der Arbeiten Braudels steht die Zerlegung von Geschichte in langsame und schnelle Bewegungen, in Strukturen und Konjunkturen. Daneben schrumpft für ihn die Rolle der Ereignisse und der Einzelpersonen. Es ist

**Im Mittelpunkt der Arbeiten Braudels steht die Zerlegung von Geschichte in langsame und schnelle Bewegungen, in Strukturen und Konjunkturen.**

deshalb die Frage an ihn gerichtet worden, was dann aus dem Menschen, aus seiner Rolle in der Geschichte, aus seiner Freiheit wird? Aus seiner Antwort wird deutlich, daß er als „Strukturalist“, der die Quellen des Lebens in der konkretesten, alltäglichsten, unzerstörbaren und anonymsten menschlichen Tätigkeit sucht, die Rolle des einzelnen in der Geschichte als gering einschätzt. Immer wieder setzt sich für ihn die Wirkungsmächtigkeit langfristig angelegter Strukturen durch, die die Handlungsfreiheit der Menschen und sogar die Rolle des Zufalls einschränken. „So bin ich bei der Betrachtung eines Individuums immer wieder versucht, es eingebunden in ein Geschick zu sehen, das es kaum selber gestalten kann, in eine Landschaft gestellt, die sich hinter ihm und vor ihm in den unendlichen Perspektiven einer langen Dauer erstreckt“ (Braudel). Sein Thema ist damit gerade nicht die Geschichte mit Blick von „unten“ als „Bewegungsgeschichte“ der mit Mühsal Beladenen und Verfolgten oder die

„Geschichte von Gesellschaftsformationen und ihres Auf- und Abstiegs als Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx).

Kritik gegenüber Braudel ist genau hier anzubringen. Soziale Bewegungen und die daran teilnehmenden Individuen sind und bleiben notwendiger Humus für Veränderungen der großen Geschichte. Dabei wird die Mikrogeschichte sozialer Bewegungen von „unten“ notwendigerweise problemgerichtet und partiell bleiben. Nur so kann sie auch häufig ihre Eindringlichkeit und Durchsetzungskraft entfalten. Soziale Auseinandersetzungen sind und bleiben der Motor für gesellschaftliche Veränderungen. Je nachdem welche Stoßkraft diese Geschichte „kurzer, rascher und nervöser Schwankungen“ entfaltet, wird sie in die „Tiefenströmungen“ von Gesellschaften eingehen und dauerhafte Strukturen modifizieren, mitgestalten oder auch langfristig zum Verschwinden bringen. Allerdings ist auch klar, wenn soziale Bewegungen räumlich-historisch gewachsene Strukturen in Wirtschaft, Kultur und Mentalitäten nicht ausreichend in Strategie und Taktik berücksichtigen, kulturelle und nationale Eigenheiten mißachten, alter Unterdrückung nur neue Unterdrückung folgen lassen, werden sie über kurz oder lang Schiffbruch erleiden und an alten dauerhaften Strukturen zerschellen. Osteuropas mißlungener Weg zum Sozialismus ist der eindringlichste Beweis.

Braudel weiß im übrigen um diese Probleme und betont, daß die Debatte um die Zerlegung von Geschichte in langsame und schnelle Bewegungen, in Strukturen und Konjunkturen noch lange nicht abgeschlossen ist. Er weist ausdrücklich daraufhin, daß diese Bewegungen zueinander ins Verhältnis gesetzt werden müssen, ohne im vorhinein zu wissen, ob die einen von den anderen bestimmt werden oder umgekehrt. Identifizierung, Klassifizierung und Gegenüberstellung solcher Bewegungen bleiben deshalb für ihn vorrangige Aufgaben.

## III. Das Mittelmeer als Konfliktzone - zur Aktualität von Geschichte in der Gegenwart

Der Mittelmeerraum ist Laboratorium mehrerer Zivilisationen, die aus einer langen Vorgeschichte hervorgegangen sind. Hier treffen drei große, reife

und dauerhafte Zivilisationen mit ihren grundlegend unterschiedlichen Lebensstilen, Denkwürfen, Glaubensweisen und Alltagspraktiken aufeinander. Es sind dies die Staatsgrenzen überschreitende römisch-katholische Welt, die des Islam und das griechisch-orthodoxe Universum. Diese Zivilisationen sind sich nicht nur als Rivalen im Krieg begegnet, sondern besitzen genauso kulturelle Ausstrahlung, verdanken sich viel durch mannigfaltigen gegenseitigen Austausch von Techniken, Ideen und selbst Religionen. (Es sei an dieser Stelle der Hinweis erlaubt, daß beispielsweise Andalusien über Jahrhunderte hinweg ein Hort fruchtbarer Zusammenlebens verschiedener Religionen und Kulturen war). Dieser wurde endgültig erst unter Philipp II. brutal ausgelöscht. Aber die Zivilisationen machen für sich allein noch nicht die Geschichte der Menschheit aus, stets haben Politik und Ökonomie mitzureden. Doch sie bleiben für Braudel „unerschütterlich an Ort und Stelle, während der Film der Geschichte abläuft“. Deshalb blieben die Zivilisationen, während das Mittelmeergebiet im Nachgang zur Epoche Philipps II. von der Bühne der großen Weltgeschichte verschwand.

Dieser Abgang im 16. und erst recht im 17. Jahrhundert war Ergebnis der Eroberung des Mittelmeers durch das protestantische England und Holland aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse und der begonnenen Abrüstung nach der Seeschlacht von Lepanto durch Islam und Christentum. Hochinteressant ist dabei, daß diese Entwicklung nach Braudel sehr wahrscheinlich mitbedingt wurde durch Holzverknappung infolge Entwaldung und die damit einhergehende Überteuierung von Holz für den mittelmeerischen Schiffbau. Überdies verfügten England und Holland über bessere und überlegener ausgerüstete Schiffe. Dies alles erinnert an die Holzkrise im 11. Jahrhundert, die die ganze islamische Mittelmeerküste betraf. Die islamische Hemisphäre beherrschte damals den gesamten Kulturkreis. Sie verlor aber augenblicklich die Herrschaft über das Meer, als es ihr an Holz zu mangeln begann. Und da gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben, büßte die christlich-abendländische Mittelmeerrhälfte einige Jahrhunderte später ihrerseits die Herrschaft über das Mittelmeer ein, auf dem hinfort Engländer und Holländer maßgebend wurden.

Im 19. und beginnenden 20. Jahrhun-

dert begannen dann neben England auch Frankreich und begrenzt auch Italien als Kolonialmächte auf den Plan zu treten. Alle drei teilten sich Nordafrika untereinander auf, wobei das faschistische Italien versuchte, sich das Mittelmeer als „mare nostrum“ zu unterwerfen. Überhaupt stellte der mediterrane Faschismus den Versuch dar, sich gegen die „liberale“ Überfremdung auf der einen und die drohende sozialistische Alternative auf der anderen Seite eine eigene reaktionäre Identität zu verschaffen. Die Kolonialherrschaft auf der Südseite des Mittelmeeres konnte z. T. nur in verlustreichen Befreiungskriegen abgeschüttelt werden, wobei die französische am längsten und zwar bis in die sechziger Jahre hinein dauerte. Auf der Nordseite hielten sich faschistische Reststrukturen bis Mitte der 70er Jahre - parallel zu einer reichen und originären antifaschistischen Tradition, die vom Titoismus bis zur portugiesischen Nelkenrevolution reichte.

Bemerkenswerterweise breitete sich im Gefolge dieser Tradition der Eurokommunismus und Eurosozialismus der 70er Jahre in den romanisch-katholischen Ländern des Mittelmeerraumes aus - mit manchen Verbindungslinien zum Titoismus und der Blockfreienbewegung, während sich auf der arabischen Südseite schon seit längerer Zeit und v.a. in den 60er Jahren nationalrevolutionäre Bewegungen breit gemacht hatten - darunter die laizistische Baath-Bewegung (deren verfeindete Erben heute noch in Syrien und Irak residieren) und der Nasserismus (in der Bewegung der Blockfreien gewissermaßen das arabische Gegenstück zum Titoismus). Diese Kräfte machten sich dabei häufig die seit dem 2. Weltkrieg alles überlagernde Konstellation des Ost-West-Gegensatzes zunutze und versuchten zugleich jenseits davon, den Eintritt des Mittelmeerraumes in die Moderne zu realisieren. Erinnert sei an die Bemühungen des damaligen maltesischen Premiers Dom Mintoff, der auf dem Höhepunkt dieser Bewegungen Mitte der 70er Jahre ihre mediterrane Verknüpfung anstrebte.

Heute wissen wir, daß diese Bemühungen scheiterten und ihre Grundlagen schon durch die weltweiten Veränderungen unterpült worden waren. Das Erstarken des fundamentalistischen Islam in Arabien wie auch der diversen ethnisch-religiösen Fanatismen auf dem Balkan und der bornierten Regionalismen in vielen „modernen“ Mittelmeer-

anrainern sind sehr unterschiedliche Ausdrucksformen dieses vorgängigen Scheiterns einer sozialreformerischen oder gar sozialrevolutionär motivierten Neuformierung des Mittelmeerraumes. (Das genaue spiegelbildliche Gegenteil besteht übrigens im nahezu bedingungslosen Anschluß an EU-„Europa“: Jenseits davon scheint es nichts mehr zu geben.) Und so bekommt Braudel in gewisser Weise recht, wenn er unter den Konjunkturen und Gezeiten dauerhafte Grundlinien und -strukturen ausfindig macht. Politische und gesellschaftliche Konflikte schwelen häufig über lange Zeiträume und kaum sichtbar in Gesellschaften, bevor sie offen ausbrechen und sich entladen. F. Braudel drückt es so aus, daß „für die Konjunkturgegeschichte kurzer Krisen häufig Erklärungen in der Strukturgeschichte, der langsamen Geschichte, gesucht werden müssen“. Hierfür liefert die Geschichte des Mittelmeerraumes zweifelsohne mannigfaltige Beispiele, die hier in drei sehr unterschiedlichen und zugleich sehr aktuellen Aspekten gebündelt seien:

## 1. Die Aktualität „bodenständiger“ räumlich-ökologischer Konstellationen

Vergangenheit und Gegenwart sind nicht nur vom Herrschen des Menschen über den Menschen, sondern zugleich - und damit lediglich als andere Seite der Medaille - von Gewalt, Kurzatmigkeit und Sorglosigkeit gegenüber der Natur bestimmt. 3000 Jahre Waldrodung für Ackerbau, Viehzucht und Schiffbau haben den gesamten Mittelmeerraum gründlich verändert. Das einstmals angenehme, milde Klima ist heute vielfach zu einem mit monatelanger Trockenheit und sehr heißen Sommern geworden. Bodenerosion, Steppen- und Wüstenbildung bestimmen vielerorts das Bild, ein Problem vor allem in Nordafrika. Hier wird immer noch eine falsche Agrarpolitik betrieben, die nicht zuletzt auch Auswirkung früherer französischer Kolonialpolitik ist. Hinzugekommen ist in den letzten Jahrzehnten die teilweise gravierende Verschmutzung des Mittelmeeres. Zu den wichtigsten Ursachen zählen Schifffahrt, Industrialisierung, fehlende Kläranlagen der großen Städte und die Flüsse als Kloaken.

Von besonderer Brisanz aber wird knapper werdendes Trinkwasser wer-

den. Hiervon ist nicht nur der nordafrikanische Raum betroffen. UN-Generalsekretär Butros Butros-Ghali wird die Feststellung zugeschrieben, daß im Nahen und Mittleren Osten Wasser in nicht allzu ferner Zukunft kostbarer sei als Öl und daß ein künftiger (kriegerischer) Konflikt nicht um vager ideologisch-nationaler Ziele willen, sondern um dieses Gut geführt würde. Potentielle Konfliktgebiete dafür liegen im Raum Ägypten-Sudan-Äthiopien (Nilwasser) und im Krisendreieck Türkei-Syrien-Irak (Euphratwasser), wobei der Sudan Ägypten vom lebenswichtigen Nilwasser und die Türkei durch riesige Staudammvorhaben am Oberlauf des Euphrat Syrien und Irak von dieser Lebensader abzuschneiden droht. Die Wasserfrage bildete im übrigen einen wichtigen Teilaspekt im israelisch-arabischen Sechs-Tage-Krieg von 1967. Die künftige Verteilung des Wassers im Westjordanland stellte jüngst eine der Schlüsselfragen in den abgeschlossenen Autonomieverhandlungen zwischen PLO und Israel dar.

**Aber:** Solche lebensentscheidenden Fragen wie die der Verfügbarkeit über Wasserressourcen lassen sich auch friedlich lösen. Warum könnte nicht überdies künftig die Solartechnologie einen gewichtigen Beitrag zur Entsalzung von Meerwasser leisten? Überhaupt böte die breite Nutzung von Sonnenenergie aufgrund der natürlichen Voraussetzungen im gesamten Mittelmeergebiet große Chancen für eine dauerhafte Entwicklung, gerade auch im Hinblick auf das absehbare Schwinden der Ölvorräte. Gemeinsame technische und wirtschaftliche Projekte könnten zur Grundlage friedlicher Zusammenarbeit werden. Der hier viel beschworene Aufbruch ins "Solarzeitalter" könnte auch zu einer Neupositionierung dieses Raumes in der internationalen Arbeitsteilung führen, die mit jener "westlichen" Vorstellung bricht, in der "Sonne" und "Wasser" im wesentlichen auf touristische Attraktionen reduziert werden.

## 2. Das Aufbrechen von jahrhundertalten regionalen Fragmentierungen

... hier zunächst an den ... und auf Zypern ... Konflikt ... im

Vordergrund stehen aber heute eher die mörderischen Kontinuitäten auf dem Balkan, die nicht zuletzt Ergebnis einer über vier Jahrhunderte währenden türkischen Herrschaft in Bosnien-Herzegowina und immer wieder durch Großmachtinteressen angeheizt worden sind. Nur durch die historische Leistung Titos für ein vereintes Jugoslawien konnte die Barbarei für einige Jahrzehnte unterbrochen werden. Dabei ist nachdrücklich darauf zu verweisen, daß der Titoismus Ergebnis des erbitterten Kampfes gegen die faschistische Barbarei und ihrer kroatischen Helfershelfer der Ustascha war. Man muß sich gegen die Vorstellung wenden, als sei der Titoismus den Völkern aufgepropft worden und deshalb zu verurteilen.

Genausogut könnte man dann ja auch das "Risorgimento" bzw. die italienische Vereinigung mit Blick auf die völlig unterschiedlichen Mentalitäten von Sizilien

Das "Aufeinandertreffen der Kulturen" muß auch so verstanden werden, daß darüber jeweilige nationale Klassenverhältnisse zueinander in eine Beziehung gesetzt werden.

nern und Lombarden und deren Ligen verurteilen. Der historisch tief in mediterranen Fragmentierungen wurzelnde und kulturell aufgeladene Gegensatz zwischen Nord- und Süditalien ist aber zweifellos Teil der kaum überwundenen Staatskrise in Italien mit ihren großen, ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Auch manche Aspekte des spanischen Regionalismus beruhen auf jahrhundertalten Traditionen - hier wie in Italien auch der Gegensatz zwischen den nördlicher gelegenen Handels- und späteren Industriestädten (wie Barcelona und San Sebastian) und dem rückständigen Zentrum und Süden, in dem aber wiederum agrarisch-sozialrevolutionäre Elemente vorhanden waren und wo man heute übrigens - nämlich in Andalusien - wieder stärker auf alte historische Beziehungen zur anderen Seite der Meeres rückt. Es sei angemerkt, daß diesen Fragmentierungen auch und gerade Klassenverhältnisse zugrundeliegen, wie sie

Gramsci z. B. in seinen Arbeiten zur "italienischen Frage" schon darstellte.

**Aber:** Wäre nicht auch eine Konstellation denkbar, in der sich Regionen aufgrund ihrer räumlich-historischen Positionierung auch und v.a. als Brücken zwischen ihren Nachbarregionen oder als Elemente einer bewußten kooperativen Arbeitsteilung zwischen den Regionen verstehen? Das Tragische besteht ja darin, daß Bosnien-Herzegowina für eine solche Funktion im Prinzip so hervorragend geeignet wäre. Daß - wie schon angesprochen - in Andalusien gewisse Neigungen bestehen, ein schon Ewigkeiten zurückliegendes Erbe des produktiven Miteinanders unterschiedlicher Kulturen zu mobilisieren, ist demgegenüber ein unerhört interessanter und phantasieanregender Vorgang. Hier schwingt gewiß viel "Romantik" mit, die durch die Vorgänge in anderen Teilen des Mittelmeerraumes beschämt wird. Aber hier liegt wohl auch die einzige Chance, den Regionalismus mit einer Gesamtperspektive für den Raum auf eine Art und Weise zu verbinden, die den jahrhundertalten Kontinuitäten gerecht wird.

## 3. Das erneute Aufeinandertreffen der großen "Kulturkreise"

Die Konfrontation baut sich immer weiter auf, verläuft aber noch eher indirekt. Einerseits ist sie vermittelt über die Konflikte in Nordafrika, insbesondere über die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Algerien und die Unruhen in Ägypten. In ganz Nordafrika erstarkt seit geraumer Zeit der Islam auf seinem alten Kulturboden. In Algerien ist daraus ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen Islamisten und den Sicherheitskräften des Militärstaates geworden, der hier wie auch in anderen Ländern mehr oder weniger den "modernen" bzw. "westlichen" Standpunkt verteidigt (nachdem die "östliche" bzw. "sozialistische Moderne" als Bezugspunkt entfallen ist). Andererseits entwickelt sie sich über die Wanderungsbewegungen von Süden nach Norden und den "Import" der islamisch-orientalischen Kultur nach Europa, der dort wiederum auf die wachsende Fremdenfeindlichkeit in krisengeschüttelten Industrieländern trifft.

Und an dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Konfrontationen nur im Kontext jeweiliger Klassenverhältnisse zu verstehen sind - also

sowohl derjenigen in Algerien wie derjenigen in Frankreich. Man müßte also die Interessen der modernen algerischen "Staatsklasse" ebenso unter die Lupe nehmen wie die der traditionellen französischen Arbeiterklasse usw. Möglicherweise würde man zum Ergebnis kommen, daß die Wirksamkeit des islamistischen Populismus in Algeriens subalternen Klassen und der Einfluß des recht nationalen Populismus in Frankreichs Unterschichten zueinander in einer paradoxen Beziehung stehen, die nicht von der gegenwärtig offenkundigen Liaison der politischen Klassen beider Länder zu trennen ist. M.a.W.: Das "Aufeinandertreffen der Kulturen" muß auch und gerade so verstanden werden, daß darüber jeweilige nationale Klassenverhältnisse zueinander in eine Beziehung gesetzt werden, was freilich im großen und ganzen unter der Oberfläche verborgen bleibt.

Gegenwärtig entwickelt die Nato auf Betreiben Frankreichs, Italiens und Spaniens in Abstimmung mit der EU seit dem Frühjahr 1995 ihre Politik im Mittelmeerraum als Antwort auf den erstarkenden, teilweise terroristisch agierenden Islam und die Gefahr der Weiterverbreitung moderner Waffen, insbesondere von potentiellen Atomwaffenträgern.

Gezielt sollen Israel und die prowestlich orientierten Staaten Ägypten, Tunesien, Marokko und Mauretanien militärstrategisch angesprochen und eingebunden werden. Es ist abzusehen, daß militärische Strategien im Mittelmeerraum dominieren werden, wenn die Bereitstellung der Finanzmittel für die Wirtschafts- und Sozialpolitik von falschen Vergabekriterien bestimmt sein sollte. Es ist zu befürchten, daß dies eintritt. Die bisherige Geschichte zeigt, daß ökonomische und undauerökonomische Beziehungen zwischen Staaten in hohem Maße von versteckter bis offener Gewalttätigkeit bestimmt sind und im Bedarfsfall das Militär zur Problemlösung eingesetzt wird.

Insofern besteht die Gefahr, daß der Versuch eines Wiederaufstiegs des Mittelmeerraumes auch im zweiten Anlauf - nach dem Scheitern der nachkolonialen und nachfaschistischen Bemühungen in den 70er Jahren - versandet und er nur als Mischung aus cordon sanitaire und militärisch geschütztem Tourismusgebiet das 21. Jahrhundert betritt. Es besteht deshalb weiterhin die Aufgabe, den existierenden, beunruhigend langlebigen, andauernden Strukturen und menschlichen Handlungsmustern in einem mühseligen Prozeß, ständig von Rückfällen

bedroht, Handlungsstrategien und Strukturen entgegenzusetzen und durchzufechten, die von humaner, sozialer und demokratischer Substanz getragen sind. Die Linke war es jahrzehntelang gewohnt, räumliche Spezifika zugunsten allgemeiner "kapitalistischer" oder "sozialistischer" Strukturmerkmale zu vernachlässigen. Sie ist nunmehr gefordert, über Jahrhunderte gewachsene historisch-räumliche Anordnungen zur Kenntnis, sie dann aber auch für sich in Beschlag zu nehmen.

**Denn:** Was für den raum- und zivilisationsüberschreitenden Siegeszug des Kapitalismus galt, könnte auch für einen Neuaufschwung progressiver Tendenzen gelten. Mit Blick auf die Historie wäre es somit nicht auszuschließen, daß der Kulturkreis des Mittelmeeres in ferner Zukunft wieder zu neuem Leben erwacht und von der Peripherie Zentraleuropas erneut ins Zentrum rückt und als lebendige und farbenkräftige Dreieckskonfiguration euroatlantischer, euroasiatischer und afroarabischer Elemente an Ausstrahlungskraft gewinnt.

1 Fernand Braudel, Georg Duby, Maurice Aymard: Die Welt des Mittelmeeres, zur Geschichte und Geographie kultureller Lebensformen, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1987



# Kampagnen, Dialoge, Profile

Öffentlichkeitsarbeit für Reformprojekte

Das Buch richtet sich an diejenigen, die tagtäglich für politische Organisationen und öffentliche Institutionen auf dem Informationsmarkt agieren und sich der Informationskonkurrenz stellen müssen.

u. a. mit folgenden Beiträgen:

- Die Zukunft der Linken mit einer neuen Generation  
Dr. Christoph Zöpel
- Politisches Gestalten sichtbar machen  
Ruth Schauder
- Kampagnenfähigkeit und Parteireform  
Interview mit Günter Verheugen und Thomas Westphal
- Öffentliche Dienste - wer nachdenkt, sagt ja!  
Zur Reformarbeit der Gewerkschaft ÖTV  
Interview mit Jürgen Holz
- Ich bin so frei! - Emanzipation und Öffentlichkeitsarbeit  
Monika Lenniger | Christina Noky-Weber

Herausgegeben von:  
Volker Grube  
Birgit Zoerner

200 Seiten, 25,-DM  
ISBN 3-922489-18-4

zu bestellen bei:  
spw-Verlag  
Fresienstraße 26  
44289 Dortmund

**spw**



# Vom Religionskrieg zum friedlichen Ausgleich

Gegenwart und Zukunft der geistigen Beziehungen zwischen islamischer Welt und dem Westen

von Sabine Kebir\*

Nicht erst seit den Gewaltaktionen islamistischer Terroristen in Europa und Amerika, sondern schon seit der Gründung Israels fand im westlichen Alltagsverstand eine allmähliche Rekonstruktion des aus den Zeiten der Kreuzzüge stammenden Feindbildes Islam statt. Wenn linke Kritiker dies beklagen, blenden sie zumeist aus, daß auch im islamischen Raum das Feindbild Westen gepflegt und mit den Jahren immer schärfer akzentuiert wurde. Nicht nur der das Pentagon beratende Samuel P. Huntington (dessen vulgär-publizistisches Sprachrohr in Deutschland Peter Scholl-Latour ist) beschwört bereits einen neuen Weltkonflikt zwischen dem 'demokratischen' Westen und dem angeblich zur Demokratie unfähigen islamischen Raum herauf. Auch der Islamismus - der weltweit den Anspruch vertritt, der wahre Verwalter des islamischen Wertesystems zu sein - sieht diesen Konflikt als unausweichlich an und begründet ihn mit demselben, wenn auch gewendeten Argument: Ein von ihm selbst für 'islamisch' erklärtes Wertesystem soll gegen die angeblich nur in der christlich-jüdischen Kultur verankerte Demokratie in den Heiligen Krieg ziehen. Die Scharfmacher beider 'Kulturen' (von Zivilisationen mag man in diesem Zusammenhang noch weniger sprechen) bescheinigen sich mit ihren symmetrischen Feindbildkonstruktionen gegenseitig ihre Satisfaktionsfähigkeit.

## 'Glaubenskrieg' als ideologischer Firnis reiner Machtpolitik

Nicht erst der Golfkrieg, sondern bereits die Vertreibung der Palästinenser aus Palästina leitete eine moderne Phase der Kreuzzüge und des Heiligen Krieges ein, die weiterhin andauert. Mit seinen antijüdischen Quellen anknüpfen-

den Gebietsansprüchen hatte auch Israel seinem Konflikt mit den Arabern die Ideologie eines Religionskrieges gegeben - aus der ein Rückzug heute außerordentlich schwierig erscheint. Und mit dem seit dem Zusammenbruch des Ostblocks entstehenden, im Jugoslawienkonflikt bereits deutlich hervortretenden antimuslimischen Bündnis der 'christlichen' Völker scheint die Gefahr einer weiteren Eskalation vorgegeben. Sie ist um so größer, als sich dieselbe Grundfi-

**Der Islam besitzt eher als das Judentum und die Christenheit eine aus den heiligen Quellen ableitbare Prädisposition für demokratische Bewegungsformen der Gesellschaft.**

gur auch im Tschetschenienkonflikt wiedererkennen läßt.

Die erst im letzten Jahrzehnt einsetzende Demokratiedebatte trägt bei allen Konfliktparteien ebenfalls Züge eines Glaubenskrieges. Denn entgegen den Beteuerungen Huntingtons und der Islamisten besitzt eher der Islam als das Judentum und die Christenheit eine aus den heiligen Quellen ableitbare Prädisposition für demokratische Bewegungsformen der Gesellschaft. Aber weder bemühen sich die Islamisten um die Entfaltung dieser demokratischen Prädispositionen, noch hat es der Westen bislang für nötig befunden, die Demokratiebewegungen im islamischen Raum ernst zu nehmen oder gar zu unterstützen. Der 'Glaubenskrieg' entpuppt sich als dünner ideologischer Firnis reiner Machtpolitik, die von Seiten des Westens wie zur Zeit der Kreuzzüge vor allem um die Kontrolle von Ressourcen zentriert ist. Erst jüngst und mit wenig Nachdruck - darauf wird noch ausführlicher einzugehen sein -

wird von den juristischen Ansprechpartnern im islamischen Raum auch die Herstellung demokratischer Mindeststandards verlangt. Mit der Etablierung des westlich dominierten Weltmarkts, aber auch durch die im Golfkrieg von beiden Seiten benutzten Waffensysteme, beginnt der juristische und militärische Besitz von Territorien an Bedeutung zu verlieren. Allein aus diesem Grunde kann sich das 'Christentum' - als bisheriger Sieger im Ressourcenstreit - aus dem Streit um die Besitzrechte an der heiligen Stadt Jerusalem heute vornehm heraushalten.

## Islamismus oder demokratische und soziale Entwicklung

Der eigentliche Konflikt zwischen Okzident und Orient wird dem Alltagsverstand zwar als Wertekonflikt dargestellt, ist aber relativ leicht als ökonomischer Konflikterkennbar. Nach dem Ende der vom Ostblockinspirierten Experimente ökonomischer Unabhängigkeit müssen die Eliten der islamischen Welt ihre eigene Rolle in der nun weltweit freien Marktwirtschaft neu definieren - dies ist der Hintergrund des im letzten Jahrzehnt anwachsenden Phänomens des Islamismus. Dem objektiv vorgegebenen Wertesystem gegenüber bestehen kaum Spielräume. Diese scheinen nur noch durch die Aufstellung bestimmter ordnungspolitischer Regeln nach innen erschließbar zu sein: eine Festigung der sich vielerorts bereits in Auflösung befindlichen sozialen Hierarchien sowie des möglichst umfassenden Ausschlusses der Frauen von der Erwerbsarbeit. Diese Ziele lassen sich mit demokratischen Spielregeln nicht vereinbaren. Daher rührt die eigenartige Ambivalenz des Islamismus: er hat keine Schwierigkeiten, das Prinzip der westlich geführten Marktwirtschaft anzuerkennen, will den eigenen Völkern aber die Fairnisbedingungen der juristischen Gleichheit und der freien politischen und

gewerkschaftlichen Organisationsformen vorenthalten.

Die überall in der islamischen Welt entstandenen aufgeklärten Schichten regieren auf diese Entwicklung mit Demokratiebewegungen. Bei den unaufgeklärten Massen kann sich der Islamismus dagegen vielerorts noch als neue Befreiungsbewegung durchsetzen, die mit der Verwirklichung ihrer Definition von islamischer Gesellschaft demagogisch ökonomischen Fortschritt verheißt. In Prozessen faschistoider Massenmanipulation wird die Demokratie und Liberalität des Westens zwar denunziert, in Wirklichkeit aber vor allem gegen die eigenen Demokratiebewegungen mobilisiert. Und auch die in diesen Prozessen organisierte Gewalt richtet sich in erster Linie gegen die eigenen Demokratiebewegungen. In Form von Terrorismus erreicht sie zuweilen aber auch die westliche Welt und scheint das ideologische Bild des von seiner Natur her gewalttätigen Islam zu bestätigen.

Auch unter der Annahme, daß angesichts der gegenwärtigen Machtkonstellationen weder innerhalb der islamischen Gesellschaften noch zwischen Okzident und Orient die rasche Herstellung ökonomischer Gerechtigkeit oder auch nur ökonomischer Vernunft möglich ist, macht die Dekonstruktion der ideologischen Seite des Konflikts Sinn. Ihr Ziel muß die Stärkung der demokratischen Potentiale auf beiden Seiten sowie die Errichtung internationaler Bündnisse demokratischer Bewegungen sein. Freilich reicht das Bemühen um die Ausweitung demokratischer Bewegungsformen allein nicht aus, es muß mit dem Bemühen schrittweiser Verbesserung der Lebensverhältnisse in der islamischen Welt deutlich verbunden sein: Die sich universell durchsetzenden Marktbeziehungen können nur dann sozial ausgestaltet werden, wenn in den muslimischen Ländern einerseits und zwischen ihnen und dem Westen ein 'Verhandlungskrieg' um Ausmaß und Charakter der Marktbeziehungen zustandekommt. Der ökonomische Inhalt dieses Verhandlungskrieges wären die Begrenzungen, die dem Welthandelsliberalismus aufzuerlegen sind, damit die muslimischen Länder überhaupt einen Spielraum zur Errichtung sozialer Marktwirtschaften erlangen. Der von mir mit vielen Skrupeln gewählte Begriff des Verhandlungskrieges soll einerseits auf das enorme Gewicht des Konfliktpotentials verweisen, zum anderen aber die Perspektive von der Gewalt zum Politischen hin verlagern.

## Islamische Zugänge zur Demokratie

Im Westen, aber auch in der ehemaligen Sowjetunion wurde der Islam oft als Basis einer stagnierenden Kultur dargestellt, die Aufklärung, Fortschrittsprinzip und Moderne nur von außen empfangen konnte und unfähig blieb, diese Werte kreativ umzusetzen. Dieses Argument ist historisch leicht zu entkräften, da im Mittelalter Aufklärung und Innovationsgeist eher im islamischen als im christlichen Kulturraum anzutreffen waren. Damals war auch die aufgeklärte jüdische Philosophie mit dem arabischen und nicht mit dem christlichen Denken verbunden. Weil die modernen Formen der Demokratie aber wiederum im christlichen Raum entstanden und in der islamischen Welt bislang weniger historische Konkretisierungen erfahren haben, will ich mich hier mit dem westlichen Vorwurf der prinzipiellen Demokratieunfähigkeit des Islam auseinandersetzen, die - wie oben bereits angedeutet - vom modernen Islamismus implizit und explizit bestätigt zu werden scheint. Der Westen wiederum blendet historisch seine Kolonisierung der islamischen Welten aus: weder der englische noch der französische Imperialismus, der 'zu Hause' die allmähliche Entwicklung von Demokratie zuließ, etablierte für 'seine' Muslime in den Kolonien allgemeines Wahlrecht oder Assoziationsfreiheit. So konnten die islamischen Völker in den letzten Jahrhunderten weder eigene Formen von Demokratie entwickeln noch am entstehenden Modell der westlichen Demokratie partizipieren.

Die islamische Dogmatik enthält aber zumindest zwei mögliche Quellen zur Demokratie, die theoretisch auch praktizierenden Muslimen den Zugang zu ihr eröffnen können. Zunächst wäre hier der radikale Monotheismus zu nennen, der jeglichen Übergang des Göttlichen auf den Menschen ausschließt: auch der Prophet war ganz Mensch. (Aus diesem Grunde herrscht auch Unsicherheit um die korrekte Wiedergabe einiger Verse der von ihm empfangenen und mündlich weitergegebenen Offenbarung.) Weder ein einzelner Mensch noch eine Menschengruppe darf sich deshalb nach islamischer Dogmatik vollends im Besitz der göttlichen Wahrheit fühlen. Dieser kann man sich nur durch Studium und Interpretation annähern, das Ergebnis muß vom Prinzip her aber offen und damit auch revidierbar bleiben.

Historisch haben sich islamische Herrscher - nicht anders als Papst und Kaiser im christlichen Mittelalter sowie moderne Diktatoren - aber oft als Alleinverwalter des göttlichen Willens, beziehungsweise absoluter Vernunft, dargestellt. Und die modernen Demagogen des Islamismus behaupten, den göttlichen Weltplan nicht nur zu kennen, sondern auch politisch durchsetzen zu können. Ayatollah Mesbah Yazdi aus dem Iran nimmt die absolute Souveränität Gottes zum Argument, um die Menschen auf die Einhaltung der im Koran fixierten Gesetze zu verpflichten. Dabei setzt er als selbstverständlich voraus, daß Rechtsgelehrte und Regierung diese Gesetze hundertprozentig verstehen und korrekt in die Praxis umsetzen können. Nassir El-Din El Assad, Menschenrechtsphilosoph aus Jordanien erschließt aus der absoluten Souveränität Gottes dagegen geradezu eine Verpflichtung der Muslime zur Errichtung einer alle einschließenden demokratischen Kultur. Er verweist darauf, daß selbst der Prophet seine weltliche Autorität nicht von Gott empfangen habe, sondern sie mehrmals durch Treueschwüre seiner Anhänger - übrigens auch der Frauen - bekräftigen lassen mußte. Wenn in der späteren muslimischen Geschichte Demokratie kaum institutionalisiert gewesen sei, stünde die Religion dennoch dem demokratischen Prinzip keineswegs entgegen, sondern fordere es geradezu heraus.<sup>1</sup>

## Der Umgang mit Minderheiten

Ein weiterer Bestandteil islamischer Dogmatik, der den Muslimen die Errichtung moderner Demokratien erleichtern kann, sind die Gesetze des Minderheitenschutzes. Während der Westen bis ins 16. Jahrhundert keinen institutionalisierten Minderheitenschutz kannte und Menschengruppen, die sich der Religion der Herrscher nicht anschließen wollten, vernichtete oder zur Umsiedlung zwang, enthält bereits der Koran ein System des Schutzes von Minderheiten. Er gibt ihnen zwar ein niedrigeres Rechtsstatut als den Muslimen, garantiert aber die kollektive Ausübung von Religion, Sprache, Schrift und Bräuchen. Nicht fixiert sind freilich die individuellen Freiheitsrechte.

Der Westen hat versucht, die Minderheitenfrage durch Assimilation und die Anerkennung der Individualrechte zu lösen. Im konsensual organisierten Nationalstaat besteht aber die Tendenz, daß

die Interessen der Mehrheiten die der Minderheiten erdrücken. Eine Verbindung des westlichen Prinzips der Rechtsgleichheit der Individuen mit dem islamischen Prinzip kollektiv wahrnehmbarer Minderheitenrechte brächte beiden Kulturen einen echten demokratischen Fortschritt. Hier liegen auch die Anknüpfungspunkte, die dem nach Francos Tod demokratisierten Spanien die fortschreitende Aneignung des andalusischen Erbes möglich gemacht haben.

Der Minderheitenschutz, der auf der Anerkennung von christlichem und jüdischem Glauben als Vorformen des eigenen Glaubens durch die Muslime beruht, ist in den Glanzepochen der islamischen Zivilisationen auch historisch zum Tragen gekommen. Er hat Christen und Juden bereits im Mittelalter den Zugang zu hohen Staatsämtern ermöglicht - eine Praxis, die bis heute in Ländern wie Syrien, dem Irak, aber auch in Ägypten und unter Palästinensern weiter besteht. Allerdings lassen sich aus der alten und der jüngeren Geschichte auch viele Beispiele der Verfolgung und Ausmerzungen von Minderheiten durch islamische Regimes aufzählen. Auch die seit zwei Jahren bestehende ultimative Aufforderung der islamistischen Guerilla in Algerien, daß alle Ausländer das Land zu verlassen hätten und die zahlreichen dort an Ausländern verübten Morde stehen zwar in gewissen historischen Traditionen, aber im Gegensatz zur islamischen Dogmatik.

### Aufstieg des Islamismus

Natürlich steht die Frage, weshalb die zur Toleranz verpflichtete islamische Dogmatik sich gegenwärtig so wenig Gehör verschafft und weshalb vielmehr der intolerante, einen neuen Totalitarismus heraufbeschwörende Islamismus die Meinungsführerschaft an sich gerissen zu haben scheint. Dazu ist zu sagen, daß die nach der juristischen Unabhängigkeit der islamischen Länder an die Macht gekommenen Regimes in der Regel Einparteiensysteme oder Scheinparlamente errichteten und die islamischen Rechtsgelehrten für den Erhalt dieser Systeme instrumentalisierten. Diese scheiterten in der Auseinandersetzung mit Israel und dem Westen nicht nur militärisch, sondern eben auch ökonomisch. Mit ihrer zunehmenden Delegitimierung sank auch die Autorität der mit den jeweiligen Regimes verbundenen Rechtsgelehrten, die die Dogmatik des Islam im Westen nicht näher standen als die

heutigen Islamisten und sich teilweise auch in stiller Opposition zu den Regierenden befunden haben mögen.

Daß ihr Einfluß im Zuge der sozialen Korrosion schwand und durch den einer neuen, islamistischen Geistlichkeit ersetzt wurde, beruhte freilich auch auf massiven externen Einflüssen. In stiller oder auch offener Komplizenschaft mit dem Westen gewannen die finanzstarken, aber erkonservativen Regimes am Golf enormes Gewicht sowohl im asiatischen als auch im afrikanischen Islam. Daher wurden die absehbaren sozialen Rebellionen bald weder von linken noch von demokratischen Kräften angeführt, sondern von islamistischen Tendenzen. Diese traten freilich selten als Verfechter offener Machterweiterung der Golfstaaten auf, deren Regimes in der islamischen Welt zutiefst unbeliebt sind. Die von den Golfstaaten weltweit an die religiösen Assoziationen vergebenen Gelder kamen und kommen eher dem politi-

**Der eigentliche Konflikt zwischen Okzident und Orient wird als Wertekonflikt dargestellt, ist aber als ökonomischer Konflikt erkennbar.**

schen Comeback von Überresten der alten Feudalklassen zugute. Diese wiederum konnten es sich politisch nicht leisten, selbst die Führung zu übernehmen, sondern überließen die politische Bühne Sozialrebellen. Obwohl ihr Diskurs ganz in der Religion verwurzelt zu sein schien, waren die „Gründer und Ideologen des Islamismus zwar immer fromme Muslime, meistens jedoch nicht Geistliche, die eine traditionelle islamische Ausbildung hinter sich hatten. (Der Ägypter) Hassan al-Banna war Lehrer in Staatsdiensten, (der Pakistaner) Maududi Journalist, ebenso (der Ägypter) Sayyid Qutb. (Der Algerier) Abassi Madani war Lehrer und Doktor in den Erziehungswissenschaften der Universität London, der Tunesier Ghanuschi Philosophieprofessor an staatlichen Gymnasien, Hassan at-Turabi Doktor der Universität von London und Paris. Auf der Ebene der gehobenen Kadern findet man ... überwiegend Studenten der Chemie oder Ingenieurwissenschaften und andere Absolventen der naturwissenschaftlichen Fakultäten. ... Es han-

delt sich jedenfalls um Menschen, die nicht die ganze Komplexität der Gotteswissenschaften des Islams überschauen oder gar beherrschen.“<sup>2</sup>

Bei der sogenannten Reislamisierung geht es vor allem um die Zurückdrängung der nach der Unabhängigkeit errichteten gesellschaftlichen Solidarsysteme und der mittlerweile auch in der islamischen Welt aufgekeimten republikanischen Werte. Diese relativ jungen, zu meist auch nur in Ansätzen errichteten gesellschaftlichen Solidarsysteme wie Krankenkassen und Rentensystem verloren wegen der wachsenden Finanznot rasch wieder an Bedeutung und wurden durch die von den Golfstaaten ermöglichten karitativen Werke der Moscheen ersetzt. Und diese paradigmatische Schwächung gesellschaftlicher Vernetzungen und individueller Autonomie vollzog sich auch in der Familie. Das Wachstum des Arbeitsmarktes blieb hinter dem Bevölkerungswachstum weit zurück: der Clan mit seiner patriarchal-hierarchischen Struktur wurde wieder zum wesentlichen Garanten individuellen Existierens.

### Kernfrage Frauenemanzipation

Solche Lebensrealitäten waren Hintergrund und zugleich Motor der Reislamisierung, deren ideologisches Hauptkampfgebiet nicht zufällig die Frage der im Westen meist kulturalistisch interpretierten - Frauenemanzipation ist. In Wirklichkeit geht es um die Zurückweisung des Anspruchs der Frauen auf gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt, der von der zunehmenden Zahl arbeitsloser junger Männer als unerträgliche Konkurrenz empfunden wird. Im Gegenzug erklären die Frauen- und Demokratiebewegungen den Kampf um die umfassende Gleichberechtigung der Frauen zur Kernfrage der Demokratisierung in der islamischen Welt überhaupt. Gerade in der Frage der Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist aber auch die strukturelle Verwandtschaft der gesellschaftlichen und ökonomischen Grundprobleme in Orient und Okzident nachzuvollziehen. Und hinter den sowohl mit negativen als auch mit positiven Vorzeichen betriebenen kulturalistischen Ideologisierung dieser Vorgänge ist eine weltweite fundamentalistische Offensive des Patriarchats zu erkennen.

Wie viel die Errichtung multikultureller demokratischer Perspektiven zu lei-

sten hätte, wird ersichtlich, wenn man sich das Bild vergegenwärtigt, das der Westen heute den großen Mehrheiten im islamischen Raum von sich selbst vermittelt. Neben seiner vielerorts offen zu Tage liegenden ökonomischen und militärischen Herrschaft gaukelt das Fernsehen eine scheinbar entproblematisierte Welt des Konsums und der hedonistischen Vergnügungen vor. Daß die hier dargebotene Rolle der Frau von den Islamisten leicht zur Verteufelung des Westens - und der Liberalisierung überhaupt - instrumentalisiert werden kann, liegt ebenfalls auf der Hand.

Nicht erst mittelfristig, sondern schon heute schadet es den islamischen Gesellschaften und dem Westen, daß dieser sich der anderen Welt nur militärisch und medienpolitisch als Hyperkonsumgesellschaft präsentiert, die republikanischen Werte aber höchstens verbal, selten aktiv vertritt.

### Der Nahost-Friedensprozeß

Daß es für ein Umkehren dieser Tendenz schnell zu spät sein kann, zeigen die

unsicheren Erfolgsaussichten des Friedensprozesses im Nahen Osten. Die Rücknahme der von Israel betriebenen und vom Westen viel zu lange gestützten Politik religiös begründeter Landnahme ist einem Großteil der eigenen Bevölkerung unverständlich. Und im palästinensischen Lager hat diese Politik das Anwachsen spiegelbildlicher Vorstellungen gestärkt, die ebenfalls von einem religiös begründeten Besitzrecht auf den gesamten Landstrich ausgehen. Obwohl sie die einzig realistische Aussicht auf Frieden bringt, scheint die von Perez und Rabin auf der einen und von Arafat auf der anderen Seite eingeleitete Wende für zu viele Menschen einen unakzeptablen Kompromißcharakter zu tragen. Insbesondere die palästinensische Seite muß - im Interesse eines zukünftig vielleicht möglichen allmählichen Ausgleichs - alle Vorstellungen einer gerechten Lösung im eigenen Lager zunächst enttäuschen.

In Bezugnahme auf das hier angesprochene Demokratieproblem sei jedoch hinzugefügt, daß gerade dieser Friedensprozeß vor allem durch geduldige Aktivität demokratischer Kräfte auf

beiden Seiten vorbereitet worden ist. Der von deutschen Linken oft verächtlich gebrauchte oder ganz abgelehnte Begriff der Zivilgesellschaft muß hier erwähnt werden. Die wenigen geistigen Brücken, die zwischen Juden und Palästinensern heute existieren, sind von israelischen und palästinensischen Assoziationen und in ihrem Umkreis tätigen Künstlern und Intellektuellen errichtet worden. Und schließlich ist auf folgende Dialektik der Geschichte hinzuweisen: ausgerechnet die israelische Besatzung versetzte die palästinensische Gesellschaft in die Lage, von umfassenderen Assoziationsrechten profitieren zu können als sie in der islamischen Welt bislang herrschten. Daß die Bildung einer palästinensischen Zivilgesellschaft der Bildung des Staates historisch vorausging, könnte eine Zukunftshoffnung darstellen.

1 Ayatollah Mesbah Yazdi: Die Grundlagen der Menschenrechte aus der Sicht des Westens und des Islam, Nassir El-Din El-Assad: Politik auf der Grundlage göttlicher Autorität, in: Menschenbilder, Menschenrechte, Islam und Okzident: Kulturen im Konflikt, Zürich 1994.  
2 Arnold Hottinger: Islamischer Fundamentalismus, Paderborn, München 1993, S.30.

Daß es einen »Fall Heidegger«, aber keinen »Fall Gadamer« gab, liegt auch an dem, was man den »Fall Bundesrepublik« nennen könnte



Gadamer scheint über jeden Verdacht nazistischer Kompromittierung erhaben: als politischer Unbescholtener 1945 von den Sowjets zum Rektor der Universität Leipzig ernannt und heute von der FAZ als »erfolgreichster Philosoph der Bundesrepublik« gefeiert ... aber sein Wirken war auch ein Mitwirken.

Cyborgs oder Monster? Die Folgen der technowissenschaftlichen Forschung sind nicht absehbar



Immer neue Publikationen verkünden Heilsbotschaften einer besseren Welt oder malen deren Horrorvisionen. Donna Haraway schreibt über immer »befremdlichere« Forschungsergebnisse zum Thema »Was der Mensch alles kann« und über die Faszination und die Angst vor den Folgen technowissenschaftlicher Forschung.

Mit der Postmoderne gingen alle Sicherheiten über Bord und alle Prinzipien, nach denen im Westen gelebt wurde, gerieten in die Krise



Bauman untersucht die philosophischen, soziologischen und politischen Wurzeln der Postmoderne, diskutiert die Rolle der Intellektuellen in einer »Welt schwindender Selbstverständlichkeiten und analysiert den Zusammenbruch der kommunistischen Staaten.

Im Buchhandel oder ab die Post an:  
Argument Vertrieb, Reichenberger Straße  
150, 10999 Berlin. Fax: 030 / 611 42 70  
Wir versenden per Rechnung zzgl. 4,- DM  
Versand; ab 70,- DM Bestellwert kommen  
die Bücher frei ins Haus!

#### Bestellabschnitt

- \_\_\_ Ex. "Platonische Gewalt"
- \_\_\_ Ex. "Monströse Versprechen"
- \_\_\_ Ex. "Ansichten der Postmoderne"

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_



# Das Mittelmeer - eine Randnotiz der europäischen Politik?

von Heiko Kretschmer\*

Mittelmeerpolitik ist zum Thema geworden in Europa. Der EU-Gipfel in Essen 1994 hat auf Wunsch der EU-Mittelmeer-Anrainer das Engagement im Mittelmeerraum auf die Tagesordnung gesetzt und damit neben Mittel- und Osteuropa (MOE) eine zweite Region besonderen Interesses definiert. Damit scheint zunächst einmal für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU eine Kompromißlinie gefunden worden zu sein. Während die Bundesrepublik, Österreich und die skandinavischen Staaten an einer engeren Kooperation mit den MOE-Staaten interessiert sind, legen die südlichen EU-Mitglieder ihr Augenmerk auf die nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten.

Besonders spiegelt sich dieser Gegensatz in der deutsch-französischen Achse innerhalb der EU wieder. Die Bundesregierung sieht die kommenden Absatzmärkte im Osten. Das niedrige Lohnniveau und die niedrigen Umwelt- und Sozialstandards lassen MOE in die Standortkonkurrenz mit der Bundesrepublik treten. Viele Unternehmen nutzen diese Gelegenheit, ihre Produktion ganz oder teilweise auszulagern. Neben diesen unmittelbaren ökonomischen Fragestellungen spielen aber auch eine Reihe sicherheitspolitischer Überlegungen eine Rolle. Die Osterweiterung der NATO, der Aufbau einer neuen Grenzlinie hin zu Rußland und den Staaten der GUS, steht dabei im Zentrum der Überlegungen. Die französische Regierung steht dem relativ gelassen gegenüber. Die Osterweiterung der NATO ist kein prioritäres Thema ihrer Außenpolitik.

## Krisenerscheinungen im Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum ist in den vergangenen Jahrtausenden immer ein Spiegel der kulturellen Entwicklung gewesen. Bis zum Beginn der Kolonialzeit stand das Mittelmeer im Zentrum der

europäischen Zivilisation. Erst mit der territorialen Expansion europäischer Mächte auf neue Kontinente verlor das Mittelmeer die Bedeutung als Handelszentrum. Mit dem Einsetzen der ersten industriellen Revolution wurden dann insbesondere die südlichen Anrainerstaaten von der sozialen und ökonomischen Entwicklung in Europa abgehängt. Heute stellt sich das Mittelmeer als eine unterentwickelte Region da, deren südliche und östliche (ausgenommen Israel) Anrainer sogenannte Drittweltländer sind. Ökonomisch wie ökologisch wird diese Region bis auf das letzte ausgebeutet. So ist das Mittelmeer neben der Ostsee das am meisten verschmutzte Meer weltweit.

Dies produziert eine Vielzahl Krisen in der Region. Gelang es im Zuge der Demokratisierungsprozesse vieler europäischer Anrainer in den 70er und 80er Jahren (Griechenland, Spanien, Portugal), diese - mit Abstrichen - an der europäischen Entwicklung teilhaben zu lassen, so ist dies heute schon für die Staaten des ehemaligen Jugoslawien nicht mehr der Fall. Hier weiß sich „Europa“ nur noch mit der Renationalisierung und Militarisierung der eigenen Außenpolitik zu helfen, statt rechtzeitig durch gezielte Unterstützungsleistungen den Ängsten vor sozialer Deklassierung in Jugoslawien entgegenzutreten. Weitere Krisenherde schließen sich direkt an den Balkan an: Türkei-Kurdistan, Naher Osten, Ägypten<sup>1</sup>, Algerien, Marokko/Westsahara<sup>2</sup>. Überall spielen die in Europa gefürchteten religiös-islamistischen Bewegungen eine wichtige Rolle, doch sind sie auch aller Orten eine Folge der sozialen Unzufriedenheit sowie der ökonomischen und gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit gerade der jungen Generation.

## Das mediterrane „Sicherheitsproblem“ der Europäer

In der Mittelmeerregion treffen unterschiedliche ökonomische und gesell-

schaftliche Strukturen aufeinander. Die religiösen und kulturellen Hintergründe sind sehr unterschiedlich. Die sozialen Realitäten klaffen erheblich auseinander. Dabei erweist sich nicht nur das soziale Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Südanrainern, sondern auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften als sozialer Sprengstoff. Gerade in den arabischen Ländern ist die Schere zwischen arm und reich besonders groß. Die daraus resultierenden Spannungen und Migrationsbewegungen werden in der Festung Europa als Bedrohung wahrgenommen.

Samuel Huntington, immerhin einer der wichtigsten außenpolitischen Berater der letzten republikanischen US-Präsidenten, versuchte daraus gar einen „Clash of Civilizations“ zu konstruieren. Huntington skizziert sieben verschiedene Zivilisationen, die weltweit um Vorherrschaft ringen. Insbesondere entlang der Grenzen zwischen diesen Zivilisationen sieht er große Konfliktpotentiale. Seiner Weltkarte folgend treffen am Mittelmeer die (christlich-)westliche (Israel umschließende), die slawisch-orthodoxe und die islamische Zivilisation aufeinander. Da einzig die westliche Lebensweise ein entsprechend entwickeltes Wertesystem habe und ökonomisch leistungsfähig sei, stelle diese Konstellation ein erhebliches Bedrohungspotential dar, das sich auf im ehemaligen Jugoslawien und im Nahen Osten bereits kriegerisch entladen habe. Obwohl solche Sichtweisen den Charakter einer self-fulfilling prophecy haben und lediglich neue Feindbilder produzieren, herrscht offenkundig genau diese Problemsicht innerhalb der EU vor.

Die europäischen Regierungen haben den mediterranen Raum völlig auf sicherheitspolitische Überlegungen reduziert. Ziel ist es, den Einfluß islamistischer Kräfte notfalls gewalttätig zurückzudrängen und die Migration aus den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres zu reduzieren. Dabei spielen sozial- und wirtschaftspolitische Gründe weniger eine Rolle. Zynische, aber wohl zutreffende Kommentare stellen fest,

daß das 10 Mrd. Ecu-Programm der EU für den Mittelmeerraum nur ausreicht, um die Eliten der betreffenden Staaten zu bestechen, damit diese die europäische Politik unterstützen. Bereits seit den 80er Jahren versuchen eben jene Eliten durch moderate, aber kontrollierte Transformationsprozesse (beschränkte Demokratisierung, Aufbau bestimmter zivilgesellschaftlicher Institutionen, Privatisierung etc.) den notwendigen Wandel in ihren Staaten nur soweit zuzulassen, als er ihre Machtpositionen nicht schwächt. Die Vorhaben der EU werden letztlich diesen Prozeß untermauern und damit eine Demokratisierung und Entwicklung der entsprechenden Gesellschaften nicht voranbringen.

Besonders deutlich wird dies gegenwärtig an der französischen Politik. Die Übernahme der Macht durch die algerischen Militärs und der andauernde Bürgerkrieg der Regierung gegen das eigene Volk haben aus dem algerischen Pulverfaß eine Bühne der Gewalt gemacht. Frankreich ist nicht erst mit der Serie von Terroranschlägen in diesen Konflikt involviert worden. Die französische Außenpolitik unterstützt die algerische Regierung direkt. Die Angst vor den Islamisten treibt Frankreich immer tiefer in die Unterstützung des staatlichen Terrors in Algerien. Ganz offen wird dabei eingestanden, daß sich die französische Regierung erhofft, mittels repressiver Instrumente die Islamisten von der Macht abhalten zu können. Darin schwingt die Hoffnung mit, daß sich irgendwann die ökonomische Lage verbessern wird und damit auch der Druck in Algerien geringer wird. Diese Strategie ist allerdings schon in Ägypten gescheitert. Eine Politik, die die Islamisten in das parlamentarische System einzubinden versucht, kann viel eher erreichen, daß sich die gemäßigten Kräfte innerhalb der islamistischen Bewegungen durchsetzen. Der vom König kontrollierte Parlamentarismus in Jordanien hat genau dies erreicht. Die Initiative von Rom, in der sich alle politischen Oppositionskräfte Algeriens zusammenfanden, wurde dennoch in Europa nicht aufgegriffen. Dabei bekennt sich darin sogar die islamistische FIS zu demokratischen Grundprinzipien und Meinungsfreiheit.

Die EU mischt sich in eine Region ein, die bislang als unkontrollierte Handlungszone der ehemaligen Kolonialmächte (Frankreich, Spanien/Portugal in Nordafrika sowie Frankreich, Großbritannien im Nahen Osten) und stärker



In Griechenland 3. Foto: Stephan Hoppe

noch der USA (v.a. im Nahen Osten) galt. Im Nahen Osten war es über Jahrzehnte hinweg sogar ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Außenpolitik, sich der US-Politik nach- und unterzuordnen; eine Tatsache, die die Stellung Israels in der Region erheblich stärkte. So waren es denn auch die arabischen Staaten, die wiederholt versuchten, Europas Engagement einzufordern. Versuche der maltesischen Sozialistischen Arbeiterpartei, spezielle Institutionen des Mittelmeerraumes zu etablieren, stießen in diesem Kontext auch auf wenig Resonanz.

Erst als sich Mitte der achtziger Jahre die europäische Öffentlichkeit mehr und mehr des Ökologie-Themas annahm, wurde die Region wieder in das Bewußtsein einiger gerufen. Die erste Umweltkonferenz in Athen war die erste Veranstaltung, an der alle Anrainerstaaten (arabische Staaten und Israel) teilnahmen. 1990 unternahm dann Spanien einen weiteren Vorstoß, eine Institutionalisierung der Region voranzubringen und gleichzeitig in der Zeit des Umbruchs und der Veränderung strategischer Interessenlagen in der Region neue politische Prozesse in Gang zu set-

**Z.****ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG**

6. Jahrgang, Nr. 24,  
Dezember 1995, 200 Seiten

**Schwerpunkt:****Klassen und Klassentheorie heute (I)**

Neubert - Macht und Klassen/  
Kergoat - Klassenkampf/Dähne -  
Sozialstruktur Ostdeutschlands

**Marx und Engels**

Gutiérrez - Differenzen?/Griese -  
Naturwissenschaften/Fornet-  
Betancourt - Positivismus und  
Marxismus in Lateinamerika

Und: Seppmann - Historisch-  
kritisches Wörterbuch des Mar-  
xismus/Förster - Aufklärungs-  
philosophie/Sylver - Imperialis-  
mustheorie/Bleiber - Nationale  
Frage/Frech - Arbeitszeit-  
verkürzung

**Linke Politikansätze in D.:**  
Wehr - Lage der SPD/Hüttner -  
Autonomie

**Dazu:** Tagungsberichte aus Paris,  
Wuppertal, Frankfurt/M. und 40  
Seiten Buchbesprechungen zu  
Sozialstrukturanalysen, Faschis-  
mus, Deutsche Bank, Kritische  
Theorie, Umweltforschung, Prag  
68 und Wende-Analysen

**Einzelpreis:** 18,- DM (zzgl. Ver-  
sand); **im Abo:** 54,- DM (4 Hefte  
pro Jahr inkl. Versand)  
**Bezug:** über den Buchhandel  
(ISSN 0940-0648) oder direkt:  
**Z-Vertrieb, Kölner-Str. 66**  
**60327 Frankfurt/Main**  
**Tel. 069/739 29 34**

zen. Felipe González unterbreitete den Vorschlag, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) einzuberufen.

Diese Tatsache zeigt, daß zumindest die EU-Mittelmeeranrainer die Problemlagen ihres Raumes erkannt haben. Die Lösungsvorschläge sind jedoch nicht sehr weitreichend. Von einer gemeinsamen Nord-Süd-Allianz, in der das Mittelmeer zu einem Ort besonders nachhaltiger Entwicklung wird, ist nichts zu erfahren. Selbst die mit relativ einfachen und finanziell begrenzten Mitteln ökologische Entlastung des Meeres wird nicht gezielt in Angriff genommen.

**Die Mittelmeerkonferenz der EU - eine Chance für die Region?**

Einen ersten Eckpfeiler für die kommende Kooperation wird zweifelsohne die spanische Präsidentschaft setzen können. So lädt Felipe González die Regierungschefs der Anrainerstaaten und der EU zu einer Euromediterranean Conference am 27./28. November 1995 nach Barcelona ein. Diese Abschiedsveranstaltung des spanischen Ministerpräsidenten kann u.U. wirklich erstmals eine Abstimmung der Mittelmeerpolitik der EU-Staaten und eine koordinierte Kooperation zwischen EU und Mittelmeeranrainern ermöglichen.

Ziel dieser Konferenz ist es, 1996 eine neue Partnerschaft zwischen der EU und den anderen mediterranen Anrainern zu etablieren. Dabei überwiegt bei der EU die Vorstellung, eine "Zone der politischen Stabilität und der Sicherheit" errichten zu können. Für die Haushaltsperiode 1995 bis einschließlich 1998 sind hierfür vom Ministerrat 5,5 Mrd. Ecu eingestellt worden, die progressiv gestaffelt werden sollen, so daß 1998 1,8 Mrd. Ecu zur Verfügung stehen. Das gesamte Programm soll drei politische und finanzielle Schwerpunkte haben: Förderung der wirtschaftlichen Umgestaltung, Förderung eines ausgewogeneren wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts sowie die Förderung der regionalen Integration. Als Aufgaben der wirtschaftlichen Umgestaltung sieht die EU die schrittweise Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010, die Dynamisierung des Privatsektors in den Mittelmeerländern durch industrielle Modernisierung und Schaf-

fung eines Ordnungsrahmens sowie eine Anpassung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Dies geht nach Auffassung der EU dann auch mit einer Verstärkung privater europäischer Investitionen in diesen Staaten einher. Wesentlich für die soziale und gesellschaftliche Angleichung im Mittelmeerraum erscheint es der EU-Kommission, zu Verbesserungen in den Bereichen der sozialen Infrastruktur, der Bildung, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und bei den Menschenrechten zu kommen. Hierbei betont die Kommission erfreulich offensiv, daß die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure von hoher Bedeutung ist. Dies wird allerdings gleichzeitig auch wieder relativiert, wenn die staatliche Kooperation bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des Drogenhandels, des Terrorismus und der internationalen Kriminalität eingefordert wird.

Ob die Konferenz in Barcelona jedoch ein Erfolg wird, scheint ungewiß. Einen umfassenden Durchbruch im mediterranen Dialog wird die Regierungskonferenz nicht darstellen, hat die spanische Regierung doch deutlich gemacht, daß sie Libyen nicht einladen wird. Damit wird das völkerrechtswidrige Embargo gegen Libyen<sup>4</sup>, das die US-Regierung im UN-Sicherheitsrat durchsetzte, auch in der europäischen Außenpolitik festgeschrieben. Mehr Hoffnungen lassen sich mit der ebenfalls in Barcelona stattfindenden NGO-Konferenz verbinden. Dort können wichtige Grundlagen für die weitere Intensivierung der NGO-Zusammenarbeit gelegt werden.

**Die Arbeit der NGOs - ein Gegengewicht?**

Der Mittelmeerregion kommt für eine fortschrittliche Politik eine entscheidende Rolle zu. Dazu muß in ausgesuchten Wachstumsfeldern eine auf nachhaltige Entwicklung der gesamten Region ausgerichtete Industrie- und Strukturpolitik umgesetzt werden. In den wichtigen Sektoren einer Industriegesellschaft, wie dies z.B. der Energiesektor ist, müssen die Staaten des Südens die einseitigen Abhängigkeiten überwinden und ökonomisch eigenständig handlungsfähige Regionen herausbilden. Voraussetzung für eine derartige Entwicklung sind jedoch veränderte Austauschbeziehungen zwischen Nord und Süd. Besondere Bedeutung erlangt dabei der Transfer von Know-how und

Technologie. Wobei nicht der bloßen Export von Industrieanlagen, sondern eine den regionalen Standortfaktoren (Qualifikationen, Ressourcen, ökologisches Umfeld) angepaßte zukunftsfähige Industrialisierung das Ziel sein muß. In einer solchen strategischen Allianzpolitik kommt dem Mittelmeerraum eine Kupplungsfunktion zu. Dort sind Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden. Der direkte territoriale Kontakt mit der EU sichert den ärmeren Mittelmeeranrainern zudem zumindest die Aufmerksamkeit der europäischen Staaten. Die arabischen Anrainerstaaten besitzen auch schon eine Vielzahl politisch-diplomatischer gemeinsamer Institutionen. Es sind also Ansätze vorhanden, um eine gemeinsame ökonomisch handlungsfähige Region der Südanrainer aufzubauen.

Es ist allerdings offensichtlich, daß die europäischen Regierungen gegenwärtig eine solche Allianzpolitik nicht unterstützen. Die Regierungen erscheinen angesichts der Schwierigkeiten, die allein schon die Zollunion mit der Türkei oder gar mit einigen Balkan-Staaten bereitet, nicht einmal in der Lage, die eigenen Vorhaben umzusetzen. Eine auf faireren Austauschbeziehungen aufbauende Kooperation ist daher Aufgabe für die politische Linke in Europa und den Mittelmeeranrainerstaaten, insbesondere auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen (NGO). Dies darf keine Einbahnstraße sein, sondern muß zu Veränderungen in allen Gesellschaften führen. Die linken Kräfte müssen sich über die Grundzüge einer solchen Allianzpolitik verständigen und dann zum Träger genau dieser Politik werden, um dies in den EU-Staaten zum Thema der politischen Auseinandersetzungen werden zu lassen. Hierbei kann an den alten Solidaritätsgedanken angeknüpft werden, können Soli-Projekte realisiert werden, die beispielsweise versuchen, jenseits gouvernementaler Strukturen einen Technologietransfer zu ermöglichen.

Ein weiterer Leitgedanke der NGO-Kooperation ist es, zivilgesellschaftliche Strukturen zu etablieren und auszubauen sowie ein gesellschaftliches Netzwerk von NGOs zu schaffen. Diese für uns selbstverständlichen Subjekte gesellschaftlicher Entwicklungen und Auseinandersetzungen sind insbesondere in den arabischen Staaten und der Türkei keineswegs so selbstverständlich. Wird dieser Prozeß jedoch als eine gemeinsame Aufgabe definiert, so kann er wichti-

ge Beiträge zur Demokratisierung (nicht nur zur Parlamentarisierung) und zur Pazifizierung der jeweiligen Gesellschaften beitragen.

Diese Erfahrung konnte auch bei existierenden Kooperationsvorhaben wie dem euro-arabischen Jugenddialog, der unter Schirmherrschaft des Europarates seit gut zwei Jahren unterschiedlichste Jugend-NGOs zusammenbringt, gemacht werden. Nachdem dieser Prozeß anfangs auf arabischer Seite von Organisationen<sup>5</sup> bestimmt wurde, die durch ihre Regierungsnähe auffielen, werden inzwischen interne Kontroversen transparent gemacht. Neue Organisationen sind auf den Plan getreten, die die Zusammenarbeit mit europäischen Gruppen suchen. Treibende Kraft in diesem Dialog ist die IUSY<sup>6</sup>. Sie ist die einzige in beiden Regionen verankerte Organisation und stellt somit vielfach eine Brücke interregionaler Kooperation dar<sup>7</sup>.

Mittlerweile hat dieser Dialog zur Gründung von Jugendräten in der Region angeregt, werden bi- und multilateral interregionale Projekte zwischen Umweltgruppen, Pfadfindern, partei-gebundenen Jugendorganisationen entwickelt. Ein Prozeß der Emanzipation der arabischen Gruppierungen hat eingesetzt.<sup>8</sup> Für europäische wie arabische Linke bildet diese Kooperation die einmalige Chance, wieder in vernetzten Strukturen denken und arbeiten zu können bzw. zu müssen. Dies ist letztlich eine Voraussetzung für den Aufbau eines eigenständigen interregionalen Netzwerkes, das wesentliche soziale und ökologische Problemstellungen zu bekämpfen versucht. Ein nächster Höhepunkt des Jugenddialoges wird die erste euro-arabische Jugendkonferenz, zu der der Generalsekretär des Europarates Daniel Tarschys nach Straßburg eingeladen hat, werden. Dort sollen Fragen des vernetzten Arbeitens, des solidarischen Austausches und der Sicherung der umfassenden Menschenrechte im Zentrum der Diskussionen stehen. Letztlich wird es auch dort von der Linken abhängen, ob daraus reale Initiativen erwachsen können.

- 1 Stehen sich in Ägypten doch Regierung und Islamisten in einem mit allen Terrormitteln geführten Kampf gegenüber.
- 2 Marokko verweigert - trotz eindeutiger UN-Beschlüsse und internationaler Abkommen - den Sahauris immer noch ihr Selbstbestimmungsrecht.
- 3 So z.B. in: "Verstärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Vorschläge für die Entwicklung einer Partnerschaft Europa - Mittel-

meer"; Kommission der Europäischen Gemeinschaft vom 8.3.95, COM(95) 72 endg.

- 4 Gemäß der internationalen Luftfahrtsabkommen wollte die libysche Regierung die mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter an eine neutrale Gerichtsinstanz ausliefern. Im Gespräch war hierfür die niederländische Justiz. Die USA bestanden jedoch auf einer Überstellung an die US-Justiz.
- 5 Wichtig waren hier insbesondere die syrische und die libysche Jugendorganisation. Da beide Staaten sich als wichtige Förderer des panarabischen Gedankens verstehen, sind sie auch der wichtigste Finanzier entsprechender regionaler Jugendorganisationen. Das Phänomen, Menschenrechtsverletzungen der eigenen Regierung zu verharmlosen, läßt sich auch bei anderen Organisationen (z.B. der ägyptischen NDP-Jugend, die erst dieses Jahr aus der IUSY ausgeschlossen wurde) beobachten.
- 6 International Union of Socialist Youth (Jugendorganisation der Sozialistischen Internationalen)
- 7 Auch auf Parteebene zeigt einzig die SI Interesse für den Nahen Osten und Nordafrika.
- 8 So verlieren z.B. syrische Organisationen zunehmend an Einfluß auf libanesische Sozialistinnen.

**Forum  
Recht**

**Rechtspolitische  
Magazin für Uni und  
soziale Bewegungen!**

Erscheint vierteljährlich

Einzelheft:

4,00 + 1,50 Mark Porto  
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1995

Schwerpunkt:

**Überdacht wohnen -  
Wohnungspolitik  
mit Aussicht**

- Wohnungsbaupolitik - Staat, Markt und mehr
- Ohne Wohnung - ohne Recht?
- Wohnungsbau versus Umweltschutz - ein Scheinkonflikt

Weitere Themen:

- Sammeljurium: Reform der „Sexualdelikte“ u. v. a.

Probe-Abo (ohne Verlängerung):  
3 Hefte für 10 DM  
Schein oder Scheck an:  
Recht & Billig Verlag  
Ermekeilstr. 32, 53113 Bonn



Mit diesem Heft beginnt spw eine Reihe über sozialistische TheoretikerInnen. Damit soll nach dem weltweiten Umbruch ein Beitrag geleistet werden zu einer historischen Sichtung und Wertung bisheriger sozialistischer Theorie. Es wird gefragt, was von dem Denken der hier vorgestellten Persönlichkeiten für eine neue Strategiebildung von Relevanz ist. Ausgehend von einem biographischen Einstieg soll ihr theoretisches Werk vorgestellt und in seiner aktuellen Bedeutung beleuchtet werden.

Wir beginnen - nicht zuletzt aus Anlaß seines 100. Todestages am 5. August 1995 - mit Friedrich Engels. Vorgesehen sind außerdem Beiträge über Karl Korsch, Georg Lukács, Alexandra Kollontai und Lelio Basso. Der Artikel zum Tode von Leo Kofler, der bereits in spw 85 erschienen ist, ordnet sich ebenfalls in diese Reihe ein. Die Serie kann auch über die vorgesehenen Beiträge hinaus fortgesetzt werden. Qualifizierte Artikelangebote aus den Reihen der LeserInnenschaft sind ausdrücklich erwünscht.

Die spw-Redaktion

# Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie

Friedrich Engels heute

von Walter Euchner\*

Am 5. 8. 95 erschien in der FAZ ein - bedenkt man die notorische Tendenz dieses Blattes - höchst merkwürdiger Gedenkartikel zu Engels' 100. Todestag. Denn der Verfasser, Friedrich Dieckmann, zeigte nicht mit dem Finger auf ihn als den intellektuellen Urheber des realsozialistischen Bankrotts, sondern nannte ihn „eine der herausragendsten Gestalten der deutschen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts“. Es lohne sich, ihn zu lesen. Denn was er, zusammen mit Marx „Urheber eines Jugendentwurfs von weltgeschichtlicher Dimension, beschrieben habe, nämlich die „Weltherrschaft der Warenwirtschaft“, sei heute Wirklichkeit geworden. Das gescheiterte sowjetische Experiment habe sich „als Zwischenstadium auf dem Weg zur Globalisierung herausgestellt.“

Diese Analyse trifft den Nagel auf den Kopf. In der Tat haben Marx und Engels bereits in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als von einer großindustriellen Entwicklung des Kapitalismus noch keine Rede sein konnte, die Entstehung eines kapitalistischen Weltmarktes vorausgesagt. Sie bezeichneten ihn als die Voraussetzung des Sozialismus. Doch gerade darin liegt das Paradoxon dieser Aussage. Denn obwohl die Globalisierung des Kapitals sich in rasantem Tempo intensiviert, sind die Kräfte des Sozialismus, die nach Marx' und Engels' Prognose im gleichen Rhythmus hätten anschwellen sollen, bis zur Wirkungslosigkeit geschwächt. Dabei hätte der Globus in seinem gegen-

wärtigen prekären Zustand nichts nötiger als eine Lenkung der „blindlings“ wirkenden gesellschaftlichen Kräfte, um „den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen“ gerecht zu werden und, wie man heute hinzusetzen muß, die natürliche Umwelt zu schützen (ein Problem, das Engels übrigens durchaus bekannt war).

## Die sozialistische Wirtschaft? - Nichts leichter als das!

An Selbstbewußtsein fehlte es Marx und Engels nicht. Sie hielten sich für Entdecker, und das waren sie ja auch in vieler Hinsicht. Der historische Materialismus hat die moderne Geschichtsschreibung, auch wenn es heute nicht opportun ist, davon zu reden, so durchdrungen, daß manche Autorinnen und Autoren es gar nicht merken, wenn sie sich seiner Argumente bedienen. Gerade Engels handhabte diese Methode meisterhaft, z.B. in seiner Analyse der Klassenverhältnisse in Deutschland im 19. Jahrhundert und zur Zeit des Bauernkriegs. Und vor allem: Er konnte schreiben! Noch heute ist die Lektüre seiner historischen Texte eine gute Medizin gegen das soziologisch-politologische Kauderwelsch, in das wir Professionelle auf diesem Gebiet nur zu gerne verfallen.

Die Rolle eines Popularisators der marxistischen Erkenntnisse war also Engels geradezu auf den Leib geschrieben. Er tat dies mit der Freude eines Mit-Entdeckers, der aus dem Vollen schöpfen kann. Seine popularisierenden Schriften, allen voran der „Anti-Dühring“ und des-

sen Kurzfassung, unter dem Titel „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, noch zu seinen Lebzeiten in mehrere Weltsprachen übersetzt, sind didaktische Meisterleistungen. Die Gedankengänge darin sind glasklar. Engels war wirklich ein „Lehrer des internationalen Proletariats“. Viele seiner Führer, Kautsky, Bebel, Bernstein, Victor Adler, bekannten, durch seine Schriften zum Sozialisten und Marxisten geworden zu sein.

Doch die Transparenz der Engelschen Texte ist oftmals trügerisch. Über seine Versuche, eine Dialektik der Natur zu entwickeln, möchte ich lieber hinweggehen. Obwohl Engels - wie übrigens auch Marx - gewiß kein Dogmatiker war, enthalten sie die Tendenz zu einem geschlossenen Weltbild, das der stalinistische Diamat dann auch tatsächlich ausgestaltet hat. Wer die Folgen davon studieren möchte, sollte zu der in der DDR erschienenen „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ greifen, in der gute Leute, vermutlich gegen besseres Wissen, sich ihrer Pflichtaufgabe entledigten, dieses fatale Theorem zu rechtfertigen.

Die vereinfachenden Passagen enthalten allerdings auch leichtfertig dahingesagte Prognosen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. In der letzten Entwicklungsstufe des Kapitalismus übernehme der Staat, der „ideelle Gesamtkapitalist“, die Leitung der Produktion und werde so „wirklicher Gesamtkapitalist“. Auf diese Spitze getrieben, schlage das Kapitalverhältnis allerdings um. Die Arbeiterklasse werde nämlich die Staatsgewalt ergreifen und die Produktionsmittel vergesellschaften. Dies

werde „zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat“ sein - danach werde der Staat absterben (kursiv von Engels) und ins Museum der Altertümer versetzt. Das ist natürlich eine höchst unglaubwürdige Pseudodialektik, die schon früh in der sozialdemokratischen Diskussion angegriffen worden ist.

Ähnlich unbekümmert äußerte sich Engels über die sozialistische Ökonomie nach dem Absterben des Staates. Sie werde von den assoziierten Produzenten planmäßig auf Grund unmittelbarer Arbeitszeitberechnungen gelenkt. Da Privatproduktion entfällt, folglich kein hinter dem Rücken der Produzenten sich bildender Wert entsteht und damit auch das Geld überflüssig wird, werden die „Leute alles sehr einfach abmachen, ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Wertes'“ (Anti-Dühring). Ein Satz übrigens mit beträchtlichen Spätfolgen, von denen Engels natürlich nichts ahnen konnte. Er gehörte zu den Glaubensartikeln der maoistischen Gruppen in Westdeutschland, die allen Ernstes glaubten, die Volksrepublik China befände sich auf dem Weg zu seiner Realisierung.

## Der Vordenker der Sozialdemokratie

Es war gewiß nicht diese pseudodialektische Oberfläche seiner Argumentation, die den späten Engels zum wichtigsten Vordenker sozialdemokratischer Programmatik machte. Es war vielmehr seine Bereitschaft, die sozialen und politischen Veränderungen am Ende des Jahrhunderts zu akzeptieren und die Positionen von einst zu überdenken.

Zunächst einmal korrigierte Engels in seinem berühmten Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ die unter Sozialisten verbreitete Erwartung, die Revolution werde auf der Barrikade entschieden. „Die Zeit der Überrollungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei.“ Statt dessen hätten die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht als wirksamste Waffe im Kampf um die Staatsmacht entdeckt. Dies sei ein Verdienst der deutschen Sozialdemokraten, die unter der Führung von August Bebel „das Wahlrecht in einer Weise benutzten, die sich ihnen tausendfach gelohnt und den Arbeitern aller Länder als Vorbild gedient hat“. Heute habe die Bourgeoisie vor nichts mehr Angst als vor einem parlamentarischen Sieg der Arbeiterparteien.

Mit dieser Auffassung, die Engels kurz vor seinem Tode veröffentlichte, war er freilich noch nicht zu einem waschechten Anhänger einer parlamentarischen Demokratie geworden. Doch sie diente den Sozialdemokraten, die im Kaiserreich auf dem besten Wege waren, dies zu werden, zur Legitimation ihrer Politik, deren Gravitationszentrum die Arbeit im Reichstag war. Dazu gehörten auch die Repräsentanten des sog. marxistischen Zentrums, Bebel, Kautsky, Hilferding. Eine parlamentarische Demokratie, so faßte Kautsky diese Entwicklung zusammen, ist nicht nur der Kampfbo- den, auf dem die Sozialdemokratie ihren künftigen Sieg ausfechten wird, sondern die politische Form des demokratischen Sozialismus. Diese Formel bildete auch

Die Rolle eines Popularisators der marxistischen Erkenntnisse war Engels geradezu auf den Leib geschrieben.

die Klammer, die den Zentristen und den Reformisten um Bernstein und die „Sozialistischen Monatshefte“ trotz aller Zerreißproben eine Zusammenarbeit ermöglichte.

## Engels und die sozialdemokratische Transformationsökonomie

Ein zweites Feld, auf dem Engels der sozialdemokratischen Programmatik die Stichwörter gab, war die Konzeption des Übergangs zum Sozialismus. Marx und Engels gehörten zu den ersten Nationalökonomern, die bestimmte konkrete Formen des von ihnen schon immer angenommen Konzentrationsprozesses beschrieben, nämlich die „Trusts“, zu denen sich „die inländischen Großproduzenten eines und desselben Industriezweigs zum Zwecke der Regulierung der Produktion“ zusammenschließen. Sie sahen in ihnen die bisher fortgeschrittenste Form der Vergesellschaftung des Kapitals. In ihrer dialektischen Anschauungsweise deuteten sie diesen Vorgang zugleich als fortschrittliche Vergesellschaftung der Produktivkräfte, freilich in der „verkehrten Form“ des Kapitalismus, die die Ausbeutung bestehen lasse.

Doch die Konzentration werde der Arbeiterschaft die Inbesitznahme und die eigene Lenkung der Produktionsmittel erleichtern.

Der Rest des Engelsschen Szenarios ist schon erzählt worden: Die Großindustrie läßt die Ausbeutung deutlich erkennen; die revolutionäre Staatsmacht wird die Produktionsmittel in ihren Besitz bringen, sie dann freilich wieder in die Verfügungsgewalt der assoziierten Produzenten entlassen, sodann wird sie „absterben“. „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“

Die sozialdemokratische Wirtschaftstheorie knüpfte hauptsächlich an den ersten Teil des Szenarios an, während sie mit dem zweiten weniger anzufangen wußte. Am greifbarsten werden wird dies in den Überlegungen Hilferdings, des wohl folgenreichsten Wirtschaftstheoretikers der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Er knüpfte in seinem „Finanzkapital“ (1910) an die Marx-Engelssche Vergesellschaftungstheorie an und verarbeitete neue Trends der Wirtschaftsentwicklung. Die Vergesellschaftung des Kapitals vollziehe sich nicht nur in der Produktionssphäre, sondern auch in der Zirkulationssphäre. Dies zeige sich in den Konzentrationsprozessen auf dem Bankensektor. Als guter Marxist verknüpfte Hilferding natürlich beide Ebenen, wobei er allerdings den dynamischen Faktor im Bankenbereich sah. Er bestimme zunehmend die Richtung der Produktion. Hilferding verlängerte die Konzentrationsprozesse bis zu dem ideellen Endpunkt der Entstehung einer Zentralbank, die zugleich an der Spitze eines „Generalkartells“ stehen würde. Er nahm wie Engels an, daß diese Superkonzentration die Sozialisierung der Wirtschaft erleichtern würde. Mit seiner These, daß sie auch bereits Vorformen der künftigen sozialistischen Wirtschaftsweise herausgebildet habe, ging er jedoch vermutlich über dessen Vorstellungen hinaus.

## Sozialdemokratische Transformationsvorstellungen retrospektiv

Die am Beispiel Hilferdings erläuterte Adaptation der Engelsschen Übergangsvorstellungen liegt den wichtigsten sozialdemokratischen Plänen einer sozialistischen Umgestaltung, die nach dem

Ersten Weltkrieg entstanden sind, zugrunde. Sie sind häufig, zumeist kritisch, diskutiert worden, natürlich immer in Kenntnis ihres welthistorischen Scheiterns. Eine faire Erörterung dieser Konzeptionen müßte eigentlich versuchen, die Erfahrungen und den Vorstellungshorizont der damaligen Akteure zu rekonstruieren, bevor man ihnen Naivität vorwirft.

Fest steht, daß nicht nur Sozialisten, sondern auch bürgerliche Nationalökonom, ja selbst Unternehmer, vor dem Ersten Weltkrieg der Ansicht waren, die Epoche des Kapitalismus der freien Konkurrenz sei vorüber und werde durch andere Organisationsformen, die durch die Zusammenarbeit von Konzernen, Wirtschaftsbündeln und dergleichen gekennzeichnet seien, abgelöst werden. Dabei spielten im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager die Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft eine Rolle, aber auch die typisch deutsche Tradition des „Staatssozialismus“, d.h. einer Befürwortung staatlicher Anteile an der Wirtschaft auch im bürgerlichen Lager, z.B. Post, Telegraphie, Eisenbahnen, städtische Betriebe und Bergwerke. Es waren übrigens Engels selbst, und - kaum glaublich - Lenin, die diese staatssozialistischen Erscheinungen für einen Ausdruck zunehmender Vergesellschaftung der Produktion hielten. Dies vereinte sie mit den revisionistischen Sozialdemokraten, deren Organ „Sozialistische Monatshefte“ eine Rubrik „Staatssozialismus“ enthielt, in der die Zunahme des staatssozialistischen Sektors getreulich aufgezeichnet und als Fortschreiten auf dem Weg zum Sozialismus gefeiert wurde.

Dies alles bedeutet, daß die Sozialisierungsmodelle, die in der deutschen und österreichischen Sozialisierungskommission entworfen wurden, durchaus der auch im Bürgertum verbreiteten Auffassung entsprachen, die moderne Wirtschaft dürfe nicht länger der Anarchie des Marktes überlassen, sondern müsse organisiert und gelenkt werden. „Organisation“ gehörte überhaupt zu den Schlüsselwörtern der Epoche. Bedeutende Personen aus dem Unternehmerlager, z.B. Rathenau und Vogelstein, arbeiteten in der deutschen Sozialisierungskommission durchaus konstruktiv mit. Natürlich waren die meisten Vertreter des Unternehmertums der Auffassung, daß die Wirtschaft schon organisiert werden müsse, sie aber nur die Interessen der Konzerne

und Syndikate bewerkstelligen würden, weshalb sie eine wilde Kampagne gegen die Sozialisierungspolitik betrieben. Doch der Versuch, eine sozialistische Alternative dazu zu entwickeln, war gut begründbar, auch mit Argumenten, die der damaligen bürgerlichen Wirtschaftstheorie entstammten.

Wir sind heute zwar nicht klüger als damals Hilferding, Kautsky oder Otto Bauer, doch wir wissen, was aus den überkommenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Sozialdemokratie geworden ist. Sie geben Grund zu der Annahme, daß auch die Sozialisierungsaktion nach dem Ersten Weltkrieg, wäre ihre Verwirklichung gelungen, letztlich gescheitert wäre, zumindest dann, wenn die deutschen und österreichischen sozialisierten Unternehmen allein dem Konkurrenzdruck des kapitalistischen Weltmarktes ausgesetzt gewesen wären. Man kann darüber spekulieren, ob die Erfolgchancen gestiegen wären, hätten sich die ähnlich gelagerten Sozialisierungsbemühungen in Frankreich und England durchgesetzt. Doch derartige Überlegungen dürfen sich nicht auf die Wirkung der vorgesehenen ökonomischen Instrumentarien beschränken, sondern müssen das gesamte Umfeld der europäischen Politik in Betracht ziehen. Bedenkt man die Schwächung der sozialistischen Kräfte im Verlauf der zwanziger Jahre, so ist der pessimistische Blick vermutlich der richtige.

Das zweite wirtschaftspolitische Konzept der Sozialdemokratie aus der Zwischenkriegszeit ist die Wirtschaftsdemokratie. Sie hängt mit Engels' Vermächtnis nicht mehr zusammen. Dieses Projekt hat bereits zur Zeit seines Entstehens den Spott nicht nur der Kommunisten, sondern auch der sozialdemokratischen Linken hervorgerufen. Dies ist verständlich; denn damals war der demokratische Teil der Arbeiterbewegung nicht mehr stark genug, ein derartiges Konzept zu realisieren. Realistischer, zumindest inspirierender, war die von Karl Renner entwickelte österreichische Variante. Für Renner war Wirtschaftsdemokratie eingebettet in die gesamte Arbeiterbewegung mit ihren Teilströmungen des Genossenschaftswesens, der Kultur-, Sport-, Wanderbewegungen usw. - sozusagen in die Klasse auf dem Vormarsch. Daß dieser wenige Jahre später in die Katastrophe mündete, konnte niemand voraussehen.

Eine Würdigung des Konzepts Wirtschaftsdemokratie muß berücksichtigen,

daß es sich dabei zugleich um ein didaktisches Modell handelt. In den wirtschaftsdemokratischen Organen sollten die Arbeiter die Kenntnisse und Erfahrungen sammeln, die sie befähigen sollten, die künftigen sozialistischen Unternehmen zu leiten. Wir wissen heute, daß diese Vorstellung illusionär war, doch damals sah dies für einen jungen Sozialdemokraten und Gewerkschafter anders aus. Und schließlich: ist Wirtschaftsdemokratie nicht nach wie vor ein legitimer Bestandteil des Fundus sozialdemokratischer Ordnungsvorstellungen, von dem wir nach wie vor zehren?

### Wo blieb die freie Assoziation der Produzenten?

Engels' Transformationsvorstellungen folgten einer kaum nachvollziehbaren Dialektik: Ausgerechnet eine extreme Zusammenballung von ökonomischer und politischer Macht in der Hand des Staates sollte in eine völlige Vergesellschaftung von Wirtschaft und Politik umschlagen, in eine politiklose Verwaltung von Sachen und Leitung von Produktionsprozessen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Marx und Engels eine freie Produzentenassoziation als sozialistisches Endziel angesehen haben. Auch der junge Kautsky spekulierte in der „Neuen Zeit“ in kryptischen Artikeln über die mögliche ökonomische Struktur solcher Assoziationen. Doch bald darauf schnaubte Bernstein in seinen Vorarbeiten zu „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, solche Vorstellungen seien höchst irrational und blieben hinter den Erkenntnissen der modernen Nationalökonomie (er meinte die der Fabian Society) weit zurück. In der Tat ließen die Sozialdemokraten das Ziel einer freien Produzentenassoziation bald links liegen. Fortan bildete für sie stets der Staat Voraussetzung und politischen Rahmen ihrer Reformkonzeptionen (was sie, wie gezeigt, gleichfalls mit den dialektisch-flexiblen Äußerungen von Engels begründen konnten).

Doch neben diesem etatistischen „mainstream“ der sozialdemokratischen Politik stand bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Genossenschaftswesen, das einstmalig so florierte, daß es als die „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung bezeichnet wurde. Es beschränkte sich nicht nur auf die Konsumenten-

schaften, sondern daneben bestand eine Vielfalt sozialdemokratisch inspirierter Gemeinnütziger Baugenossenschaften, gewerkschaftlicher Eigenbetriebe, Versicherungen wie die Volksfürsorge und Arbeiterbanken usw. Wer sich hierfür interessiert, werfe einen Blick in das vom ADGB herausgegebene Buch „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung. Ein Blick in die Gemeinwirtschaft“ von 1928.

„Gemeinwirtschaft“ - dies ist ein weiteres Konzept, von dem sich sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker erhofft hatten, es könne zu einem Bereich zwischen Staatswirtschaft und kapitalistischer Profitwirtschaft ausgebaut werden. Mit ihm verknüpften sich zwei Erwartungen: Erstens, der gemeinwirtschaftliche Sektor werde sich als so erfolgreich erweisen, daß er das kapitalistische Wirtschaftsprinzip zurückdrängen und sich schließlich als sozialistische Alternative zur dominierenden Wirtschaftsform durchsetzen werde, oder zweitens, die Gemeinwirtschaft werde einen gewichtigen Faktor in der Pluralität der Wirtschaftsformen bilden, der geeignet sei, die Auswüchse der rein kapitalistischen Wirtschaftsweise zu korrigieren.

Daß beide Konzepte trotz Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat und Co-op gescheitert sind, ist nun freilich kein Ergebnis finsterner kapitalistischer Machenschaften, sondern des moralischen und professionellen Versagens der Personen, die an die Spitze dieser Unternehmen gelangt sind. Daß diese Vorgänge zu den größten Katastrophen des demokratischen Sozialismus in diesem Jahrhundert gehören, wird in der gegenwärtigen Diskussion der demokratischen Linken kaum wahrgenommen. Offenbar gelten diese Formen sozialdemokratisch und gewerkschaftlich inspirierter Gemeinwirtschaft weder als interessant noch als wiederbelebbar. „Wir wollen nur noch Geld verdienen“, soll Hans Matthöfer unlängst gesagt haben.

### Rückentwicklung des Sozialismus zur Utopie?

Mit dem Scheitern der skizzierten Konzepte hat sich der Fundus sozialistischer Vorstellungen, die in der Folge der Engelschen Transformationstheorie entstanden sind, nahezu erschöpft. Ihr Kern läßt sich, um wieder an den eingangs zitierten FAZ-Autor anzuknüpfen, darauf reduzieren, daß Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu lange geglaubt

haben, man könne „nationale Staatswirtschaften als Megakonzerne führen“. In der Tat gehören zur staatssozialistischen Tradition durchaus Abschottungsvorstellungen; zumindest wurden die außenwirtschaftlichen Beziehungen eher als Randgrößen behandelt. Auch der Linkskeynesianismus rechnet vorrangig mit nationalen Wirtschaftsgrößen. Um es vorsichtig zu sagen - eine positive internationale Währungs- und Finanztheorie unter sozialistischem Vorzeichen ist, soweit mir bekannt ist, kaum je entwickelt worden. Wenn die internationale Kapitalverflechtung in die Analyse einbezogen wurde, dann unter kritischem Aspekt, d.h. als Störfaktoren der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die man mit Devisenkontrollen, Spekulationssteuern usw. bekämpfen müsse. Doch dies kann nur eine Politik der Schadensbegrenzung, nie der konstruktiven Gestaltung sein.

Wenn von Engels heute noch etwas zu lernen ist, dann seine stetige Bereitschaft, alte Irrtümer einzugestehen und nach neuen Wegen zu suchen.

Georg Lukács hat in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ gesagt, daß es einen Marxisten nicht erschüttern könne, wenn die neueren Forschungen die Unrichtigkeit sämtlicher einzelnen Aussagen von Marx nachweisen könne, denn im Marxismus komme es ausschließlich auf die Methode an. Ich habe diese Auffassung stets für eine Ausflucht gehalten, aber in unserem Zusammenhang besagt sie doch etwas Richtiges. Im Unterschied zu der Indifferenz wirtschaftsliberaler Autoren und Politiken gegenüber sozialen Mißständen oder deren Erwartung, „reine“ Märkte würden sie schon zum Verschwinden bringen, geht es Sozialistinnen und Sozialisten um offensive Konzepte, sie gezielt zu bekämpfen. Die sozialen Nöte sind im nationalen und internationalen Maßstab, teils in veränderter, teils in verschärfter Form, immer noch aktuell. Doch die alten Konzepte haben ihre Offensivkraft verloren.

Die neuen Strukturen der Weltwirtschaft sind bestens bekannt: Im fernen

Osten drängen neue Wirtschaftsmächte auf den Weltmarkt, die wegen des dort herrschenden geringeren Lohnniveaus und der weltweiten Verbreitung komplizierter Produktionstechniken das Warenangebot der alten westlichen Industrieländer unterbieten können. In den Staaten des zusammengebrochenen Sowjetsystems sind Wirtschaften entstanden, die man versuchsweise, weil klassifikatorische Kategorien einstweilen nicht zur Verfügung stehen, als Raubritterkapitalismus mit mafiosen Zügen bezeichnen kann. Oder aber sie versuchen, mit manchesterliberalen Methoden im Westen Marktanteile zu erobern, wie etwa die Tschechische Republik. Gegen internationale Währungsspekulationen zuungunsten einer nationalen Währung sind die betroffenen Staaten weitgehend machtlos, weil der Schaden, den Abwehrmaßnahmen verursachen würden, wahrscheinlich größer ist als der erwartbare Erfolg.

In dieser Situation verspricht der Blick in den Fundus überkommenen sozialistischen Denkens wenig Nutzen. Er bestätigt nur die alten Zielvorstellungen, zu deren Preisgabe angesichts des gegenwärtigen Zustands der Welt allerdings kein Anlaß besteht. Wenn von Engels heute noch etwas zu lernen ist, dann - abgesehen von dem Beispiel persönlicher Integrität, die Grundlage seines weltweiten Einflusses war - seine stetige Bereitschaft, alte Irrtümer einzugestehen und nach neuen Wegen zu suchen.

Hier ist nicht der Ort, positive Konzepte zu diskutieren. Ich selbst habe mich dazu in der Festschrift für Helga Grebing<sup>1</sup> geäußert. Es versteht sich, daß sozialdemokratische Realpolitik gegenwärtig nur ziemlich kleine Brötchen backen kann. Doch angesichts der bürgerlichen Utopie, daß eine Politik der weltweiten Privatisierung, Deregulierung usw. Armut abbauen und weitere Verelendung verhindern könne, bleibt sie wichtig genug - und die Brötchen sollten wirklich gebacken werden. Denn Annäherungen an das Ziel, den Lebensstandard der Massen zu heben und zu sichern oder einfachen Leuten Bildungschancen zu eröffnen, gibt es nur dort, wo die demokratische Linke eine politische Kraft ist. Diese Ziele sind nicht utopisch, sondern erreichbar. Und darauf kommt es gegenwärtig an.

<sup>1</sup> Walter Euchner: Abschied vom demokratischen Sozialismus?, in: Karsten Rudolph/Christi Wickert: Geschichte als Möglichkeit. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995.



# „Die Treppe wird von oben nach unten gekehrt“<sup>1</sup>

Die IG Metall zwischen Sparpolitik und Erneuerung

von Hans-Joachim Olczyk\*

**H**aben die europäischen Gewerkschaften das schon hinter sich, was den bundesdeutschen noch bevorsteht? Die Zahlen sprechen eine sehr deutliche Sprache: Der englische Gewerkschaftsdachverband TUC verlor von 1979 bis heute von damals 12 Millionen Mitgliedern 40%. Die kommunistische CGT in Frankreich verlor in den letzten zehn Jahren 60%. In den letzten Jahren haben auch die Gewerkschaften in der BRD gehörig an Mitgliedern verloren - ein deutlicher Ausdruck der gesellschaftspolitischen Defensive.

## Defensive in Zahlen

Die Defensive der Gewerkschaften zeigt sich auch in der Entwicklung der Lohnabschlüsse in den letzten Jahren. In diesem originären Bereich gewerkschaftlicher Arbeit, nämlich der Sicherung der Einkommen der Beschäftigten, mußten auch von der IG Metall - trotz der Wehklageschreie der Unternehmensverbände über zu hohe Tarifabschlüsse - empfindliche Einbußen hingenommen werden. In aller Kürze: 1994 gab es zwar eine Erhöhung von 2%, aber gleichzeitig eine Verringerung der betrieblichen Sonderzahlungen (zu deutsch: Weihnachtsgeld) um 10%. Auch das Urlaubsgeld wurde um 10% gekürzt bzw. die tariflich schon vereinbarte Steigerung verschoben. Auch in 1995 gab es zwar eine deutliche Erhöhung von 3,4% sowie eine weitere Erhöhung im November von 3,6%. Zusammen mit der Einführung der 35-Stunden-Woche im Volumen also eine Verbesserung zu den Vorjahren. Auch wenn es nie Ziel von Tarifpolitik war, die Belastungen aus staatlichen Abgaben ausgleichen zu wollen - unter dem Strich gleicht auch dieser Abschluß die gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie den sog. Solidarbeitrag und die Pflegeversicherung nicht aus.

In den fünf neuen Bundesländern ist es schon einmal vereinbarte Tarifabschlüsse nach einem Streik wieder in

Kraft gesetzt worden. Die Angleichung der Löhne und Gehälter auf 100% Westniveau konnte gesichert werden - zum Preis einer zeitlichen Verschiebung. Zu bedenken ist: Im Osten arbeiten die Beschäftigten wöchentlich länger (jetzt 39 Stunden pro Woche - ab 1996 dann 38 Stunden) und es gibt weniger an Weihnachts- und Urlaubsgeld.

*„Klaus Zwickel hat gesagt, daß das Tun der Arbeitgeber ein Rückfall in den Kapitalismus ist. So ist er jedenfalls in der Frankfurter Rundschau zitiert. Wo lebe ich denn? Da waren wir doch schon dauernd. (Beifall) Der Prozeß, der jetzt organisiert wird, ist ein Rückfall in den Manchester-Kapitalismus. Mit diesen Ursachen werden wir uns auseinandersetzen müssen. (Beifall)“*

Ein Tarifvertrag ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Die Situation der IGM, keine Einkommenserhöhungen durchsetzen zu können, ja sogar dafür streiken zu müssen, um bestehende Tarifverträge wieder in Kraft treten zu lassen, macht deutlich: Das Wort „Defensive“ trifft zu, ja beschönigt die Situation geradezu.

## Mitgliederverluste

Die quantitative Situation der IGM läßt sich wohl am deutlichsten dadurch beschreiben, daß monatlich (!) eine mittelgroße Verwaltungsstelle „verlorengeht“. In Zahlen ausgedrückt: Noch Ende 1991 gab es 3,6 Millionen in der IGM - heute sind es „nur“ noch 2,9 Millionen. Damit ist die IG Metall immer noch die größte Gewerkschaft in der BRD (und auch immer noch - seit 1966 - die größte der sog. westlichen Welt.)

Der zahlenmäßige Verlust erhält eine besondere Brisanz, weil die Zusammensetzung der Mitgliedschaft sich parallel dazu verändert. Die für die Finanzkraft der Organisation so wichtigen „aktiv Beschäftigten“, also im Berufsleben stehende Mitglieder reduzierten sich seit 1991

von damals 81,2 auf heute nur noch 68,4%.<sup>3</sup> Die Folge: Die Finanzkraft der IGM verringert sich so schnell, daß nur durch sog. Sparkonzepte der Mitgliederverlust finanziell aufgefangen werden kann. Die IG Metall kann zudem die Verluste von Mitgliedern dort nicht mehr auffangen, wo sie traditionell stark ist, weil diese Bereiche der Metallwirtschaft den stärksten Arbeitsplatzabbau zu verzeichnen haben. Dagegen steigt der Anteil der Beschäftigten in den Berufsgruppen, wo die IGM traditionell eher schwach ist. Dabei bleibt die Verringerung der Mitgliederzahl insgesamt geringer als der Rückgang der Beschäftigtenzahl - der Organisationsgrad sinkt also nicht. Der Anteil der Arbeitslosen in der IGM ist von 5% in 1991 auf 12,2% in diesem Jahr gestiegen.

## Mitgliederzusammensetzung

Die zahlenmäßige Entwicklung ist aber nicht allein auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen. In der derzeitigen Situation verschärfen sich offensichtlich strukturelle Mängel, die in den Jahren zuvor überdeckt worden sind.

Dazu einige Erläuterungen aus einer von der IGM in Auftrag gegebenen Analyse: Die Mitglieder in der IG Metall sind bemerkenswert älter als die abhängig Beschäftigten insgesamt. Dies betrifft Arbeiter/innen und Angestellte zusammen.<sup>4</sup> Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen besteht ein deutliches Organisationsdefizit in der Gruppe der bis zu 25jährigen. Dies ist u.a. zu erklären dadurch, daß bisher die Mitgliederwerbung in der Form der Organisation der Neueingestellten erfolgte - in Zeiten des ständigen Arbeitsplatzabbaus eine Zuwachsrate, die gegen Null läuft.

Bei den Angestellten besteht aber ein deutliches Organisationsdefizit bis in die Altersgruppe der 40jährigen. Die Gruppe der Angestellten ist trotzdem mittlerweile mit 42,8% die größte in der klassischen Unterteilung Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Zudem ist ein besonders starkes Defizit bei der Organisation im Bereich der jüngeren Frauen feststellbar. Hinsichtlich des frauenpolitischen Profils der IGM war der Gewerkschaftstag in Berlin innerorganisatorisch eine große Enttäuschung: Von den Medien eher unbeachtet blieb die Auseinandersetzung um die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in der Satzung der IG Metall. Der Frauenausschuß beim Vorstand hatte beantragt, folgende Passage in die Satzung aufzunehmen: „In allen Gremien der IG Metall müssen Frauen entsprechend dem Mitgliederanteil [zur Zeit ca. 18%] vertreten sein.“ Der Antrag verfehlte knapp die 2/3-Mehrheit, so daß nun statt der Muß-Bestimmung eine Soll-Bestimmung in der Satzung steht. Die Argumentation des Vorstandes: Es bestünden rechtliche Bedenken gegen eine Muß-Formulierung.

## Organisations- und Mitgliederentwicklung

Das Projekt „Mitgliederentwicklung - ME“ soll nun all diesen Tendenzen in Sachen Mitgliederverlusten und Mitgliederzusammensetzung etwas Entscheidendes entgegenstellen. Zudem soll durch das Projekt „Organisationsentwicklung - OE“, von einigen auch zynisch-scherzhaft als „Offenbarungseid“ bezeichnet, den Verkürzungen in der IGM zu Leibe gerückt werden.

Denn sollte für die IG Metall auch nur im Ansatz das gelten, was in Studien über gewerkschaftliche Kommunikationsstrukturen analysiert wurde, könnte es - zumindest dem Anschein nach - schlimmer nicht sein. „Man beanspruche für sich einen privilegierten Wahrheitszugang, arbeite mit einer Treue- und Verratsideologie und nehme sich in dauerhafter Kampfstimmung zuwenig Zeit zum Lernen“ heißt es in einem Beitrag der Zeitschrift Mitbestimmung.<sup>5</sup>

## Mobilisierung der Mitglieder

Es sollen nicht nur die Strukturen der innergewerkschaftlichen Arbeit den neuen Anforderungen entsprechend entwickelt werden, sondern die IGM will die einzelnen Mitglieder „in Bewegung bringen“. Auch dazu wurde eine Analyse des IST-Standes gemacht: Etwa ein Viertel der erwerbstätigen Mitglieder der Organisation kann als Stütze für Aktivitäten und Aktionen angesehen werden. In die-

sem Viertel ist der Anteil der Angestellten, der Frauen und der Auszubildenden sehr niedrig. Relativ problemlos mobilisierbar für zentrale Aktionen ist ein weiteres Viertel. 20% sind kaum zum Mitmachen zu bewegen, 30% sind total passiv.

Das Ziel der Mobilisierung der Mitglieder, das Aufgreifen der individuellen Lebensstile, die bewußte Herangehensweise an sich ändernde gesellschaftliche Strukturen ist in der Diskussion um die Neuorientierung der IG Metall-Arbeit sicherlich lobenswert, wenn nicht sogar einzigartig. Denn es passiert ja eben nicht das, was in vielen Großorganisationen sonst gemacht wird bzw. gemacht wurde, bis sie eben keine mehr waren. Die Gewerkschaft wird eben nicht gegen Kritik immunisiert. Die Kritik wird nicht an die Mitglieder zurückgegeben, indem man deren Passivität als das eigentliche Problem darstellt. Es wird auf die Veränderungen in der Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Unzulänglichkeiten der Organisation nicht mit dem „klassischen“ heroischen Appell geantwortet. Damit wird ein entscheidender Fehler nicht gemacht, der in vielen anderen Organisationen das Verhältnis zwischen Funktionären untereinander und das Verhältnis von Funktionären zu Mitgliedern kennzeichnet.<sup>6</sup>

Ein (Das?) Mittel, um gegen den drohenden Verlust von Mitgliedern und damit auch Einfluß anzugehen, ist die Mobilisierung derjenigen, die in den Betrieben und Verwaltungen wohl immer noch das beste Werbemedium sein könnten: Die eigenen Mitglieder, die als Interessenvertreter/innen rüberbringen sollen, wozu eigentlich heute eine Gewerkschaft noch gebraucht wird. „Wenn wir die IG Metall nicht ändern, werden wir eine Organisation sein, die hinter der Zeit herläuft. ... Für viele Mitglieder ist die Arbeitsweise nicht mehr durchschaubar, überkommene Hierarchien erregen Anstoß, in Detailfragen zerstritten, zersplittert sich die Organisation. Es ist richtig: Unsere Bürokratie wird zum Hemmschuh.“<sup>7</sup>

## Sparpolitik

Bei all den Aktivitäten bleibt somit aber ein Problem bestehen: Die laufenden Projekte werden erst mittelfristig Wirkung zeigen. Bis dahin plant die Organisation unter negativen Vorzeichen: Sparen heißt die Devise. Quasi als Zei-

chen für die Mitglieder wurde auf dem Gewerkschaftstag die Verkleinerung des geschäftsführenden Vorstandes beschlossen - auch auf der Vorstandsebene wird gespart.

*„Die deutschen Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht. Auch sie setzen auf die innovative Funktion von Markt und Unternehmertum. Sie haben erreicht, daß die Arbeitnehmer in Deutschland in besonderem Maße in ihren Unternehmen mitbestimmen, aber auch mitverantworten, und daß sie einen Anteil an den Früchten der Sozialen Marktwirtschaft haben. Damit haben sie zugleich wesentlich zur Identifikation der Arbeitnehmer mit unserem Staat beigetragen.“<sup>10</sup>*

Diese Politik des Sparens birgt viele Konflikte in sich. Unklar scheint immer noch zu sein, ob das Sparen mittlerweile ein Wert an sich ist, oder ob es mit einer neu strukturierten Organisation zu einem effizienteren Einsatz knapper Mittel kommen soll. „In den zur Zeit geführten Spar- und Organisationsstrukturdebatten gewinnen alle bisher verdrängten Probleme wie ‚Anonymität der Zentrale‘, ‚Zentralisierung‘, ‚Dezentralisierung‘, ‚Transparenz der Entscheidungen‘ und ‚Mitgliederbeteiligung‘ erneut an Aktualität.“<sup>8</sup>

Die Diskussion dieser Bereiche mündet mittlerweile in eine breit angelegte Debatte über die Neuverteilung der Aufgaben zwischen den einzelnen Ebenen. Bei aller Unterschiedlichkeit in den einzelnen Veränderungsschritten läßt sich zumindest eine große Übereinstimmung in der Erwartungshaltung festhalten: Unter Neuverteilung der Aufgaben stellen sich immer auch alle Beteiligten eine Entlastung vor. Für alle soll weniger Arbeit und mehr Effektivität herauskommen.

Weniger Arbeit und mehr Effektivität heißt auch, daß einige Bereiche in Zukunft nicht mehr von der IG Metall selbst erledigt werden sollen. Es wird überlegt, bestimmte Serviceleistungen auszugliedern oder neue Serviceleistungen anzubieten, die die Attraktivität der Gewerkschaft erhöhen sollen.

## Sparen durch Rückzug aus der Fläche?

Aber: Viele befürchten, daß der Wegfall von bisherigen Funktionen in den

Verwaltungsstellen die IGM vor Ort schleichend in die Bedeutungslosigkeit führt, wenn folgende Einschätzung stimmen sollte: „Der Mitglieder- und Vertrauensverlust kann nur dort aufgearbeitet werden, wo die Probleme entstehen, dort, wo gestaltet, wo Druck ausgeübt, wo die Angst als Disziplinierungsspeitsche geschwungen wird. Dieser Ort ist der Betrieb, ist die Verwaltungsstelle mit ihrer Betriebs- und Problemlage.“<sup>9</sup>

Die Konzepte sehen bisher aber so aus: Zur besseren Organisation, zur Schaffung sog. „Synergien“ werden dezentrale Einrichtungen wie die Verwaltungsstellen zusammengelegt, wenn sie finanziell zu „teuer“ werden. Die betroffenen Verwaltungsstellen fordern natürlich den Erhalt, weil für die Mitglieder - in der Fläche gesehen - eben die örtliche Ansprechmöglichkeit auch die Identifikation mit der Organisation bedeutet. Die Erhaltung einer Verwaltungsstelle ist aber nur möglich bei steigenden Mitgliedszahlen. Die Mitgliedszahlen zu steigern geht aber nur, wenn in der Fläche die zentrale „Organisationsreserve“ angegangen wird: Die Betreuung der Klein- und Mittelbetriebe, wo im Metallbereich ein Großteil der Beschäftigten arbeiten. Eine so intensive Betreuung ist aber nur möglich, wenn die Verwaltungsstellen durch Bezirke und den Vorstand von Funktionen entlastet werden bzw. wiederum mehr und nicht weniger Personal vorhanden ist.

Die IGM als ein „Unternehmen“, welches ein neues Konzept sucht, kommt an diesem Punkt in eine schwierige Phase. Denn die notwendigen Reformen können aus Kostengründen eben nicht so umgesetzt werden, daß eine weitere Dezentralisierung der Organisation erfolgt, die über größere Einflußmöglichkeiten der einzelnen Mitglieder quasi automatisch mehr „Leben“ in die Organisation bringt, die dadurch mehr Ausstrahlung gewinnt.

### Angst vor der Erneuerung?

Die ersten Entscheidungen zu diesen und weiteren Problembereichen der OE werden auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag in ca. 2 Jahren getroffen. Zu komplex sind die Fragen und zu unterschiedlich die Auffassungen in der IGM, als daß schon auf diesem Gewerkschaftstag eine Entscheidung möglich

Die Skepsis gegenüber dem OE-Projekt ist aber nicht nur durch die Form dieser Bemühungen, Geld zu sparen, begründet. Denn die Negativzusammenfassung der Folgen von Einnahmeeinbußen und Sparpolitik heißt Personaleinsparungen und die Tendenz des Rückzugs aus der Fläche durch Zusammenlegung von Verwaltungsstellen.

Eine weitaus größere Befürchtung besteht darin, daß durch die räumliche Entfernung von den Mitgliedern auch eine schleichende inhaltliche Entfernung von den Grundlagen der IGM-Politik einhergehen könnte: Die Propagierung der Modernisierung der Gewerkschaft, so die Befürchtung, öffnet ein Einfallstor für diejenigen, die immer schon den Markt und die kapitalistische Wirtschaftsordnung bejaht haben, und diejenigen, die wollen, daß die kapitalistische Gesellschaft als alternativlos erscheint.

Die Befürchtung ist ebenso, daß die Gewerkschaften in Zukunft die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit als ausschließlichen Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten und Überlegungen akzeptieren. Diese Fragestellung zieht sich durch alle Debatten über die Zukunft der IGM: Gibt es Ansatzpunkte für eine Gewerkschaftspolitik für die in den Betrieben „verbliebenen“ und weiterhin von Arbeitslosigkeit, Fremdvergaben, Abteilungs- oder Betriebsschließungen bedrohten sog. „Stammbelegschaften“, die nicht die „Standortlogik“ zur Grundlage haben, sondern grundsätzlich eine Interessenvertretung darstellen für diejenigen, die auf abhängige Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen sind?

### Mobilisierung wofür?

Beschäftigte fragen bei der Einführung neuer Führungsmethoden im Betrieb, was für sie herauspringt, wenn sie mehr Verantwortung übernehmen sollen durch Gruppenarbeit und KVP (Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß). Die Mitglieder in der IG Metall werden ebenso fragen, wozu sie sich mehr engagieren sollen, was ihnen das bringen soll. Und all diejenigen, die noch eintreten sollen, werden sich ebenso fragen, warum sie dies tun sollten. Die entscheidende Frage lautet also: Wie kommt die IGM aus der tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Defensive heraus?

Zwar hat der Vorstand der IGM zum Gewerkschaftstag bekanntgegeben, daß

in 1995 schon 40% mehr neue Mitglieder (insgesamt sind es 80 000) erworben wurden als in 1994 - aber der Rückgang der Mitgliederzahlen konnte eben nicht gestoppt werden: Es ist klar, daß die Mitgliederentwicklungs- und Organisationsentwicklungsprojekte zusammen mit dem Ergebnis der Tarifrunde 1995 nicht schon allein genügend Motivation bringen, den Aufbruch zu schaffen, den die IG Metall braucht.

Die zentrale Frage in der Entwicklung der IG Metall ist die, ob Gewerkschaften auch zukünftig Kampforganisationen sein wollen und sein können - oder ob sie sich damit abfinden wollen (oder müssen?), mehr und mehr als Service-Einrichtung für Mitglieder zu fungieren.

Der Versuch der IGM, mit dem vorgeschlagenen „Bündnis für Arbeit“ genau dieses Problem der Verbindung von Interessenvertretung und Gesellschaftspolitik hinzubekommen, wird denn auch genauso unterschiedlich beurteilt, wie die oben geschilderten Grundpositionen nun eben sind.

*Es gilt, einen Energiekonsens zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften herbeizuführen. Er soll die Basis der heimischen Kohle sichern. Er muß am beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie festhalten! (Beifall) Ich werbe für die Einsparung von Energie, den Ersatz von endlichen durch erneuerbare Energieträger, insbesondere für den Ausbau der Sonnenenergie! Klaus Zwickel*

Die Skeptiker befürchten, daß überall dort, wo die Belegschaften und die Betriebsräte durch drohenden Arbeitsplatzabbau und gewerkschaftliche Organisationschwäche ohnehin schon in der Defensive sind, sie nun durch den Vorschlag von Klaus Zwickel noch mehr unter Druck geraten: Denn laut klatschten die Unternehmensverbände Beifall, daß nun endlich der Zusammenhang von zu großen Lohnsteigerungen und Arbeitsplätzen anerkannt werden würde. Was aber ist denn nun der Vorschlag der IG Metall?

### Bündnis für Arbeit

„Wenn die Unternehmen der Metallverarbeitung garantieren, in den nächsten drei Jahren auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, au-

ßerdem 30.000 Langzeitarbeitslose einzustellen sowie die Zahl der Ausbildungsplätze um jährlich fünf Prozent zu steigern und wenn die Bundesregierung verbindlich erklärt, bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes auf die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe zu verzichten und die Sozialhilfekriterien nicht zu verschlechtern, eine Regelung zur Gewährleistung des Ausbildungsplatzangebotes entsprechend der Nachfrage zu schaffen, Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, zum Lastenausgleich heranzuziehen, dann werde ich mich dafür einsetzen, in 1997 Einkommenssteigerungen zu vereinbaren, die sich am Ausgleich der Preissteigerungen orientieren, und befristete Einarbeitungsabschlüsse für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen.“<sup>11</sup>

Natürlich ist es den Langzeitarbeitslosen gegenüber problematisch - auch angesichts der früheren deutlichen Absagen in diese Richtung - über ihre Köpfe hinweg darüber zu verhandeln, daß sie nun für weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen arbeiten sollen. Trotz der öffentlich geäußerten Wunschvorstellungen der Unternehmensverbände ist es aber nicht so, daß die IGM bereit wäre, auf etwas zu verzichten. Sondern zuerst muß in 1996 konkret nachgewiesen werden, daß z.B. neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Dies alles soll auf einer vertraglichen Grundlage geschehen, damit die Verbindlichkeit für beide Seiten gegeben ist.

Mittlerweile widersprechen sich die unterschiedlichen Gruppierungen auf der Gegenseite in der Öffentlichkeit. So erklärt das Bundeswirtschaftsministerium, es könne nicht viel für die Umsetzung des Vorschlages tun, während sich der Arbeitgeberpräsident positiv zu dem Vorschlag äußert.<sup>12</sup>

*„Ich halte das Drei-Liter-Auto für ökologisch sinnvoll und technisch machbar. Und zwar jetzt!“ Klaus Zwickel*

Wichtig ist bei all dem aber sicherlich, daß der Vorschlag der IGM dazu führt, daß die öffentliche Debatte über ein konkretes Sachthema (Schaffung von Arbeitsplätzen) geführt werden muß und endlich die unsägliche Debatte darüber beendet wurde, daß die IG Metall mit ihren starren Tarifverträgen die Flexibilität der Unternehmen einschränken würde. Die Verbindung der programmatischen

Aussage, daß zukünftig in Tarifverträgen geregelt werden soll, daß Mehrarbeit durch bezahlte Freizeit ausgeglichen werden soll, ist Bestandteil der jetzt stattfindenden Gespräche.

*„Natürlich halten wir am Flächentarifvertrag fest und setzen alles daran, ihn zu erneuern. Nur Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor. Wir haben eine nicht mehr zu übersehende „Anwendungskaskade“ zwischen dem, was in Flächentarifverträgen steht, und der betrieblichen Wirklichkeit.“ Klaus Zwickel*

Auch zu diesem Punkt gibt es natürlich kritisch-skeptische Meinungen: Angesichts von 234 Millionen Überstunden jährlich allein in der Metallwirtschaft ist das Vorhaben, Arbeitszeitmodelle unter dem programmatischen Ausdruck der „Zeitsouveränität“ für die Beschäftigten herauszuholen, sicherlich nicht einfach. Denn gerade mit dem Zeitpunkt der Einführung und Umsetzung der 35-Stunden-Woche scheint sich immer mehr abzuzeichnen, daß längst viele, viele betriebliche Modelle der Arbeitszeitregelungen weit über das hinausgehen, was eigentlich durch den Tarifvertrag geregelt sein sollte.

### Ausblick?

Zur Zeit laufen die ersten Gespräche über diesen Vorschlag auf der Ebene der für Tarifpolitik verantwortlichen Bezirke. Ein Ergebnis gibt es noch nicht. Auf jeden Fall werden die Arbeitgeberverbände sich fragen lassen müssen, was sie denn nun tun wollen, um langfristig etwas für mehr Arbeitsplätze zu erreichen.

Die politische Bedeutung vom „Bündnis für Arbeit“ wird seine ganze Brisanz erst in 1996 entfalten können. Vielleicht ist die Frage zu stellen, welche Bundesregierung in welcher Zusammensetzung denn gemeint war, mit der der weitere Sozialabbau verhindert werden soll. Auf jeden Fall werden die vorgetragene Idee und die sich daraus ergebenden Verhandlungen aufschlußreich darlegen, welche gesellschaftspolitischen Spielräume zwischen Arbeit und Kapital in der BRD noch bestehen: „Die Beurteilung des Erfolges wirtschaftlicher Prozesse allein nach Gewinn und Umsatzwachstum erweist sich immer mehr als ein Kurs, den wir im Interesse einer gesellschaftlich, sozial und ökologisch vertraglichen Entwicklung korrigieren

müssen. Ich habe den Eindruck, daß auf dieser relativ abstrakten Ebene ein breiter Konsens existiert oder hergestellt werden kann, der sich aber bei der konkreten Bearbeitung des „was“ und des „wie“ schnell in Luft auflöst.“<sup>13</sup>

Genau diese Differenzierung scheint durch den konkreten Vorschlag nun möglich - die Auseinandersetzungen zwischen dem Standortblock und dem Reformblock innerhalb der Parteien wird eine Vorentscheidung für das Ergebnis der nächsten Bundestagswahlen bilden.

- 1 Klaus Zwickel, Protokoll des 18. Gewerkschaftstages, S. 212.
- 2 K. H. Schönberger, Protokoll 18. Gewerkschaftstag, S. 193.
- 3 Vgl. Mitgliederstatistik der IG Metall, Stand Oktober 1995.
- 4 Vgl. Smid, Manno: Schwächen der IG Metall. Standpunkt 2/95, S. 15. Die weiteren Angaben zur Mitgliedszusammensetzung sind aus diesem Artikel entnommen.
- 5 Rainer Zech: Im Selbstgespräch zur Stagnation. In: Mitbestimmung 2/95, S. 55 f.
- 6 Vgl. Zech, S. 55 f.
- 7 Vgl. Frank Teichmüller, Bezirksleiter IG Metall Bezirk Küste. In: Emdener Zeitung vom 28.5.1994.
- 8 Vgl. Hans Preiss: Anspruch oder Wirklichkeit? - Mitgliederbeteiligung und Organisationsentwicklung. In: Sozialismus - Forum Gewerkschaften 2/95, S. 42.
- 9 Vgl. Hans Preiss, a.a.O., S. 43.
- 10 Vgl. Roman Herzog, Ansprache auf dem Gewerkschaftstag, Protokoll 18. Gewerkschaftstag, S. 15.
- 11 Klaus Zwickel: Grundsatzreferat, Protokoll 18. Gewerkschaftstag, S. 273.
- 12 Vgl. Gottschol will Bündnis für Arbeit. In: Handelsblatt vom 22.11.1995, S. 1 und S. 5.
- 13 Walter Riestler: Die Zukunft der Arbeit - Die neue Rolle der Gewerkschaften. In: Arbeit der Zukunft - Zukunft der Arbeit. Hg.: Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für Internationalen Dialog. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 1994, S. 182.



# Vom gewerkschaftspolitischen „Bauchladen“ zur Splitterorganisation?

Die ÖTV nach der Organisationsreform

von Kurt-Ulrich Heldmann\*

Die ÖTV ist nicht nur mit fast zwei Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Einzelgewerkschaft in Deutschland, sondern auch die mit der kompliziertesten Mitgliederstruktur. Dort finden sich die Beschäftigten des Friseurhandwerks neben LKW-Fahrern, Beschäftigte aus Anwaltskanzleien oder Arztpraxen neben Schiffahrtspersonal, Busfahrerinnen neben Beschäftigten aus Atomkraftwerken oder Beschäftigte der Kirchen neben Bundeswehrosoldaten. Der größte Teil der Mitglieder arbeitet im öffentlichen Sektor. Doch auch dabei läßt sich nicht von einer homogenen Struktur sprechen. Ob Ministerialbeamtin oder Müllwerker, Straßenbahnfahrerin oder Finanzbeamter, Hilfspolizistin oder Vermessungstechniker, Erzieherin oder Schulhausmeister, Angestellte in der Arbeitsverwaltung oder Krankenpfleger, Hochschulprofessorin oder Verwaltungsfachangestellter, Rentnerin oder Auszubildender, oder, oder ...; die unterschiedlichsten beruflichen Ausgangssituationen machen es schwer, gemeinsame Interessen und Forderungen zu formulieren und durchzusetzen. Dies drückt sich auch darin aus, daß die ÖTV jährlich ca. 1000 Tarifverträge abschließt!

In über Jahrzehnten gewachsenen Organisationsstrukturen wurde versucht, den unterschiedlichsten Bedürfnissen an Gewerkschaftsarbeit gerecht zu werden. Neben den Delegiertenkonferenzen und Vorständen als Organen gab es Personengruppenausschüsse, Hauptabteilungen, Abteilungen, Arbeitskreise, dies alles neben der betriebsbezogenen Arbeit in Vertrauensleutegremien und Betriebsgruppen. Und trotz dieser kaum noch durchschaubaren Struktur mehrten sich die Stimmen derjenigen, die sich mit ihren Interessen dort nicht wiederfanden.

Die Beteiligung an der überbetrieblichen Arbeit ging immer mehr zurück. Die Interessen und Kollegen, die sich bei den Vorständen für einen Personengrup-

penausschuß zu kandidieren, verloren im Laufe des Wahlzeitraums von vier Jahren das Interesse an dieser Arbeit, weil sie für sich andere, neue Schwerpunkte setzten. Auf der anderen Seite ist eine Organisation dieser Größe und Mitgliederstruktur dringend darauf angewiesen, neben der Basisarbeit im Betrieb auf der einen und der Vorstandsarbeit auf der anderen Seite eine auf Berufs- und Beschäftigtengruppen bezogene Detailarbeit zu gewährleisten. Notwendig sind von den Mitgliedern demokratisch legitimierte Organe, die die Richtungs- und Schwerpunktentscheidungen treffen ebenso wie Arbeitsstrukturen ohne formale Zwänge, die es möglichst vielen Mitgliedern erlauben, ihre Vorstellungen zu artikulieren und in die Entscheidungsprozesse einzubringen. Das alles jedoch, ohne in einen Zustand der organisierten Unverantwortlichkeit zu geraten.

Hinzu kommen noch weitere Aspekte. Die Erkenntnis, daß Großorganisationen, ob große Privatunternehmen oder öffentliche Verwaltungen, Parteien oder eben Gewerkschaften, eine Tendenz entwickeln, sich mit zunehmender Größe immer mehr mit sich selbst zu beschäftigen als mit ihren Kunden oder Mitgliedern, trifft auch für die ÖTV zu. Statt der Ergebnisse von Gewerkschaftsarbeit steht deren Form im Mittelpunkt. Aber auch die Ansprüche der Mitglieder haben sich verändert. Es gab Zeiten, da war auch im öffentlichen Dienst, zumindest in manchen Betrieben, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft eine Selbstverständlichkeit. Die Frage nach dem „Warum“ verbot sich von selbst. Eine zunehmende Tendenz zur Individualisierung macht auch die Legitimation von Gewerkschaften schwieriger. Das einzelne Mitglied möchte wissen, was es persönlich von seiner Mitgliedschaft hat. Das meint nicht zwangsläufig eine materielle Leistung nach dem Versicherungsprinzip: für das, was ich oben hineinstecke, muß unten ein Gegenwert herauskommen. Das zunehmende Engagement in Bür-

gerinitiativen oder Organisationen wie Greenpeace zeigt die Bereitschaft, sich auch mit zum Teil hohem Zeit- und Geldaufwand für immaterielle Ziele einzusetzen.

Für Gewerkschaften läßt sich gleiches nicht feststellen. Deren Image ist schlecht, sie gelten als antiquiert. Deswegen fällt es immer schwerer, neue, vor allem junge Mitglieder zu gewinnen - das gilt übrigens nicht nur für die ÖTV, sondern für alle Gewerkschaften. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von 1994 brachte erschreckende Ergebnisse: danach erklärten gerade mal 2% der Nichtmitglieder, sie würden in eine Gewerkschaft eintreten, würden sie dazu aufgefordert. 72% der befragten Nichtmitglieder möchten nichts mit einer Gewerkschaft zu tun haben; zwei Jahre zuvor äußerten sich nur 45% so. Aber auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern herrscht nicht nur eitel Zustimmung: 40% der westdeutschen und 54% der ostdeutschen Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft zogen der gleichen Untersuchung zufolge einen Austritt konkret in Betracht.

Besondere Probleme beim Gewinn neuer Mitglieder gibt es zum einen im Bereich des Mittelmanagements, im öffentlichen Dienst sind das höhere Beamte, Beamtinnen und Angestellte, und zum anderen in den immer häufiger werdenden kleinen Organisationseinheiten und vor allem bei den „Scheinselbständigen“. Auch werden Beschlüsse von Gremien längst nicht mehr als sakrosankt akzeptiert. Die Mitglieder sehen sich nicht mehr als ein kleines Teil in einem großen Kollektiv, für die die Führung schon die weisen und richtigen Entscheidungen treffen wird. Sie wollen als Individuen mit ihrer Meinung ernst genommen werden. Ist das nicht der Fall, verabschieden sie sich. Und letztlich befindet sich die gesamte Gesellschaft und mit ihr die Arbeitswelt in einer Umbruchsituation. Darauf muß auch die ÖTV reagieren oder besser noch, sie muß agieren, um diese Veränderung zu steuern.

Das gilt in besonderem Maße für ihr Hauptbetätigungsfeld, den öffentlichen Dienst. Zum einen nimmt sie damit Einfluß auf das Arbeitsumfeld, die Arbeitsbedingungen und die Einkommen ihrer Mitglieder. Zum anderen erfüllt sie eine allgemeinpolitische Funktion für die Gestaltung der Gesellschaft. „Die Bedeutung öffentlicher Dienste wächst, sie nimmt zu, nicht ab“, stellte der im Februar gewählte Vorsitzende der ÖTV, Herbert Mai kürzlich fest. „Der Markt taugt zur Regulierung von Kauf und Verkauf, über den Markt läßt sich Absatz und Wettbewerb steuern. Wenn die Zielsetzung aber heisst: CO<sub>2</sub>-Minderung, Energieeinsparung, Müllvermeidung, Gesundheitsschutz, Schonung der Wasservorräte und Schaffung von Akzeptanz für gesellschaftliche Lösungen, damit den Generationen nach uns gute Zukunftsperspektiven erhalten bleiben, dann kann das nicht über den Markt organisiert werden.“

## Zwischen Sparprogramm und Zukunftsprojekt

In dieser, hier nur skizzierten Lage fanden die Diskussionen um die Organisationsreform statt. Diskussionen übrigens, die niemals wirklich die breite Mitgliedschaft erreichten. Die Funktionärinnen und Funktionäre machten sich darüber Gedanken, wie denn die Mitglieder, die dies scheinbar überhaupt nicht interessierte, zu aktiver Gewerkschaftsarbeit motiviert, intensiver einbezogen werden könnten. Diese Diskussion hatte eine Parallele zu der gegenwärtigen um eine Reform des öffentlichen Dienstes. Während es nämlich ursprünglich in erster Linie wirklich um eine gewerkschaftliche Strukturdebatte ging, verschlechterte sich die finanzielle Situation der ÖTV. Plötzlich wurde aus der Strukturdebatte eine Spardebatte. Die politisch gewollte „Stärkung des ehrenamtlichen Elements“ wurde nun auch unter dem Aspekt diskutiert, auf diesem Weg den Bedarf an hauptamtlichen Kräften zu verringern.

Die Finanzlage der Organisation war wirklich so, daß kostensenkende Maßnahmen dringend angezeigt waren, sollte nicht ein dramatische Zuspitzung entstehen. Die in manchen Medien vor einigen Jahren veröffentlichten Horrormeldungen, die ÖTV stehe vor der Pleite, hatten allerdings mit der Realität nichts zu tun. Weder die Streikkasse

mußte geplündert werden, um die laufenden Kosten zu decken, noch hat die ÖTV, anders als manche Kommunen, den Fehler gemacht, ihre Werte, wie etwa die Bildungsstätten zu versilbern, um eine kurzfristige Haushaltssanierung zu erreichen.

Grund für die Unterdeckung des Haushalts waren erhebliche Investitionen in die Gewerkschaftsorganisation in den neuen Bezirken. Die Systematik der Stellenpläne, die im Westen gut austariert war, stimmte plötzlich nicht mehr. Zwar wuchs die Mitgliederzahl durch Übertritte der in den früheren Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften der DDR Organisierten beträchtlich, die Einnahmen stiegen jedoch weit unterproportional. Hohe Arbeitslosigkeit und geringe Erwerbseinkommen bedeuten niedrige Beitragszahlungen. Die Personalzumesung der neuen Kreisverwaltungen orientierte sich jedoch nicht am Beitragseinkommen, sondern an der Mitgliederzahl (was prinzipiell auch richtig ist, da die Aufgaben der Mitgliederbetreuung um so aufwendiger werden, je schlechter deren Wirtschaftssituation ist). Inzwischen gehen die Mitgliederzahlen zurück, im Osten zwar überproportional, jedoch auch im Westen. Dabei handelt es sich nicht etwa um mehr Austritte, sondern, wie oben schon angemerkt, um Probleme bei der Gewinnung junger Mitglieder, aber auch um Arbeitsplatzvernichtung und Abbau von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Sektor in zunehmendem Umfang.

Die Überlegung, zur Haushaltssanierung unnötigen Verwaltungsaufwand abzubauen und die Kräfte weniger in der Zentrale als dort zu konzentrieren, wo die Mitglieder unmittelbar angesprochen werden können, hatte nicht nur unter Kostengesichtspunkten einen gewissen Charme. Auch unter gewerkschaftspolitischen Überlegungen machte das Sinn. Deswegen war es konsequent, daß der im Verhältnis größte Stellenabbau in der Stuttgarter Zentrale und der geringste in den Kreisverwaltungen erfolgte. Gleichwohl bedeutet der Abbau von 600 Stellen von zuvor rund 3500 allemal eine Zäsur.

Die Organisationsreform hatte jedoch auch noch andere Aspekte: die Verkleinerung von Gremien (Vorstände und Delegiertenkonferenzen, Beirat, große Tarifkommission) und vor allem die Öffnung überbetrieblicher Arbeit und der Anspruch, sie näher an die Mitglieder zu bringen. Dazu gibt es kein Pa-

tentrezept, sondern die Kreisvorstände entscheiden selbst, wie sie diesen Anspruch realisieren wollen: Entscheidungskompetenz statt Verweis auf die „Beschlusslage“. Dazu gehört auch eine größere Transparenz der Arbeit. Wenn der Anspruch der mitgliedernahen Arbeit ernst gemeint ist, kann es nicht darum gehen, in Form von Projektgruppen oder Koordinierungsausschüssen „Spielwiesen“ zu schaffen und ansonsten im Kreisvorstand davon losgelöst die mehr oder weniger weisen Entscheidungen zu treffen. Vielmehr muß beides verzahnt werden. Der Kreisvorstand, genauso natürlich auch andere Organe und Vorstände, muß seine Arbeit, seine Vorstellungen an möglichst viele Mitglieder herantragen, seine Beschlüsse hinsichtlich auch ihrer Hintergründe durchsichtig machen. Dazu müssen neue, unkonventionelle Wege genutzt werden, z. B. auch neue Informations- und Kommunikationstechniken, wie etwa lokale Onlinesysteme. „Die Legitimation und Verbindlichkeit der nach den Grundsätzen der innergewerkschaftlichen Demokratie getroffenen Entscheidungen wird gestärkt, wenn diese transparenter werden, nach einem Prozeß ausführlicher Diskussion zustande kommen und unter verbesserter Beteiligung der Mitglieder umgesetzt werden“ (aus dem DGB-Entwurf „Leitbild zur Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“).

Das alles macht jedoch nur dann Sinn und wird nur Erfolg haben, wenn die Änderung der Form auch mit einer Änderung in den Köpfen einhergeht. Die Bereitschaft, auch andere Auffassungen auszuhalten, Querdenken als etwas Positives zu betrachten und einmal gefaßte Beschlüsse als veränderbare Momentaufnahme zu akzeptieren, gehört dazu. Wenn es gelingt, so eine neue Diskussionskultur zu entwickeln, kann man wirklich von einer Öffnung sprechen.

## Differenzierung versus Zentralismus

„Die Welt ist komplizierter geworden“, lautet ein viel zitierter Spruch. Sie ist zumindest differenzierter geworden. Durch neuentwickelte technische Möglichkeiten werden die Grenzen von Zeit und Raum immer unbedeutender. Wenn beispielsweise ein Lufthansakunde bei der zentralen Buchungsstelle dieser Gesellschaft in Kassel anruft, kann es ihm passieren, daß er in den USA bedient wird, ohne dies zu bemerken. Statt in





# Europa unter Waffen?

Die Zukunft der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

von Reiner Kern\*

Der Vertrag von Maastricht steht 1996 auf einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs zur Revision an. Damit werden auch für die Zukunft der noch in den Kinderschuhen steckenden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) die Weichen neu gestellt. Neben technisch-institutionellen Problemen sind es vor allem zwei grundsätzliche Fragen, die der Regelung harren: Mit welchen Instrumenten soll die GASP zukünftig ausgestattet sein, und welchen Platz soll sie in der Architektur Gesamteuropas einnehmen? Insbesondere Pläne, der EU militärische Instrumente an die Hand zu geben, lassen sich nicht isoliert von der sicherheitspolitischen Situation Gesamteuropas diskutieren. Fest steht, daß für Europa bislang keine Sicherheitsarchitektur existiert, ja noch nicht einmal exakte Zielvorstellungen über eine Architektur bestehen, die diese Bezeichnung tatsächlich verdient. Vielmehr wurde seit der Zeitenwende von 1989 sukzessive versucht, mit einem System von 'interlocking institutions' die verbliebenen Sicherheitsorganisationen zu konservieren, während die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) Kooperationsangebote erhielten. Diese sollten teilweise an die westlichen Organisationen heranführen und zunächst den auf sie ausgeübten Druck zur Aufnahme neuer Mitglieder dämpfen, dem man mittlerweile zögerlich nachzugeben beginnt.

Diese Konstruktion hat jedoch wesentliche Schwächen: Zum einen ist der europäische Kontinent nach wie vor von einem erheblichen Wohlstands- und Integrationsgefälle zwischen West und Ost gekennzeichnet, aus dem ein erhebliches Sicherheitsgefälle resultiert. Bruchlinien verlaufen dabei einmal entlang der Grenzen des hochintegrierten EU-Raumes, des weiteren aber auch östlich der Visegradstaaten (Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn), die einen höheren Wohlstand und Stabilität als die

Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufweisen und sich bereits vollständig nach Westeuropa orientieren. Zum zweiten hat man durch die Vernetzung sicherheitspolitischer Institutionen, gelegentlich scherzhaft 'interlocking institutions' genannt, bisher nicht vermocht, das Entstehen von Doppelstrukturen und Kompetenzüberschneidungen zu verhindern, mithin die vielbeklagte Komplexität des Systems zu reduzieren.

## Gegen eine Militarisierung der EU

Unter funktionalen Gesichtspunkten bedeutet dies für die GASP zweierlei: Erstens muß sie dazu beitragen, daß das derzeitige Geflecht vereinfacht wird und ineffiziente Überlappungen vermieden werden, indem sie ihren Platz in einer Arbeitsteilung der europäischen Institutionen wahrnimmt. Zweitens muß die GASP ihre Möglichkeiten zur Nivellierung der Brüche und Gefälle einsetzen, um ein homogeneres Sicherheitsgefüge für Gesamteuropa zu erzeugen, während sie gleichzeitig die Homogenität unter den Mitgliedern erhält. Es ist zweifelhaft, ob sie dazu militärischer Mittel bedarf. Der Vertrag über die Europäische Union (EUV) stellt zur Schaffung militärischer Instrumente der EU nur vage fest, daß die Westeuropäischen Union (WEU) als "integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union" zu betrachten sei. Längerfristig stellt er den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik in Aussicht.

Die WEU hat ihrerseits schon 1992 in der Petersberger Erklärung<sup>2</sup> festgehalten, daß sie grundsätzlich das gesamte Spektrum völkerrechtlich zulässiger Einsätze, sei es innerhalb oder außerhalb ihres Vertragsgebietes, sei es mit oder ohne Legitimation durch die Vereinten Nationen, als Aufgabengebiet betrachtet. Mit der Einrichtung der Combined Joint Task Forces (CJTF), dem Eurokorps und anderen 'Forces answerable to WEU' (FAWEU) sowie bi- und multilateralen Abkommen (beispielsweise über das gemeinsame französisch-britische Luftstreitkräftekommando) wird derzeit unter Hochdruck daran gearbeitet,

Kommandostrukturen und operative Fähigkeiten für dieses Einsatzspektrum zu schaffen.<sup>3</sup>

Zur Debatte steht nun, inwieweit WEU und EU/GASP eine organische Verbindung erhalten sollen. Soll die WEU zunächst als vierter Pfeiler in den Mantel-Vertrag zur EU aufgenommen werden? Soll sie vollständig mit dem zweiten Pfeiler der Union verschmelzen? Diese Fragen werden die Regierungskonferenz 1996 beschäftigen. Schließlich müßten entsprechende Änderungen im WEU-Vertrag berücksichtigt werden, der spätestens 1997, gegen Ende seiner 50-jährigen Laufzeit, neu verhandelt wird. Eine allzu weitreichende Anbindung ist kaum zu erwarten. Insbesondere Großbritannien wird sich, zumindest solange die konservative Regierung an der Macht bleibt, dagegen sträuben, um zu verhindern, daß Gemeinschaftsorgane auf die rein intergouvernementale Beschlußfassung des Militärbündnisses Einfluß nehmen.

Gegen eine enge Verzahnung oder gar Vereinigung von WEU und EU sprechen aber auch eine Reihe anderer gravierender Hindernisse. Eines besteht in der noch immer unterschiedlichen Mitgliederstruktur der europäischen Institutionen. So sind Irland und Dänemark Mitglieder der EU, nicht aber der WEU. Eine zukünftige Vollmitgliedschaft Dänemarks in der WEU ist aufgrund der zwingenden militärischen Beistandspflicht des Brüsseler Vertrages unwahrscheinlich. Erschwerend kommt hinzu, daß die neuen Mitglieder Finnland, Österreich und Schweden, ebenso wie Irland, keinem der beiden Militärbündnisse angehören und allenfalls zur Teilaufgabe ihrer Neutralität zu bewegen sein werden.

Das bringt schwerwiegende Probleme mit sich: Müssen nicht auf Dauer verschiedene Modi der Mitgliedschaft bzw. Assoziation etabliert bleiben? Und wie ist es um die Entscheidungsmechanismen bestellt? Muß ein Entschluß mit militärischen Folgen nicht zwingend mit Einstimmigkeit gefällt werden? Sollen etwa die Nicht-Mitglieder der WEU von diesen Entscheidungen ausgeschlossen bleiben? Und wenn ja, können dann mi-

litärische Aktionen über die GASP von allen finanziert werden? Wie immer diese Fragen im Detail auch geregelt werden könnten, eines bliebe unvermeidbar: Es würden sich zwei unterschiedliche Klassen von EU-Mitgliedern herausbilden, quasi eine GASP der 'zwei Geschwindigkeiten'. Gravierend ist dabei, daß neben dem Tempo auch der Zeitpunkt der Integration nicht notwendigerweise für alle Beteiligten identisch wäre. Dies würde weder die Homogenität innerhalb der EU erhöhen, noch die Komplexität der Sicherheitsarchitektur reduzieren.

## Die WEU als Interventionsinstrument der Europäer

Des weiteren ergeben sich erhebliche funktionale Spannungen aus den unterschiedlichen Rollen, die der WEU zugeordnet werden. Sie soll nicht nur militärischer Arm der EU werden, sondern auch europäischer Pfeiler der NATO bleiben. Während ersteres den Aufbau selbständiger europäischer Militärstrukturen erfordert, verbietet letzteres, daß die WEU tatsächlich mehr als eine Teilmenge der NATO darstellt. Auch das Konzept von der NATO trennbarer, aber nicht getrennter Einsatzgruppen durch die CJTF kann dieses Problem nicht zufriedenstellend lösen. Selbst der Generalsekretär der WEU räumt ein, daß deren Konzept „sich schlecht eindeutig definieren und in die operationelle Realität umsetzen läßt“<sup>4</sup>. Statt dessen wird daher versucht, die Konkurrenzen zwischen WEU und NATO durch Vorschläge zu einer klaren Arbeitsteilung wenigstens abzu-dämpfen. So heißt es weiter: "Die praktische Umsetzung des Artikels V des geänderten Brüsseler WEU-Vertrages ist unverändert in erster Linie die Aufgabe des Bündnisses. Nach Artikel VIII können aber auch andere Operationen durchgeführt werden, bei denen mit unterschiedlicher Härte vorgegangen wird. Für diese Operationen - die sogenannten Petersberg-Aufgaben - sollte nun die WEU die Verantwortung übernehmen."<sup>5</sup> Im Klartext bedeutet das: Die NATO bleibt auch weiterhin das entscheidende Verteidigungsbündnis für Europa, die Rolle der WEU reduziert sich auf die eines Interventionsinstrumentes der Europäer.

Schon die Tatsache, daß auch bei der Konfliktbearbeitung im ehemaligen Ju-

goslawien beide Bündnisse eine operative Rolle beanspruchen, zeigt aber, daß Kompetenzüberschneidungen und funktionale Doppelungen sich nicht verhindern lassen. Entscheidend ist jedoch, daß die Beistandsverpflichtung des Brüsseler Vertrages völlig in den Hintergrund rückt. Denn die CJTF sind nicht nur darauf ausgerichtet, ein militärisches Vorgehen ohne die USA zu ermöglichen. Vielmehr erlauben sie auch unter europäischen Staaten eine fallweise Zusammenarbeit in unterschiedlichen Interessenkoalitionen. Damit sind die Militärstrukturen gar nicht in erster Linie dem abstrakten Kriterium europäischer Sicherheit, sondern eher dem nationalen Interesse verpflichtet. Dies spiegelt die Renaissance eines Denkens in militärischen Kategorien wider, das unter den einflußreichen europäischen Staaten zunehmend an Gewicht gewinnt. Es zeichnet sich durch die Refunktionalisierung

Gefragt sind nichtmilitärische Instrumente, die konfliktverhütend wirken, anstatt klassischer, reaktiver Militärpolitik.

militärischer Macht als Mittel außenpolitischer Gestaltung und die gleichzeitige Relegitimierung des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung nationaler Interessen aus. Logische Konsequenz dieses Denkens ist die Restauration der losen Militäralianz als Interaktionsrahmen.<sup>6</sup>

## Militär - kein geeignetes Mittel zur Konfliktbearbeitung

Ein Blick in den umstrittenen Bericht einer Expertengruppe, die im Auftrag der Europäischen Kommission Überlegungen zur Zukunft der GASP angestellt hat, liefert ein typisches Beispiel für diese verkürzte Denkweise. In einer stereotypen Analyse der sicherheitspolitischen Situation Europas kommt das Papier zu folgendem Ergebnis: „Rußland, die Ukraine, Mittel- und Osteuropa, der Balkan, das Erstarken religiöser und ethnischer Nationalismen, ausländerfeindliche Abkapselungserscheinungen (auch innerhalb der Union selbst), der Mittel-

meerraum, der islamische Fundamentalismus, die Waffenproliferation, das organisierte Verbrechen sind [...] in sehr kurzer Zeit zu entscheidenden Fragen für die Sicherheit der Europäischen Union geworden.“<sup>7</sup> Als Konsequenz dieser Risikoanalyse wird vor allem der Aufbau militärischer Planungsinstanzen und -instrumentarien empfohlen, bis hin zu einer europäischen Eingreiftruppe auf der Basis der WEU. Sie soll bis zu 200 000 Mann umfassen und in unterschiedlichsten Konstellationen einsetzbar sein.<sup>8</sup>

Zwei entscheidende Probleme wurden dabei kurzerhand ausgeblendet. Zum einen bleibt unerwähnt, daß sich die genannten Risiken einer militärischen Bearbeitung größtenteils entziehen. Gefragt sind - beispielsweise in Bezug auf die Proliferation von Massenvernichtungswaffen - nichtmilitärische Instrumente, die konfliktverhütend wirken, anstatt klassischer, nur reaktiver Militärpolitik. Zum anderen werden die negativen Konsequenzen ignoriert, die sich aus der Konzentration auf harte Sicherheitsinstitutionen, wie sie sich in der skizzierten Anbindung der WEU an die EU bzw. den WEU und NATO zugeordneten Aufgaben zeigt, für die gesamteuropäische Situation ergeben. So wäre eine Aufnahme von MOE-Staaten in die EU kaum noch ohne einen gleichzeitigen Beitritt zu WEU und NATO denkbar. Dies würde die Beitrittschürde zur EU für die assoziierten Staaten erhöhen. Zudem würden die vorhandenen Bruchlinien lediglich zugunsten eines eher scheinbaren als tatsächlichen Zugewinns an Sicherheit nach Osten verschoben und zementiert. Denn die Grenze der EU stellt schon an sich eine ökonomische Bruchlinie dar. Diese würde durch eine weitere, militärische Grenz-ziehung überlagert und verschärft, wenn die EU über eine eigenständige Militärstruktur verfügen würde.

Darüber hinaus trägt jede Diskussion um die Erweiterung der NATO zur zusätzlichen Destabilisierung Rußlands bei, das deren Ausdehnung in einer nachvollziehbaren Reaktion als konfrontative Änderung seines Umfeldes betrachtet. Die Erweiterung der Bündnisse kann nicht beliebig ausfallen, sondern muß aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten auch langfristig spätestens an der russischen Grenze ihr Ende finden. Damit wird eine gesamteuropäische Perspektive von vornherein unmöglich, und Rußland bleibt als potenti-

eller Gegner außen vor. Wer aber mit der „Erweiterung der NATO Europa wieder in eine antagonistische Zweiteilung zurücktreibt, schafft die Grundlage für einen neuen Konflikt.“<sup>9</sup> Zudem sind die größten Unwägbarkeiten für die Sicherheit mittel- und osteuropäischer Staaten weniger in einer tatsächlichen Bedrohung durch Rußland als vielmehr in der fehlenden Stabilität der eigenen politischen und wirtschaftlichen Systeme und Zivilgesellschaften zu verorten. Es sind Demokratiedefizite, fehlender wirtschaftlicher Aufschwung und mangelnde Interdependenz zwischen den MOE-Staaten, welche ethnische oder andere Konflikte begünstigen, die schließlich auch zwischenstaatlichen Charakter annehmen können. Diese Risiken werden durch den gemeinschaftlichen Beitritt zu einem westlichen Verteidigungsbündnis weder obsolet, noch bringt es für die überwiegend innerstaatlichen Probleme das richtige Instrumentarium mit.

### Konturen einer nichtmilitärischen GASP

An diesem Punkt kann die Definition einer sicherheitspolitischen Rolle der Europäischen Union anknüpfen. Wenn die Einrichtung militärischer Kapazitäten weder die Komplexität des Systems verringert bzw. Überlappungen abbaut, noch dazu in der Lage ist, die gesamteuropäische Sicherheitslage maßgeblich zu verbessern, muß die EU sich auf Instrumente besinnen, die ihre Außenpolitik von der Entwicklung militärischer Bündnisse abkoppeln. Die Union verfügt wie keine andere europäische Institution über wirtschaftliche und gesellschaftliche Kompetenz. Ihre intern jahrzehntelang erfolgreich erprobte Strategie basiert auf dem funktionalistischen Paradigma des friedlichen Wandels durch internationale Verflechtung. Dieses Vorgehen bietet sich auch als Modell für Gesamteuropa an.<sup>10</sup> Die EU muß also ihr ökonomisches Potential und ihre diplomatische, integrationspolitische Erfahrung dazu nutzen, auf eine Einbettung des Integrations- und Wohlstandesgefülles hinzuwirken und damit ihre Funktion als Stabilitätsanker für Mittel- und Osteuropa, aber auch für die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) auszubauen. Gerade die Konzentration auf zivile, ökonomisch gestützte Instrumente erlaubt die Einordnung der GASP in eine funktionale Arbeitsteilung euro-

päischer Institutionen ohne überflüssige Doppelungen.

Mit ihren Hilfsprogrammen sowie den Europa- und Kooperationsabkommen nutzt die EU einen Teil dieses Potentials bereits erfolgreich. Weitergehende, asymmetrische Marktöffnungen, Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher und pluralistischer Strukturen, sowie die Förderung der intraregionalen Verflechtung in Osteuropa, beispielsweise über eine Unterstützung der Central European Free Trade Association (CEFTA), sollten folgen. Zudem muß die EU ihre Möglichkeiten zum Aufbau gesamteuropäischer Strukturen ausschöpfen. Das bedeutet vor allem eine Unterstützung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die als einzige Institution alle europäischen Staaten als gleichwertige Mitglieder umfaßt und daher als Dach jeder gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur prädestiniert ist. Im Grundsatz geht es also um eine strategische Ausrichtung der GASP auf die Erfordernisse von 'Zivilmacht'.<sup>11</sup>

Im Zentrum dieser Strategie muß der Ansatz stehen, den Umschlag eines Konfliktaustrages in gewaltsame Bahnen zu verhindern. Wie bei jedem anderen strategischen Ansatz setzt dies voraus, daß die EU-Staaten zuallererst gemeinsame Interessen und Handlungsfelder in einem Maße identifizieren, das über isolierte Ad-Hoc-Beschlüsse zu gemeinsamen Aktionen, wie sie bislang die Regel waren, deutlich hinausgeht. Zur Stärkung nichtmilitärischer, präventiver Instrumente der EU können aber auch eine Reihe konkreter Schritte unternommen werden. So sollten im Rahmen der GASP bessere Frühwarnkapazitäten eingerichtet werden, die ein effektiveres Handeln im Vorfeld von Krisen oder humanitären Notlagen ermöglichen und für die OSZE nutzbar gemacht werden können.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind in Europa die Rüstungsmärkte zusammengebrochen. Rüstungsschmieden geraten in ökonomische Schwierigkeiten. Als Folge erhöht sich der Druck zur Kooperation im Rüstungsbereich, und die Produzenten drängen verstärkt in den Export. Um so notwendiger ist es daher, daß Europa größeres Augenmerk auf eine gemeinsame Konversionspolitik und eine konzentrierte Abrüstungshilfe auch für Regionen wie die GUS legt. Dies gilt gleichermaßen für ein gemeinsames Exportkontrollregime für Rüstungsgüter und Dual-

Use-Güter, denn angesichts einer zunehmenden Zahl von Produkten, an deren Entwicklung und Herstellung mehrere Staaten der Gemeinschaft beteiligt sind, müssen Ausfuhrbeschränkungen auf hohem Niveau harmonisiert werden. Trotz erster Schritte ist dieses Ziel noch in weiter Ferne.<sup>12</sup> Es macht jedoch wenig Sinn, im Zuge der GASP Anstrengungen zur gemeinsamen Bearbeitung militärisch eskalierter Krisen zu unternehmen, wenn man diese zuvor oder zugleich mit Waffen alimentiert.

Ein bislang unterentwickeltes Instrument ist das der ökonomischen Sanktions- bzw. Anreizmechanismen zur Lenkung eines Konfliktverlaufs. Wirtschaftssanktionen werden vor allem deswegen oft als untaugliches Mittel zur Intervention abgetan, weil Drittstaaten, die im Zielland eines Embargos einen wichtigen Exportpartner haben, größere ökonomische Ausfälle erwarten, wenn sie ein Unterlaufen von Sanktionsbestimmungen nicht dulden. Die EU könnte hier durch die Schaffung eines Kompensationsfonds, der Zahlungen an von Wirtschaftssanktionen am heftigsten betroffene Exportstaaten leistet, die Disziplin bei der Einhaltung von Sanktionen und damit deren Wirksamkeit steigern.

Insgesamt ließe sich die Effizienz der GASP deutlich verbessern, wenn die Regierungskonferenz im kommenden Jahr die entsprechenden EU-internen Strukturen konsequent reformieren würde. Dazu gehören die Klärung strittiger Finanzierungswege, eine moderate Reform der Entscheidungsmechanismen und eine deutlichere Kompetenzabgrenzung bei den Gemeinschaftsorganen. Vor allem sollten alle institutionellen Querverbindungen zwischen den Pfeilern der Union bzw. ihren Organen zur Ausnutzung von Synergien genutzt werden. Schließlich trägt die Pfeilerstruktur maßgeblich dazu bei, daß die verschiedenen, außenpolitisch relevanten Handlungsfelder der Union, die weit über den engen Rahmen der GASP hinausgehen, unterschiedlichen Entscheidungsmechanismen unterliegen und nur unzureichend koordiniert sind oder sich in ihrer Wirkung sogar widersprechen.<sup>13</sup>

Die Strategie einer GASP mit zivilen Mitteln muß sich auch in der Politik gegenüber den Vereinten Nationen niederschlagen. EU-Staaten, die in Gremien Mitglied sind, in denen nicht alle EU-Partner vertreten sind, sind grundsätzlich angehalten, dort die gemeinsamen Positionen zu vertreten.<sup>14</sup> Die logische

Konsequenz müßte daher sein, daß sich die Union auch formal auf eine gemeinschaftliche Vertretung im Sicherheitsrat zumindest zubewegt. In der Praxis ist das Gegenteil der Fall. In den andauernden Diskussionen um die Reform des höchsten UN-Organs zeichnet sich ab, daß neben Großbritannien und Frankreich mit Deutschland einem dritten Mitglied der EU ein ständiger Sitz zuerkannt werden soll. Dies läßt eher eine Renationalisierung als eine Vergemeinschaftung der Außenvertretung der Union erkennen. Gleichzeitig bedeutet es die Fortschreibung einer deutlichen Dominanz von OECD-Staaten im Sicherheitsrat.

Gepaart mit der zunehmenden Arbeitsteilung zwischen den UN und regionalen Abmachungen, die von gerade diesen Staaten getragen werden, ergibt sich dadurch die nicht zu unterschätzende Gefahr eines Funktionsverlustes der UN, ja ihrer Reduzierung auf die Rolle einer sicherheitspolitischen Residualgröße. Während Industriestaaten ihre Konfliktregelung zunehmend auf Regionalorganisationen stützen und sich dabei fallweise der UN bedienen, schwinden gleichzeitig Legitimation und Unterstützung für die Weltorganisation, die aber für das Gros der Katastrophen und Konflikte in der südlichen Erdhalbkugel verantwortlich bleibt. Eine weiterentwickelte GASP darf diesen Trend nicht verstärken. Dies könnte gerade dann leicht geschehen, wenn die EU über einen eigenen militärischen Apparat verfügen würde. Wo es zu einer grundsätzlich wünschenswerten regionalen Arbeitsteilung zwischen der EU und den UN in sicherheitspolitischen Fragen kommt, sollte sie auf klaren Kooperationsstrukturen basieren und auf die komplementäre Stützung der Weltorganisation und ihres zivilen Instrumentariums abzielen.

### Regierungskonferenz 1996: Falsche Weichenstellungen korrigieren

Schon heute ist abzusehen, daß von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EU im kommenden Jahr kein großer Wurf für die Sicherheitspolitik Europas zu erwarten sein wird. Was die strategische Ausrichtung der GASP angeht, so sind mit den Plänen zur Schaffung militärischer Kapazitäten für die Union die Weichen schon 1992 zu-

mindest teilweise in die falsche Richtung gestellt worden. Wie zügig der eingeschlagene Weg weiter beschritten wird, bleibt abzuwarten. Das Beharrungsvermögen nationalstaatlicher Außenpolitik sollte auf keinen Fall unterschätzt werden. Es hat sich gerade einmal mehr in der französischen Nuklearpolitik offenbart. Ohnehin bleibt fraglich, ob Europa jemals eine derart weitgehende Kohärenz entwickeln kann, daß seine außenpolitischen Entscheidungen denen einer Weltmacht wie der USA gleichkommen können.

Noch fraglicher bleibt dieser Gleichstand auf militärischem Gebiet. Notwendig ist er nicht: Zum einen darf die territoriale Verteidigung der EU-Staaten auch ohne organische Verbindung zu einem Bündnis als gesichert betrachtet werden, zum anderen haben schlagkräftige Militärpotentiale weder Bosnien noch Somalia verhindert. Der Wert der GASP lag bisher vor allem in ihrer stabilisierenden Wirkung nach innen. Die Entfaltung einer größeren Außenwirkung als Stabilitätsanker ist sicherlich keine Frage militärischer Fähigkeiten. Sie ist ein Frage der grundsätzlichen Strategie und der Nutzung der vorhandenen Potentiale. Diese liegen bei der EU wie bei keiner anderen europäischen Institution eindeutig primär im wirtschaftlichen Bereich, mit dem sie schon enorme strukturbildende Effekte erzielt hat. Eine erneute Weichenstellung, die sich dessen erinnert und sich auf eine zivile Strategie besinnt, gäbe der EU am ehesten die Chance, gestalterisch in die internationale Politik einzugreifen.

- 1 Art. J.4, Abs.2 EUV.
- 2 Vgl. Tagung des Ministerrates der Westeuropäischen Union am 19. Juni 1992 auf dem Petersberg zu Bonn. Petersberg-Erklärung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 68 vom 23. Juni 1992.
- 3 Zum Überblick vgl. José Cutileiro: Der operationelle Ausbau der WEU und ihre Beziehungen zur NATO, in: NATO-Brief, Nr. 5/1995, S.8-11.
- 4 Ebd., S.11.
- 5 Ebd..
- 6 Vgl. Reinhard Mutz: Die NATO - von der Verteidigung zur Interessenverteidigung, in: Frankfurter Rundschau vom 22.06.1995.
- 7 Hochrangige Expertengruppe für die GASP, Erster Bericht. Die Voraussetzungen für eine glaubwürdige GASP im Jahr 2000, Brüssel, den 19. Dezember 1994 (DOC-DE/CM264965), S.8.
- 8 Vgl. ebd., insbesondere S.19.
- 9 Ernst-Otto Czempel: NATO erweitern oder OSZE stärken?, in: HSFK-Standpunkte Nr. 4, Juni 1994, S.3.
- 10 Vgl. Stefan Schirm: Regionalisierung der internationalen Politik? Neue Ansätze zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik in Europa, Lateinamerika und Südostasien, Ebenhausen 1994, S.171.
- 11 Zum Konzept der Zivilmacht vgl. Hanns Maull,

Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Wolfgang Heydrich et al. (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S.771-786.

- 12 Die Europäische Union hat zwar Ende 1994 eine neue Richtlinie zum Rüstungstransfer beschlossen, sie ist aber mit deutlichen Mängeln behaftet. Sie läßt Spielräume für Ausnahmeregelungen zum Export aufgrund wie auch immer gearteter nationaler Interessen und beschränkt sich weitgehend auf das Problem der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Konventionelle Rüstungsgüter werden nicht ausreichend erfaßt, und die Überlassung technischer Kenntnisse oder Dienstleistungen bleibt unberücksichtigt. Vgl. hierzu Hans-Joachim Gießmann, Frieden schaffen mit deutschen Waffen? Der diskrete Abschied von strengen Exportkontrollen, in: Friedensgutachten 1995, hg. von Reinhard Mutz et al., Münster 1995, S.316-327, hier S.320ff..
- 13 Man denke hier nur an die Außenwirkung der gemeinsamen Agrarpolitik auf Drittstaaten einerseits und die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft andererseits. Wenig sinnvoll ist aber vor allem die Trennung der vergemeinschafteten Außenwirtschaft von der intergouvernemental geregelten klassischen Außenpolitik.
- 14 Art. J.2, Abs.3 EUV.

**ISW** sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.

Analysen, Dokumentationen Fakten & Argumente

**5 Jahre Neue Bundesländer**  
Stand - Perspektiven - Alternativen



ISW REPORT NR. 25

isw-report Nr. 25  
**5 Jahre Neue Bundesländer**  
Stand - Perspektiven - Alternativen  
(5,- DM plus Versand)

Außerdem aktuell bei isw:  
isw-wirtschaftsinfo extra Nr. 23  
**Ausbildung & Übernahme**  
Die No-Future-Generation  
in Kabinett und Kapital  
(4,- DM plus Versand)

isw-reports erscheinen vierteljährlich  
DM 5,- plus Versand (Abo DM 30,-/Jahr)

Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,  
Georg-Wopner-Str. 46, 80939 München,  
Tel. u. Fax 089-3231780 (notf. Fax: 1689415)



# SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# TAUSCHHANDL

**spw** gibt gute Bücher für neue **spw**-Abonnements!  
(Bitte die Buchstaben auf der **spw**-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein **spw**-Abo:

*Elmar Altvater*

### Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung  
Ladenpreis: DM 29,80



**A**



**B**

*Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß*

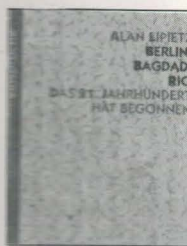
### Frauenarbeit - Frauenpolitik

Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion  
Ladenpreis: DM 29,80

*Alain Lipietz*

### Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung  
von Ökonomie, Politik und Ökologie  
Ladenpreis: DM 25,-



**C**

**D**

*Hermannus Pfeiffer*

### Grün Anlagen

Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung  
Ladenpreis: DM 19,80



### MEMORANDUM 95

Stärkung des Sozialstaates –  
Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau  
Ladenpreis: DM 29,80



**E**

**F**

*Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hg.)*

### Die PDS

Empirische Befunde und kontroverse Analysen  
Ladenpreis: DM 24,80



*Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit*

### Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.

Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit  
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein  
dickes  
Buch  
für  
zwei  
**spw**-Abos

**X**